Nr. 23. 14. Jahrg.

**Abonnements-Bedingungen:**
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-Nummer mit illustrirter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal. Eingetragen in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1897 unter Nr. 7437. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Die Insertions-Gebühr**
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 40 Pfg., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen, sowie Arbeitsmarkt 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr vormittags geöffnet.

Fernsprecher: Amt I, Nr. 1508.
Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 19, Beuth-Straße 2. | Donnerstag, den 28. Januar 1897. | Expedition: SW. 19, Beuth-Straße 3.

## Prozentpatriotisches.

Die Konvertirung der Reichsanleihen wird dieser Tage im Reichstage zur Verhandlung kommen. Und zwar ist dem Reichstage ein Gesetzentwurf zugegangen, der die Umwandlung der 4prozentigen Reichsanleihen in 3½prozentige beabsichtigt. Im preußischen Landtag ist diese ähnliche Maßregel bereits durch Gesetz vom 23. Dezember vorigen Jahres beschlossen worden. Es handelte sich dabei um preußische 4prozentige Anleihen im Betrage von 3590 Millionen Mark, während die entsprechende deutsche Reichsanleihe nur 450 Millionen beträgt, die preußische also achtmal so groß ist, wie die deutsche. Auch Bayern und Württemberg haben bereits auf 3½ pCt. konvertirt, in Baden ist ein gleiches beabsichtigt.

Man muß deswegen wohl annehmen, daß der Reichstag das Gesetz, so wie es von der Regierung vorgelegt ist, annehmen wird, trotzdem außer von uns noch von mehreren anderen Seiten eine tiefergreifende Konversion verlangt wird. Der Zufall will es nämlich, daß in dieser Frage die Bestrebungen gerade der extremsten Agrarier auf dasselbe Ziel gerichtet sind, wie die der sozialdemokratischen Partei. Die Agrarier, namentlich die wirklich mit Schulden und Hypotheken belasteten, wollen eine Konvertirung auf 3 pCt., weil die höhere oder niedrigere Zinszahlung des größesten aller Schuldner, des Staates, den ganzen übrigen Geldmarkt beeinflußt. Zahlt der Staat niedrige Zinsen, dann können sich die Geldgeber, Kapitalisten, Banken ꝛc. dem geldaufnehmenden Landwirth gegenüber nicht darauf hinausreden, dieser müsse hohe Zinsen zahlen, denn der Staat zahle sie auch, und man würde sonst sein Geld lieber in Staatspapieren anlegen, als dem Landwirth zu geben. So schrieb z. B. die „Korrespondenz des Bundes der Landwirthe" im Oktober vorigen Jahres, als es sich um die Konvertirung der preußischen Konsols handelte:

„Durch die Zinsherabsetzung der Staatspapiere auf 3 pCt. würde die Hauptmasse des von der Landwirthschaft benöthigten Leihkapitals für 3 pCt. zu haben sein. Das bedeutete eine Erleichterung, wie sie nur wenige der kleinen Mittel zu gewähren im stande sind."

Die Stellung der Sozialdemokratie zur Konvertirungsfrage ist im „Vorwärts" schon mehrfach dargelegt worden. Wenn es nach uns ginge, dann hätte die Konversion bereits vor Jahren durchgeführt werden müssen, sie müßte jetzt, da dies nun einmal versäumt worden ist, nicht auf 3½, sondern auf 3 pCt. erfolgen; denn das, was den Staatsgläubigern über das absolut Nothwendige gegeben wird, wird dem steuerzahlenden Volke, wozu auch die Aermsten gehören, zu Unrecht genommen. Aus demselben Grunde dürfte der Staat sich nicht darauf einlassen, noch ein ganzes Jahr lang die bisherigen 4 pCt. zu bezahlen und sich vor allen Dingen nicht verpflichten, wie es geschehen soll, im Laufe der nächsten acht Jahre, bis 1905, keine weitere Konversion vorzunehmen, auch wenn der landesübliche Zinsfuß weit unter 3½ pCt. herabgehen sollte.

Was diesen Einwänden gegenüber in der Begründung des dem Reichstag vorliegenden Gesetzentwurfs ausgeführt wird, sind nichts weiter, wie Ausflüchte und Redensarten, durch die es bemäntelt werden soll, daß der Staat das Interesse derjenigen Glücklichen, die im Besitz anlagesuchender oder in Staatspapieren angelegter Kapitalien sind, weit über das Interesse derjenigen stellt, die gar nichts besitzen und die Zinsen für die ersterwähnten durch ihrer Hände Arbeit erringen müssen.

So wird gesagt, die Umwandlung habe nicht früher erfolgen können, da diese „nur dem Sinken des allgemeinen Zinsfußes folgen, ihm aber nicht vorangehen dürfe". Und doch steht die vierprozentige Reichsanleihe seit 1881, also seit 16 Jahren, dauernd über 100 pCt. im Kurse, stieg bis 1885 auf 104 bis 105, und von da bis jetzt wurden 100 Mark vierprozentiger Reichsanleihe ununterbrochen mit 106, 107 und 108 Mark bezahlt. Erst jetzt aber, nachdem diese Entwickelung seit über 1½ Jahrzehnten klar vor aller Augen liegt, ist der Reichs-Finanzverwaltung die Ueberzeugung gekommen, „daß der Zinsfuß dauernd und allgemein gesunken sei". Cui bono? Wem zum Nutzen?

Und warum konvertirt man nicht auf 3 pCt., warum müssen den Kapitalisten 3½ pCt. gezahlt werden, trotzdem eine Verzinsung von 3½ pCt. durchaus über den landesüblichen Zinsfuß für sichere Anlagen hinaus geht — was daraus hervorgeht, daß die vorhandene 3½prozentige Reichsanleihe gleich bei der Emission im Jahre 1886 mit 103¾ bezahlt wurde, sich zeitweilig auf 105½ erhob und am Dienstag an der Berliner Börse mit 103,70 notirte. Daß der Zinsfuß in der That bis auf eine ganz geringe Differenz auf 3 pCt. herabgegangen ist, geht daraus hervor, daß die im Jahre 1895/96 ausgegebene 3prozentige Reichsanleihe im Betrage von über 34 Millionen Mark pro 100 Mark mit 99 Mark 33 Pfennigen bezahlt wurde, was einem Zinsfuß von 3,02 pCt. entspricht.

Und warum will man die deutschen Steuerzahler verpflichten, den Herren Kapitalisten diesen heute schon zu hohen Zins acht Jahre lang zu garantiren, trotzdem mit Sicherheit ein noch weiteres Sinken des Zinsfußes angenommen werden muß? Daß es sich gerade bei den Besitzern der 4prozentigen Anleihen um „Kapitalisten" handelt, das hat der Finanzminister Miquel im Abgeordnetenhause selbst zugegeben, indem er erklärte, diese wären „meist in großen Händen."

Nun, ein wenig kommen wir der Lösung aller dieser Fragen näher, wenn wir aus der publizirten Begründung des Konvertirungs-Gesetzentwurfs folgende Erwägungen herausheben. Es heißt da:

„Im allgemeinen Interesse muß thunlichst vermieden werden, den Besitzern vierprozentiger Reichsanleihe durch Konvertirung einen Anreiz zu bieten, ihr Besitzthum unsicheren Spekulationen oder zweifelhaften ausländischen Anleihen zuzuwenden. . . . Weiter aber ist es politisch und volkswirthschaftlich von hohem Werthe, daß das inländische Kapital durch umfangreiche Betheiligung an den Reichsanleihen mit dem Geschicke des Reiches fest verbunden bleibt."

Das ist ungefähr eine Beschreibung dessen, wofür die sozialdemokratische Presse das schöne Wort „Prozentpatriotismus" geschaffen hat. Ein „Prozentpatriot" ist ein Mann, dessen Patriotismus ebenso groß ist, wie die Prozente sind, die ihm der Patriotismus einbringt. Zahlt ihm das deutsche Vaterland nur mäßige oder gar schlechte Zinsen, dann findet er, daß im Patriotismus „kein Geschäft liegt", und er pumpt sein Geld dem Russen oder dem Franzmann, wenn er dort mehr Zinsen bekommt. Zahlt ihm das Vaterland dagegen, sagen wir, 3½ pCt., trotzdem der landesübliche Zinsfuß nur 3 pCt. beträgt: dann kennt sein Patriotismus keine Grenzen. Er bekämpft mit Wuth den „inneren Feind" und die „Rotte von Menschen", veranstaltet die herrlichsten Illuminationen bei patriotischen Festen, und lullt im Schlafe patriotische Lieder. Das ist ein Prozentpatriot. — Und wir sehen nun, daß sich die Staatsverwaltung über diese ihr zur Verfügung stehende Sorte von Patriotismus nicht im unklaren ist und ihre Maßnahmen danach einrichtet. Der Prozentpatriot muß bei Stimmung erhalten werden.

Daß sich die Regierung bei ihren Maßnahmen nicht von dem Interesse des Proletariats leiten läßt, das wußte man auch bisher schon. Man glaubte aber ziemlich allgemein, daß sich gewisse agrarische Strömungen und Persönlichkeiten eines großen Einflusses auf die Regierung mit recht rühmen können. Nun sieht man aber doch, daß auch die Macht des mobilen Kapitals noch ungeschwächt ist und daß es ihm gelingt, unter Umständen selbst die „nothleidenden Agrarier" zu überflügeln und eine weitgehende Berücksichtigung der Interessen des mobilen Kapitals bei der Regierung durchzusetzen.

Das sind alles ganz gute Lehren. Mit dem Mehraufwand von etwa 60 Millionen Mark jährlich, der allein im Reich und in Preußen aufgebracht werden muß, wenn die Anleihen statt mit 3 mit 3½ pCt. verzinst werden, scheinen uns freilich diese Lehren doch zu theuer bezahlt.

## Zum Postetat!

Man schreibt uns aus dem Kreise der Postunterbeamten:

Wieder ist, wie alljährlich, die Zeit gekommen, wo die sonst so unnahbaren Leiter unserer Reichspost sich herbeilassen müssen, über ihr dienstliches Thun und Lassen sowie über die Vorkommnisse, die über ihr Ressort in die Oeffentlichkeit gelangen, Rechenschaft und Auskunft zu geben! — Da wird es denn interessiren, etwas darüber zu hören, in welcher Weise die Gelder des Unterstützungsfonds, die vom Reichstage alle Jahre im Vertrauen auf loyale Verwendung bewilligt werden, zur Vertheilung gelangen.

Daß der Segen aus dem Gratifikations-Füllhorn auf die Häupter der Unterbeamten nicht zu reichlich niederströmt, dafür ist gesorgt! Denn ein Unterstützungsgesuch eines Unterbeamten muß nicht nur mit Rechnungen über außergewöhnliche Ausgaben und sonstigen Belägen belegt sein, sondern es bedarf auch der Befürwortung des betreffenden Amtsvorstehers, wenn es Aussicht auf Bewilligung haben soll! Nun ist es aber doch nicht immer möglich, alle außergewöhnlichen Ausgaben, die man z. B. bei Krankheiten in der Familie hat, bessere Nahrung ꝛc., durch Rechnungen zu belegen, und viele müssen daher von vornherein auf die Einreichung eines Gesuches verzichten! Noch dazu, da es nicht so leicht ist, die Befürwortung eines derartigen Gesuchs durch den Amtsvorsteher, von der doch fast alles abhängt, zu erlangen! Denn so ein Amtsvorsteher ist, wenn der Unterbeamte bei irgend einer Vorschriftswidrigkeit ertappt wird, analog dem Auditeur der Militär-Strafprozeßordnung alles in einer Person: Ankläger, Untersuchungs- und Strafrichter, manchmal sogar auch noch Protokollführer! Und daß auch das geringste Vergehen nicht unentdeckt und ungesühnt bleibt, dafür sorgen schon übereifrige Kollegen, die es fast auf jedem Postamt giebt.

Zur Ehre der Unterbeamtenschaft muß aber gesagt werden, daß an diesem „Wettkriechen" zwar ein leider großer, aber nicht der größte Theil theilnimmt, trotzdem die ökonomische Lage bei allen stets sehr traurig ist.

Außer den erwähnten außergewöhnlichen Unterstützungen giebt es auch noch regelmäßige, jedes Jahr wiederkehrende! Da kommt denn etwa im September jeden Jahres ein Schriftstück von der Ober-Postdirektion an die Postämter, des Inhalts: „daß auch in diesem Jahre der Herr kaiserliche Ober-Postdirektor, Geheime Postrath, gesonnen sei, an bedürftige Unterbeamte Unterstützungen zur Beschaffung von Brennmaterial zu zahlen"" und daß „die Herren Amtsvorsteher angewiesen werden, auf dem beifolgenden Formular diejenigen Unterbeamten, die unterstützungsbedürftig und würdig sind, namhaft zu machen!" Auf einer Rubrik dieses Formulars wird von dem Amtsvorsteher der Grund bei jedem der hierin Aufgenommenen angegeben, aus dem derselbe für „bedürftig" gehalten wird! Da sieht man denn mitunter u. a. Vermerke wie: „Leistungen befriedigend, Führung besonders gut" oder: „Krankheit in der Familie" oder auch: „Leistungen sehr gut." — Für viele Amtsvorsteher ist für die „Bedürftigkeit" die Zahl der Kinder, die ja in eines jeden Alten verzeichnet sind, maßgebend. Bei dem freien Ermessen des Vorstehers, in das alles gestellt ist, ist es nicht verwunderlich, wenn der eine nur solche Unterbeamte für dieses sogenannte Holzgeld vorschlägt, die mindestens 2, der andere nur solche, die über 3 Kinder besitzen. Doch wie schon gesagt, ist ja der Amtsvorsteher an gar keine bestimmte Regel gebunden, und so kommt es vor, daß Leute, die schon große Kinder oder nur ein solches besitzen, zu derselben Zeit und auf demselben Amte zur Unterstützung vorgeschlagen werden, wo andere mit mehreren kleinen Kindern nicht für bedürftig angesehen werden! Auch wird auf die Gehaltsstufen dabei fast gar keine Rücksicht genommen! Die Eintragung in die oben erwähnte Liste findet statt, ohne daß etwa eine allgemeine Vernehmung der Unterbeamten über ihre augenblickliche pekuniäre Lage stattfände, wie sich das doch eigentlich gehörte! Um zu wissen, ob es dieser oder jener nöthiger hätte, dazu ist also der Vorsteher ganz auf unkontrollirbare Mittheilungen angewiesen! So wird also durch die Art des Aufsuchens der „Bedürftigen" mit Hilfe des Unterstützungsfonds ein häßliches Speichellecker-Unwesen großgezogen, wenn auch gewiß ohne Absicht, denn solche Elemente sind auch für die Verwaltung keine angenehme Beigabe. Von der Erbitterung der Nichtberücksichtigten wollen wir erst gar nicht reden! — Wie mit diesen Holzgeldern geht es mit den erst vor einigen Jahren eingeführten Stellenzulagen, die eigentlich nur für Dienststellen gezahlt werden sollen, mit denen „eine größere Verantwortlichkeit oder Anstrengung verbunden ist". Darüber scheint auch keine genügende Kontrolle zu sein, denn es sollen Fälle vorkommen, wo z. B. Stellenzulage gezahlt wird, weil der betreffende Akten einheftet u. s. w., wohlgemerkt alles während seiner Dienststunden!

Es hieß vor einiger Zeit, daß man im Reichstage gesonnen sei, die Stellenzulagen nicht weiter zu bewilligen. Das Gros der Unterbeamten, würde ihnen keine Thränen nachweinen. Daß der Unterstützungsfonds niemals erschöpft wird, daß also nicht gesagt werden könnte, er wäre nicht ausreichend, das sieht man jedesmal im Frühjahr! Denn kurz vor Schluß des Etatsjahres werden zu dieser Zeit die nicht aufgebrauchten Gelder als Gratifikationen unter die Beamten und Unterbeamten vertheilt, die direkt bei der Ober-Postdirektion beschäftigt sind! Wenn bei dieser Restvertheilung noch bis zu den Unterbeamten 20 bis 40 Mark durchsickern, nachdem die höher liegenden Filtrirschichten gewiß genügend gesättigt sind, dann kann man ungefähr ahnen, wieviel Geld noch dagewesen sein muß, für das man meinen sollte, daß sich auch noch „Bedürftige" genug gefunden hätten! Man könnte also den Kreis der Auserwählten bei dem Holzgelde ganz bedeutend erweitern, ohne befürchten zu müssen, den Fonds zu erschöpfen. — Es sei auch nachträglich noch bemerkt, daß dies sogenannte Holzgeld meist 30 Mark beträgt und im Oktober zur Auszahlung gelangt. Es ist dies die einzige Gratifikation, die alle Jahre wiederkehrt! Mit bitterem Lachen haben die Unterbeamten der Reichspost die Zeitungsnachricht vom Dezember gelesen, daß verschiedene Behörden die Weihnachtsgratifikationen abschaffen wollen! Denn Weihnachtsgratifikationen — — das ist bei der doch so einträglichen Reichspost ein längst überwundener Standpunkt, obgleich keine Behörde zu Weihnachten ihre Leute extra anstrengt — die Postverwaltung die Ihren dagegen bis zum Umfallen ebenso wie zu Neujahr! — Doch halt, da wäre ja der Reichspost-Verwaltung beinahe unrecht geschehen, denn Weihnachtsgratifikationen vertheilt sie ja auch — aber aus einem extra dafür bestimmten Fonds und an — — Eisenbahn-Zugführer! Also an Leute, die gar nicht zu ihren Angehörigen zählen! Was die eigenen Unterbeamten betrifft, für die giebt es zu Weihnachten nur mehr Arbeit! Daß bei gesteigerter Dienstleistung und dito Einnahme gerade bei der Post eine allgemeine Gratifikation mehr angebracht wäre, wie bei anderen Behörden, das bedarf wohl keiner besonderen Begründung.

Allen diesen Uebeln könnte der deutsche Reichstag, der schon so vielen Uebeln in der Postverwaltung gesteuert hat, abhelfen. Und zwar dadurch, daß er darauf hinwirkte, daß erstens die Stellenzulagen wieder abgeschafft, dafür der Wohnungsgeld-Zuschuß für Unterbeamte auf 360 M. erhöht würde.

Zweitens wäre es nöthig, daß bei dem sogenannten Holzgeld dieses entweder gar nicht, oder an alle etatsmäßigen, oder wenigstens an alle verheiratheten Unterbeamten gleichmäßig vertheilt wird. Den Uebelständen bei der Bewilligung außergewöhnlicher Unterstützungen könnte er dagegen abhelfen, wenn er dahin wirken wollte, daß die Bewilligung nicht wie jetzt von der Befürwortung des Amtsvorstehers abhängt, sondern daß der Nachweis der Bedürftigkeit von der Ober-Postdirektion als erbracht angesehen werden muß, wenn der betreffende sein Unterstützungsgesuch mit Rechnungen, Rezepten ꝛc. belegt hat!

Vielleicht fühlt der Reichstag ein menschlich Rühren mit den Postunterbeamten, — von Herrn v. Stephan und seinen „Paladinen" haben nach den bisherigen Erfahrungen die Unterbeamten ja leider doch nicht viel zu erwarten!

## Politische Uebersicht.

Berlin, 27. Januar 1897.

**Dr. Miquel und Dr. v. Lucanus** haben zu Kaisers Geburtstag den höchsten preußischen Orden, den des Schwarzen Adler erhalten. Uns interessirt nur die Dekorirung unseres Exgenossen Miquel. Im Landtage und im Reichstage und in der Presse aller Parteien — einzig die agrarische ausgenommen — ist Miquel Gegenstand der schärfsten Angriffe gewesen. In parlamentarisch regierten Staaten wäre dem vielgewandten Finanzminister nichts anderes übrig geblieben, als der Rücktritt, als ein schlichter Abschied. Miquel als ein ehemaliger Vorkämpfer des Liberalismus, wird in dieser Ordensauszeichnung den weiten Abstand der verfassungsrechtlichen Stellung Preußens von seinem früheren Staatsideal erkennen.

Wir sind begierig, ob diese Ordensauszeichnung die Stellung der ehemaligen Freunde des Ausgezeichneten, der nationalliberalen Partei zu Herrn Miquel ändern wird. —

**Auch die Minister von der Recke, von der Horst und Brefeld** erhielten Orden, und zwar den rothen Adler 1. Klasse. Der Minister des Innern arbeitet, seitdem er im Amte ist, an der Aenderung des Vereinsgesetzes. Was man von den Absichten des ausgezeichneten Ministers hörte, fand nicht den Beifall der Mehrheit des Abgeordnetenhauses; besonders unangenehm fiel es auf,

wie er das Versprechen des Reichskanzlers bez. der Reform des Vereinsgesetzes interpretirte. Daß Herr Brefeld ernannt wurde, um den Schneckengang der Sozialpolitik unter Berlepsch zum vollständigen Stillstande zu bringen, ist bekannt. —

**Zum Kapitel: „Vertrauensärzte der Berufsgenossenschaften“:**

Am 3. Dezember 1895 verunglückte der Steinträger N. N. und machte seine Rentenansprüche gegenüber der „Nordöstlichen Baugewerks-Berufsgenossenschaft, Großbeerenstr. 60, geltend. Letztere ließ den Verletzten durch ihren Vertrauensarzt, Herrn Dr. R. untersuchen, und dieser gab folgendes Gutachten ab:

Berlin, den 24. März 1896.

Auf grund des Befundes einer am 23. März 1896 an dem Arbeiter N. N. vorgenommenen ärztlichen Untersuchung, bei welcher die Folgen seines am 3. Dezember 1895 erlittenen Unfallschadens speziell berücksichtigt worden sind, erachte ich denselben für völlig wiederhergestellt und völlig arbeitsfähig.

Dr. R.

Der Verunglückte, dessen körperlich trostloser Zustand und dessen Arbeitsunfähigkeit sofort jedem Laien klar sein mußte, war natürlich von diesem „zum höchst ungünstigen Attest des Vertrauensarztes nicht wenig überrascht und unterzog sich auf den Rath eines Sachverständigen einer neuerlichen Untersuchung in der Chirurgischen Poliklinik der königl. Charitee, um event. mit dem Gutachten dieser Anstalt seine zum Schiedsgericht einzulegende Berufung stützen zu können.

Das Gutachten der Charitee lautet:

No. 216.

Chirurg. Poliklinik der Königl. Charité.
Berlin N.W., Luisenstr. 2.

Aufnahme neuer Kranken an den Wochentagen von 10—2 Uhr.
In Behandlung befindliche Kranke werden abgefertigt von 10—12 Uhr.

| | |
|---|---|
| Dat. der Aufnahme: 23. 4. 1896.<br>Name: N. N. 46, Stromstr. 40.<br>Diagnose: Starke Varices. Schwäche u. Verdickg. im l. Knie (Oberschenkelepiphyse) n. Trauma. | Medication:<br>Kniekappe.<br>Massage.<br>Bäder. |

Bemerkungen: Pat. hat sich hier vorgestellt u. Herr Prof. Hildebrand hält es für nöthig, daß dem Mann ein Stützapparat beschafft wird.

Dr. B...

Die Kranken sind verpflichtet, diesen Zettel jedesmal wieder vorzuzeigen.

Infolge der beiden sich diametral entgegenstehenden ärztlichen Gutachten holte das Schiedsgericht ein Obergutachten des Sanitätsrathes Dr. L. Becker ein, welches sich über den körperlichen Zustand des Verletzten folgendermaßen ausspricht:

Berlin, den 19. Mai 1896.

Auf Veranlassung des Schiedsgerichts für Unfallversicherungssachen untersuchte ich heute zur Feststellung seiner Erwerbsfähigkeit den Steinträger N. N. Da N. N. durch dieses Leiden von aller Arbeit im Gehen und Stehen behindert wird, und der Zustand seines Beines noch Wartung und Pflege erfordert, so ist er jetzt höchstens im stande, leichteste Handarbeit einige Stunden des Tages zu verrichten.

Danach muß ich mein Gutachten schließlich dahin abgeben, daß der N. N. durch die Folgen seines Unfalles vom 3. Dezember 1895 noch immer eine Einbuße von 75 pCt. seiner früheren Erwerbsfähigkeit erleidet.

Dieses bescheinige ich pflichtgemäß.

gez. Sanitätsrath Dr. L. Becker.
Königl. Physikus.

Dies die nackten Thatsachen, die wohl für sich selbst sprechen und keines Kommentars bedürfen. Aber geradezu unglaublich erscheint es, daß der Vertrauensarzt der Berufsgenossenschaft den Verletzten für völlig gesund und völlig arbeitsfähig halten konnte, während zwei weitere ärztliche Gutachten übereinstimmend denselben als im höchsten Grade arbeitsunfähig erklärten.

Wir können natürlich nicht annehmen, daß jenes Gutachten des Herrn Dr. Rothenberg wider besseres Wissen abgegeben worden ist. Aber es ist eine Thatsache, daß infolge der häufigen ungünstigen Beurtheilung des Krankheitszustandes der Patienten durch Vertrauensärzte der Berufsgenossenschaften sich allmälig in Arbeiterkreisen die Meinung herausgebildet hat, das System der Vertrauensärzte sei nur dazu da, um die Berufsgenossenschaften unter allen Umständen vor Rentenauszahlungen zu schützen.

**Die internationale Sanitätskonferenz** wurde auf den 10. Februar nach Venedig einberufen. Ein bestimmtes Programm liegt noch nicht vor, doch wird die Konferenz voraussichtlich über die Mittel beschließen, welche die Ausbreitung der Pestseuche außerhalb Hindostans durch vom Mittelmeer möglichst entfernte Quarantänen verhindern sollen.

**Chronik der Majestätsbeleidigungen.** Heute Mittag von 12—1 Uhr fand in den Wohn- und Geschäftsräumen des Herausgebers der „Kritik“ Dr. Rich. Wrede, unter Leitung des Kriminalkommissars Schöne abermals eine Haussuchung nach dem Manuskript des inkriminirten Artikels „Ein undiplomatischer Neujahrsempfang“ statt. Beschlagnahmt wurden dieses Mal fünf Briefe. Der Kriminalkommissarius erklärte in Gegenwart seiner drei Beamten und sonstiger Zeugen: „Ich garantire Ihnen, in acht Tagen habe ich den Verfasser heraus.“ Uebrigens sind, wie die „Pers. Korr.“ meldet, die bei der ersten Haussuchung beschlagnahmten Privatbriefe, Akten, Checkbücher u. s. w. Herrn Dr. Wrede jetzt wieder zugestellt worden. — Der Kriminalkommissar scheint ja sehr siegessicher aufgetreten zu sein. Soweit Polizeibeamte in der Redaktion des „Vorwärts“ gehaussucht haben, ist es ihnen noch nie geglückt, etwas „herauszubekommen“.

Im Frühjahr 1896 waren eines Tags mehrere Frauen in der Küche eines Hauses in der Helmstedterstraße zu Magdeburg versammelt und bewunderten ein kürzlich erschienenes Bild der Kaiserin. Die Hausmanns- und Arbeiterfrau Grundmann, Johanne geb. Büchner, geboren 1843, war auch anwesend und da es von ihr bekannt war, sie habe die Kaiserin vor kurzem ganz in der Nähe gesehen, wurde sie gefragt, ob dieselbe denn wirklich so schön sei, wie auf dem Bilde. Sie antwortete: „Nein, so sieht sie nicht aus“ und kritisirte das Aussehen der Kaiserin in mißliebiger Weise. Das Urtheil lautete wegen Majestätsbeleidigung auf einen (?) Monat Gefängniß. Zur Sprache war die Sache gekommen, als später ein Zank zwischen den Frauen über andere Dinge entstanden war. —

* * *

## Deutsches Reich.

— **Ins Herrenhaus** wurden u. a. zu Mitgliedern berufen der Geheime Kommerzienrath Adolf Emil Frentzel zu Berlin und Geheimer Kommerzienrath Friedrich Alfred Krupp in Essen. — Zwei der schwersten Millionäre sind damit zu lebenslänglichen Gesetzgebern gemacht worden. —

— **Sie bekommen wieder etwas**, die nimmersatten Agrarier. Offiziös wird angekündigt, daß in der nächsten Sekundärbahnvorlage eine Verstärkung des Kleinbahnfonds beabsichtigt sei. Schon im vorigen Jahre wurde der ursprünglich auf 5 Millionen Mark festgesetzte Fonds auf 13 Millionen Mark erhöht. —

— **Die Steuer- und Wirthschaftsreformer** halten am 16. und 17. Februar in Berlin ihre 22. Generalversammlung ab. Auf der Tagesordnung stehen unter anderm folgende Punkte: Die Reinheit des ausländischen nach Deutschland importirten Getreides vom hygienischen und vom landwirthschaftlichen Standpunkte. Die Denkschrift des königl. preußischen landwirthschaftlichen Ministeriums vom Jahre 1896. Die Marinegesetzgebung. Die gegenwärtige Zuckersteuer. —

— **Professor Schmoller** ist die goldene Medaille für Wissenschaft verliehen worden. Er hat sie um die Hohenzollern verdient. —

— **Brüsewitz** ist, wie wir schon gestern meldeten, endgiltig zu 3 Jahren und 20 Tagen Gefängniß verurtheilt worden. Außerdem wurde gegen ihn auf Entfernung aus dem Heere erkannt. Das Strafausmaß weist darauf hin, daß die That des Mannes als Todtschlag aufgefaßt wurde, und der § 213 des Reichs-Strafgesetzbuches in Anwendung gekommen. Dieser Paragraph lautet:

„War der Todtschläger ohne eigene Schuld durch eine ihm zugefügte Mißhandlung oder schwere Beleidigung von dem Getödteten zum Zorne gereizt und hierdurch auf der Stelle zur That hingerissen worden, oder sind andere mildernde Umstände vorhanden, so tritt Gefängnißstrafe nicht unter 6 Monaten und höchstens von fünf Jahren ein.“ —

Als vor einigen Jahren eingezogene Landwehrleute nicht in einen Viehwagen steigen wollten, wurden sie für sieben und mehr Jahre auf die Festung geschickt. Und sie werden dort nicht die Behandlung erfahren haben wie Herr v. Kotze in Glatz. —

— **Noch eine Folge des Prozesses Leckert-Lützow.** In parlamentarischen Kreisen verlautete, gegen Oberstlieutenant Gaede sei ein ehrengerichtliches Verfahren eingeleitet worden auf grund seiner im Prozeß Leckert-Lützow gemachten Aussagen.

**München**, 25. Januar. („Münchener Post“.) Der studirenden Jugend von heute widmete in einer Sitzung am Amtsgericht München I Oberamtsrichter Rupprecht folgende Würdigung: „Die Unsitte einer großen Anzahl von Studirenden, zur Nachtzeit und am frühen Morgen die Straßen unserer Stadt mit furchtbarem Gejohle und Gebrüll zu durchziehen, nimmt leider in erschreckender Weise zu und selbst der Umstand, daß von den Gerichten in letzter Zeit mit strengen Strafen, ja sogar mit nicht unbedeutenden Freiheitsstrafen, gegen diese Störenfriede vorgegangen, hat nicht abschreckend gewirkt. Im Strafvollstreckungs-Gefängnisse zu Stadelheim haben bisher zirka 80 Studenten Freiheitsstrafen abgesessen. Der Inspektor und Hausarzt dieser Anstalt haben besonders in letzter Zeit lebhafte Klage darüber geführt, daß sich diese Sorte von Studenten in der frechsten, gemeinsten und unfläthigsten Weise benimmt und oft in einem Zustande sich zum Antritt der Strafe einfindet, die jeder Beschreibung spottet. Abgesehen davon, daß die Studenten, welche Strafen anzutreten haben, von einer größeren Anzahl von Kollegen zum Gefängniß in Fiakern geleitet und nach Verbüßung der Strafe auf dieselbe Weise wieder von dort weiterbefördert werden, befinden sich diese Leute meist in hochgradig angetrunkenem Zustande und verüben neuerdings Exzesse schlimmster Art, die zu neuerlichen Strafeinschreitungen Veranlassung geben. Außerdem treffen an die Beamten und das Personal des Strafvollstreckungs-Gefängnisses nach Entlassung der Studirenden offene Postkarten und Briefe des gemeinsten und unfläthigsten Inhalts ein. Das ist die studirende Jugend von heute, anstatt zu lernen, um später tüchtige Staatsbürger zu werden, wird ganze Nächte hindurch gekneipt, die Leute aus ihrer Nachtruhe gebrüllt und belästigt und die Ordnungsmannschaft in der gröblichsten Weise verhöhnt. Schreitet dann die Gendarmerie energisch gegen solche gebildete Flegel ein, dann fühlt man sich auf einmal wieder als Student und will mit Glaceehandschuhen angefaßt werden. Unsere Gendarmerie geht ohnedies schonend genug gegen diese jungen „Herren“ vor und greift erst dann ein, wenn der sogenannte „Ulk“ in einer Weise ausartet, wie man es von gebildeten Leuten nicht erwarten sollte. Die Ansicht und bisherige Uebung, daß man durch Haftstrafen von einigen Tagen das Ehrgefühl dieser „Herren“ wieder hervorrufen und aufwecken könnte, hat sich als eine irrige erwiesen und es wird daher in Zukunft wohl nöthig sein, daß gegen eine solche Jugend mit den strengsten Strafen vorgegangen werden muß und daher für solchen Unfug, wenn er jetzt nicht bald aufhört, das Strafmaximum von 6 Wochen ausgesprochen werden wird. Nicht gegen die Fröhlichkeit und Heiterkeit der studirenden Jugend soll angekämpft und strafend eingeschritten werden, sondern gegen diese unerhörten Auswüchse studentischer Ausgelassenheit und sträflichen Uebermuths. Ich habe zu wiederholten Malen schon hier im öffentlichen Gerichtssaale ausgesprochen, und die Presse hat dankenswertherweise hiervon stets Notiz genommen, daß die Herren Studirenden sich eines anständigen Lebenswandels befleißigen möchten, wie es sich für gebildete Leute gebührt, und nicht Exzesse wirklich rohester Art vollführen, wie man es bisher nur von einer gewissen Sorte von Leuten gewohnt ist. Wenn die Herren Studirenden diese gutgemeinten Rathschläge nicht beherzigen und nicht befolgen wollen, so müssen sie eben die Konsequenzen tragen und es an ihrem eigenen Leibe erfahren, daß auch ein Student auf grund der gesetzlichen Bestimmungen angehalten werden kann und muß, sich ordentlich zu führen.“

---

**Eine Denkschrift über die Entwicklung der Deutschen Schutzgebiete im Jahre 1895/96** ist dem Reichstage zugegangen. Wie ganz erklärlich giebt der Bericht im ganzen ein sehr rosenfarbiges Bild von der wirthschaftlichen und politischen Entwicklung der Kolonien. Aber dennoch leuchtet für den kritischen Beurtheiler die Aussichtslosigkeit einer höheren Entwicklung dieser Gebiete hervor, weil für den deutschen Ansiedler das Klima unerträglich wird. So zeigen alle Kolonien in Afrika fast keinen Zuwachs, sondern nur einen Wechsel der aus Deutschland Eingewanderten. In Kamerun betrug der Zugang im Berichtsjahr 127 Personen, darunter 123 durch Zuzug und 4 durch Geburt. Dem gegenüber steht ein Abgang von 121 Personen, davon durch Sterbefälle 17, durch Wegzug 104. Die Temperatur erreichte im Durchschnitt im Februar mit 27,10 Grad Celsius ihren Höchststand, während der Juli mit durchschnittlich 23,48 Grad Celsius die niedrigste Temperatur aufwies. Es wird deshalb auch der Gesundheitszustand der Bevölkerung als ungünstig bezeichnet, Malaria und Schwarzwasser-Fieber treten überaus häufig auf. Die Gesammtzahl der in Kamerun behandelten Erkrankungen Schwarzer betrug 3022. Davon betrafen 993 die schwarzen Soldaten, 2029 Arbeiter, Handwerker, Gefangene ꝛc.

Von Ost-Afrika heißt es: „Unter den Krankheiten, die im letzten Jahre im Schutzgebiete zur Behandlung kamen, steht wieder die Malaria an erster Stelle. Die leichten Formen wiegen vor, jedoch werden auch die unter dem Namen Schwarzwasser-Fieber bekannten schweren Formen nicht allzu selten beobachtet. Ein Theil der beklagten Todesfälle ist dieser Krankheit zur Last zu legen. Auch die Farbigen bleiben von der Krankheit keineswegs verschont, wenn dieselbe auch bei den Farbigen milder zu verlaufen und schneller zu heilen pflegt wie bei Europäern . . . Ruhr befällt auf gleiche Weise Europäer und Eingeborene und liefert ein nicht unbeträchtliches Kontingent von Invaliden und Todten. Die zahlreich an der Karawanenstraße aufzufindenden Leichen von Eingeborenenträgern sind zum größten Theil Opfer der Ruhr.“

Der Handel zeigte keine besonderen Fortschritte. Er hielt sich ungefähr auf gleicher Höhe mit dem des Vorjahres. In Ost-Afrika ist ein nicht unbedeutender Rückgang zu verzeichnen, der durch die große Heuschreckenplage hervorgerufen wurde. Die Regierung selbst mußte eingreifen, um unter den Eingeborenen die gräßliche Hungersnoth zu mildern. Die Erfolge der Bodenkultur werden an einigen Stellen sehr gelobt. Jedoch scheint uns das Urtheil sehr verfrüht, denn die Kaffee-Anpflanzungen sind noch sehr jung und haben bereits unter dem Einnisten schädlicher Insekten zu leiden.

Auch andere Anpflanzungen haben, soviel dem Bericht zu entnehmen ist, unter dieser Plage zu leiden. Ein Viehstand dürfte in Togo schwer zu halten sein, da es an Weideplätzen fehlt und die Tsetsefliege eine verheerende Wirkung hervorruft. In Südwestafrika in Windhoek sind 10 pCt. des Rindviehes an der Lungenseuche zu grunde gegangen gegen 25 pCt. im Vorjahre. Der Mangel an frischem Wasser verschafft dieser Seuche den Nährboden.

Fast allgemein wird Klage geführt, daß die Eingeborenen schwer zur Arbeit zu haben sind. Diese Weigerung ist aber nur zu erklärlich, da eine größere Anstrengung in diesem ungesunden Klima den Körper widerstandsunfähiger gegen die herrschenden Seuchen macht. Somit haben die Eingeborenen ihre sehr guten Gründe, die Arbeit zu meiden, besonders da sie bisher auch ohne diese auskamen und zufrieden waren. Sehr fraglich dürfte es sein, ob es bei den Arbeitskontrakten, die oft auf Jahre mit den Eingeborenen abgeschlossen werden, ganz ohne Zwang abgeht.

In der Rechtspflege wurden die seit Leist und Wehlan altbewährten Mittel noch immer beibehalten, es heißt da an einer Stelle: „Doch erfuhr die Strafe der körperlichen Züchtigung eine wesentliche Neuregelung, indem unter gänzlicher Ausschließung derselben für Araber und Inder sowie Frauen unter Herabsetzung des Höchstmaßes der Strafe von 50 auf 25 Schläge, sowie Einführung der milderen Ruthenstrafe neben der Prügelstrafe und Ausschließung der Prügelstrafe für Personen unter 16 Jahren die Forderungen der Menschlichkeit, sowie die durch Nationalität, Geschlecht und Alter gegebenen Unterschiede die weitgehendste (?) Berücksichtigung fanden.“

Die Sklaverei war auch bisher nicht ganz zu unterdrücken. Die Missionsgesellschaften haben so enthusiastische Berichte über ihre Wirksamkeit veröffentlicht, daß mancher Amtsbruder, der in Deutschland sein mühevolles Amt zu versehen hat, sie beneiden könnte. So berichten einige, daß sich bis zu 2000 Zuhörern bei Andachtsübungen einfanden. Die Zahl der Anhänger steht natürlich in keinem Verhältniß hierzu; es muß aber erwähnt werden, daß die Thätigkeit dieser Gesellschaften, soweit sie die Schule betrifft, nur Anerkennung finden kann. Auch kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, daß hier durch Güte und Milde mehr erreicht wird, wie durch das schroffe Benehmen der Beamten und der sonstigen Angestellten.

Die bisherigen Erfahrungen bestätigen nur, daß die aufgewendeten Mittel — in diesem Jahre sind wiederum im Etat rund 8 Millionen Reichszuschuß angesetzt — einem aussichtslosen Unternehmen zum Opfer fielen. Der Gedanke unserer Kolonialschwärmer, die Kolonien eng mit dem Mutterland zu verbinden, sie auch in wirthschaftlicher Beziehung uns dienstbar und nutzbringend zu machen, scheitert an der Unmöglichkeit, sie für eine dauernde deutsche Ansiedlung zu benutzen. Es bleibt deshalb ein verfehltes Beginnen, für diese fieberschwangeren Gebiete Geld, Zeit und Menschen zu opfern. —

## Oesterreich.

— **Aus dem neuen Wahlaufrufe der sozialdemokratischen Partei** wollen wir die folgenden Sätze hervorheben:

Wir haben gegen uns eine Regierung, die nur gezwungen und widerwillig kaum noch die gesetzlichen Formen respektirt, und die alles daran setzen wird, von der Gesetzgebung die Sozialdemokraten fernzuhalten, von denen sie weiß, daß sie weder einzuschüchtern noch zu ködern sind. Gegen uns steht das bunte Gewimmel der reaktionären Parteien, die, so vielfältig auch ihre Namen und ihre Phrasen seien, gemeinsam gegen die Sozialdemokratie vorgehen werden. Hinter ihrer volksfreundlichen Maske wird allmälig das wahre Gesicht, die Fratze der allmächtigen Dreiheit: Grundadel, Geldsack und Pfafferei, sichtbar. Der Wahlkampf wird ein Kampf der vereinigten Ausbeuter gegen das unter der rothen Fahne geeinigte ausgebeute Volk sein. Unsere Feinde haben der Arbeiterklasse das Wahlrecht erst verweigert, dann verfälscht, und jetzt suchen sie es unwirksam zu machen.

Aber die Arbeiterklasse Oesterreichs ist erwacht, sie durchschaut die „liberale“ Lüge, die „nationale“ Phrase wie die „christlich-soziale“ Heuchelei, und sie wird am Tage der Wahl zeigen, daß sie mündig ist.

Im Augenblick, wo der Erbfeind des Fortschritts und der Freiheit sich zu einem frechen Attentat auf die Schule rüstet, findet er beim Bürgerthum nur matten und feigen Widerstand. Durch kleinlichen nationalen Zwist geschwächt und zerrissen, geben die bürgerlichen Parteien die gemeinsamen Interessen aller Nationen preis. Die internationale Sozialdemokratie aber weiß, daß der Kampf gegen das international verbundene Kapital, gegen den gemeinsamen Feind aller Völker nur geführt werden kann in brüderlicher Solidarität der Unterdrückten aller Nationen, und daß die Selbständigkeit und Entwickelung des eigenen Volkes durch nichts mehr bedroht ist als durch die Unterdrückung des Brudervolkes.

In geschlossenen Reihen wird das Proletariat aller Zungen darum in den Kampf treten um sein heiliges Recht, um die Befreiung vom Sklavenjoch des Kapitalismus, um die Zukunft seiner Kinder.

Und nun ans Werk! Jede einzelne sozialdemokratische Stimme bedeutet einen Protest gegen die elenden Zustände unseres Landes, in die die Habgier und die Feigheit der Besitzenden es gestützt haben, sie bedeutet aber auch einen Schritt weiter auf dem Wege zur Befreiung!

Wir wollen dem rothen Banner Ehre machen und dem Feldruf: Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit!

Es lebe die internationale Sozialdemokratie!! —

— **Der böhmische Landtag** wollte die zweite Lesung des Entwurfes, betreffend die Einführung direkter Wahlen in den Landgemeinden, sofort im Plenum vornehmen, damit das Gesetz noch bei den bevorstehenden Reichstagswahlen zur Anwendung gelange. Der Statthalter bezweifelte, daß die Regierung ein solches Gesetz jetzt zur Sanktion unterbreiten würde. —

— **Auch eine Errungenschaft des Systems Badeni** ist die erstmalige Anwendung des Zeugnißzwanges gegen eine Zeitung, das „Linzer Volksblatt“. Die österreichische Presse wendet sich entschieden gegen diesen Angriff auf die Preßfreiheit. Mit Interesse sieht man der Entscheidung der oberen Instanzen entgegen.

Die Reaktion arbeitet überall mit den gleichen Mitteln. —

## Schweiz.

**Zürich**, 25. Januar. (Eig. Ber.) Die Ersatzwahl für den zurückgetretenen und nun gestorbenen Demokraten Wipf in den Regierungsrath findet am 7. Februar statt. Nachdem die Liberalen in einer Parteiversammlung bereits den Wädensweiler Advokaten Dr. Haab als Kandidaten aufgestellt, waren gestern die Sozialdemokraten hier in Zürich und die Demokraten in Winterthur zur Behandlung der Wahlfrage versammelt. Unsere Genossen waren 300 Mann stark beisammen und von bestem Geiste beseelt. Besonders Genosse Lang setzte überzeugend auseinander, daß die Sozialdemokraten nicht mehr mit den bürgerlichen Parteien zusammengehen können, und einen eigenen Kandidaten aufstellen müssen, wenn sie als selbständige Partei gelten wollen. Opportunitätsgründe können nicht mehr maßgebend sein, sondern es muß der Klassenkampf geführt und durch diesen der Sieg errungen werden. Fast einstimmig wurde sodann Stadtrath Ernst in Winterthur als Kandidat für die Regierungsraths-Wahl aufgestellt und von diesem die Annahme der Kandidatur auf vorherige Anfrage auch zugesagt. Die Demokraten stellten den landwirthschaftlichen Schuldirektor Lutz in Zürich auf, es wurde aber in der Versammlung von mehreren Rednern betont, daß die Sozialdemokraten berechtigten Anspruch auf eine Vertretung in der Regierung haben, aber eben nur diesmal nicht. Nun haben auch die Bauernbündler von einem Kandidaten ihrer Richtung Nachricht gegeben; es ist dies ein Herr Studler. Wird seine Kandidatur wirklich aufrecht erhalten, so streiten sich vier Parteien um den einen Ministersitz. — Sehr erfreulich ist, daß unsere Genossen endgiltig mit der politischen Harmonieduselei gebrochen und wie auf wirthschaftlichem, so nun auch auf politischem Gebiete die Fahne des Klassenkampfes aufgepflanzt haben. Unter dieser Fahne der reinlichsten und besten Taktik wird die proletarische Sozialdemokratie vorwärts marschiren und siegen. —

## Frankreich.

**Paris**, 27. Januar. Pelletan wird in der Kammer den Antrag einbringen, daß für den gegenwärtigen Vorrath von Zucker Prämien nicht gewährt werden. —

**Paris**, 25. Januar. (Eigener Bericht.) Nach dem Beispiel der Studenten von Montpellier hat die hiesige „Gruppe der kollektivistischen Studenten" (ein Bestandtheil der Pariser Organisation der sozialdemokratischen Arbeiterpartei) folgenden Protest gegen den zarischen Despotismus beschlossen.

„Der würdige Erbe und Fortsetzer der Romanoffs, der „große Freund" der französischen Bourgeoisie, hat soeben wieder einmal durch einen äußerst gehässigen Akt die entrüstete Aufmerksamkeit der zivilisirten Welt auf sich gelenkt. Auf seinen Befehl wurden soeben neue Dezimirungen in den Reihen unserer Kameraden, der russischen Studenten, vorgenommen. Etwa tausend Studenten von Moskau, Kiew und Charkow wurden wegen ihrer sozialistischen und revolutionären Gesinnung verurtheilt, ausgewiesen, eingekerkert. . . .

„Angesichts solcher Missethaten drücken die Pariser kollektivistischen Studenten energisch ihre ganze Verachtung und ihren ganzen Haß gegen das Zarenregiment aus. Sie betheuern aufs neue die tiefe Sympathie, welche sie mit den revolutionären Sozialisten aller Länder und insbesondere mit ihren doppelt unterdrückten Brüdern, den russischen Studenten, verbindet.

„Und angesichts der Allianz des Kapitalismus mit der frankorussischen Reaktion, rufen sie mit aller Kraft: Hoch die soziale Revolution! Hoch die Internationale!"

### Belgien.

**Brüssel**, 27. Januar. Unter dem Titel: „Schwere Kongo-Enthüllungen" veröffentlicht der „Peuple" einen Leitartikel, in welchem er die Kongobehörde anklagt, durch Nachlässigkeit an Bord des Dampfers „Albertville" den Tod von vier Negern und fünf Weißen, darunter einen Offizier, verursacht zu haben. An Bord des Dampfers war nicht ein Tropfen genießbaren Wassers. —

### England.

**London**, 26. Januar. Unterhaus. In der heute fortgesetzten Adreßdebatte wurde ein Unterantrag Wedderburn auf Einleitung einer Untersuchung des Zustandes der Bevölkerungsmassen Ostindiens, um festzustellen, weshalb dieselben selbst den ersten Einwirkungen der Hungersnoth und der Pest nicht zu widerstehen vermochten, mit 217 gegen 90 Stimmen verworfen. —

**London**, 27. Januar. Unterhaus. Sir Howard Vincent beantragt die zweite Lesung des Abänderungsvorschlages zum Waarenmarken-Gesetz von 1887, nach welchem fremde Waaren nicht mit dem Namen des Ursprungslandes bezeichnet werden, sondern nur die Worte „Ausländisches Erzeugniß" als Marke tragen sollen. Der Präsident des Handelsamtes Ritchie erklärte sich gegen die zweite Lesung. Er sagte, der Zweck der Vorlage sei ihm wohl sympathisch, doch würden die Worte „Ausländisches Erzeugniß" auch weiter eine Anzeige bilden, die darauf hinweise, wo billige Waare zu erhalten sei. Es sei besser, setzte er hinzu, wenn die englischen Fabrikanten ihre Waaren mit der Marke „Englisches Erzeugniß" bezeichneten. Das Gesetz bedürfe der bessernden Abänderung; daher sei die Untersuchung der Wirkung des Gesetzes durch einen Ausschuß erwünscht. Es empfehle sich, die Debatte zu vertagen bis nach Erstattung des Berichtes dieses Ausschusses, dessen Ernennung die Regierung vorschlagen werde. —

### Türkei.

**Aus Kanea** meldet die „Köln. Ztg.", daß große Schaaren Aufständischer von den Bergen herabsteigen, um die Einführung der Reformen zu erzwingen. Aus Griechenland werden neue Unterstützungen und Waffensendungen angemeldet. Der Gewährsmann versichert, es herrsche erneut große Panik in ganz Kreta und die Bevölkerung sehe mit Bangen den nächsten Tagen entgegen. —

### Griechenland.

**Athen**, 26. Januar. Im amtlichen Blatte wird ein Erlaß des Kriegsministers veröffentlicht, durch welchen die Reservisten des Jahrganges 1891 auf den 2. Mai zur Fahne einberufen werden. Der einberufene Jahrgang soll das Kontingent für das Lager von Theben bilden.

In der Türkei wird die Nachricht nicht mit Freuden aufgenommen werden. —

## Parlamentarisches.

**Petitionen.** Das 19. Verzeichniß der beim Reichstage eingegangenen Petitionen umfaßt die Journalnummern 39 920 bis 40 756. Am größten ist darunter die Zahl der Petitionen zu dem Gesetzentwurf betreffend die Abänderung der Unfallversicherungs-Gesetze. Andere Petitionen liegen zu dem Entwurf eines neuen Handelsgesetzbuchs, zu der Vorlage über die Zwangsversteigerung und die Zwangsverwaltung, zum Reichshaushalt vor. Auch die Beseitigung des Duellwesens in der Armee war wieder Gegenstand mehrfacher Petitionen.

**Die Freisinnige Volkspartei** hat zum Etat des Reichskanzlers den Antrag eingebracht, „den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, das preußische Staatsministerium zu veranlassen, Vorkehrungen zu treffen, welche öffentliche Verdächtigungen der obersten Reichsbehörden durch Organe der königlich preußischen politischen Polizei, wie sie im Prozeß Leckert-Lützow zu tage getreten sind, für die Zukunft ausschließen." Wie die „Freis. Ztg." mittheilt, hat sich die Fraktion der Freisinnigen Volkspartei für diesen Antrag insbesondere veranlaßt gesehen infolge der unbefriedigenden Haltung, welche der preußische Minister des Innern bei der Erörterung der einschlagenden Fragen in der ersten Berathung des Etats im preußischen Abgeordnetenhause eingenommen hat. —

## Partei-Nachrichten.

**Zum Schröder-Prozeß** wird der „Rhein.-Westf. Arb.-Ztg." aus Essen geschrieben:

Der Herr Justizminister Schönstedt hat so bestimmt die völlige Gerechtigkeit des Meineids-Urtheils verfochten, daß wir nur wünschen, der Justizminister käme einmal selbst hierher, um sich in den Kreisen der Bürger von der Aufnahme seiner Rede zu informiren. Hier in Essen ist der 17. August 1895 noch nicht vergessen. Damals standen Tausende Essener Bürger und Arbeiter vor dem Schwurgericht, um die freigesprochenen Schröder und Genossen in Empfang zu nehmen. Kein Mensch dachte nämlich an die Möglichkeit einer Verurtheilung. Und als dann der Urtheilsspruch bekannt wurde, da legte sich stummes Entsetzen auf die Massen. Nicht umsonst wurde Münter unter starker Bedeckung zum rheinischen Bahnhof geführt. Nicht umsonst sperrte man die Lochenstraße ab. Und dann wünschten wir, Herr Schönstedt hätte mit uns einen Rundgang gemacht durch die bürgerlichen Lokale Essens. Ob nun in einer von vorwiegend ultramontanem, liberalem oder sozialistischem Publikum besuchten Wirthschaft, überall wollte man anfänglich an das Meineids-Urtheil gar nicht glauben. Erst nach langem Zureden schenkte man dem Unerhörten offenes Ohr. So lagen die Sachen damals und liegen sie noch heute an der Stätte des Schröder-Prozesses. Keine einzige Zeitung, nicht einmal die brutalkapitalistische „Rh. W.-Ztg." wagte es damals, das Urtheil der Geschworenen ein absolut richtiges zu nennen. Und auch heute ist dasselbe für die Blätter ähnlichen Schlags ein Punkt, über welchen man nicht gerne so schreibt, daß es das Volksempfinden verletzt. Dies zur Steuer der Wahrheit.

**Eine Parteikonferenz** für das Großherzogthum Sachsen-Weimar-Eisenach ist auf den 18. April nach Weimar einberufen. Zweck der Konferenz ist, Stellung zu den nächsten Landtagswahlen zu nehmen, die unter dem neuen Wahlgesetz, das auch die Eintheilung der 23 Wahlkreise gegen früher wesentlich verändert, vor sich gehen.

**Der Stettiner „Volksbote"** theilt mit, daß er vom nächsten Quartal an in vergrößertem Format, und zwar im Format des „Vorwärts" erscheinen wird. Der Abonnementspreis, der jetzt monatlich 35 Pf., mit Zustellungsgebühr 50 Pf. beträgt, wird um 10 Pf. erhöht.

**In einer Polemik gegen die „Hamburger Nachrichten"**, die anläßlich des sogenannten Professoren-Aufrufs gesagt hatten, „die Professoren und Pastoren seien als Nichts-als-Gehaltsbezieher und Konsumenten an der deutschen nationalen Arbeit unbetheiligt", erwidert das Naumann'sche Blatt, „Die Zeit": „Eine bessere Unterstützung kann die Anschauung gewisser beschränkter sozialdemokratischer Kreise, die allein die körperliche Arbeit als Arbeit schätzen, gar nicht finden, als durch die Aeußerung des Kapitalistenblattes par excellence."

Welche „gewisse" Kreise das sein sollen, verschweigt das Blatt. Bekanntlich macht unsere Partei zwischen geistiger und körperlicher Arbeit keinen Unterschied, und die geistige Arbeit zu mißachten, kann ihr schon deshalb nicht einfallen, weil der Sozialismus zu seiner Verwirklichung der Entwickelung des Geisteslebens und damit der geistigen Arbeit erst recht bedarf. Im Gegensatze zu uns wollen die Theologen, zu denen seinem Stande nach ja auch Pfarrer Naumann gehört, von der geistigen Arbeit, dem Denken, wenig oder nichts wissen, sie halten es mit dem Glauben und verlangen in diesem Punkte oft genug geradezu die Ertödtung des Denkens, also der geistigen Arbeit. Das Naumann'sche Blatt hätte also in seiner Polemik gegen die „Hamburger Nachrichten" sich auf die Geistlichkeit, nicht auf die Sozialdemokratie beziehen müssen.

**Aus Amerika.** Die französischen Genossen in New-York planen die Herausgabe eines Wochenblattes für die Vereinigten Staaten und Kanada. Sobald 1000 Abonnenten gesammelt sind, soll das Blatt erscheinen. In Kanada sind indeß, wie uns geschrieben wird, die Aussichten dem Unternehmen nicht günstig. Abgesehen davon, daß dort noch das alte, von der modernen Sprache erheblich abweichende Französisch herrscht, ist die kanadische Bevölkerung französischer Abstammung noch total rückständig. Sie befindet sich vollständig unter dem Einfluß der katholischen Geistlichkeit und bei der Arbeiterbevölkerung ist von der Kenntniß des Lesens und Schreibens überhaupt nicht viel die Rede. In den Vereinigten Staaten ist das französische Arbeiterelement nur an einzelnen Orten in nennenswerther Zahl vertreten.

Das ungarische Partei-Organ ist von Cleveland in Ohio nach New-York verlegt worden.

### Polizeiliches, Gerichtliches 2c.

— Durch die Besprechung der Lohnbewegung der Schriftgießer der Firma Koch u. Co. soll die Magdeburger „Volksstimme" die Inhaberin dieser Firma beleidigt haben. Trotzdem eine Berichtigung gebracht worden war, verurtheilte das Gericht den verantwortlichen Redakteur Genossen John zu 3 Monaten Gefängniß. Genosse Franz Bethge, Redakteur desselben Blattes, hat zwei Gerichtsurtheile besprochen, wobei er die Mitglieder der Schöffengerichte in Nebra und Delitzsch beleidigt haben soll. Das Urtheil lautete auf 2 Monate Gefängniß.

— Während unsere Genossin Frl. Baader aus Berlin in Dortmund durch das Verbot der betreffenden Versammlungen am Auftreten gehindert war, konnte sie in Lüdenscheid sprechen. Die Versammlung war auch von Frauen gut besucht und verlief ausgezeichnet.

## Die Hafenarbeiter-Bewegung.

**Der „Arbeitgeber-Verband Hamburg-Altona"** ersucht uns, entgegen der in Nr. 18 des „Vorwärts" vom 22. Januar enthaltenen Angabe über die letzte Antwort des Arbeitgeber-Verbandes an die Vertreter der streikenden Hafenarbeiter: „Der Beschluß soll mit 22 gegen 18 Stimmen gefaßt worden sein", um die berichtigende Mittheilung, daß der Beschluß einstimmig gefaßt worden ist, wie dies auch seinerzeit den Hamburger Zeitungen mitgetheilt worden sei.

Unser Korrespondent schrieb uns am Mittwoch: In den heutigen 11 Branchenversammlungen der Streikenden wurde durch die Referenten bekannt gegeben, daß gestern jeder Ausständige 3 M. weniger Unterstützung erhalten habe, als sonst, um die Auszahlung der Unterstützung noch für möglichst lange zu sichern. Nachträglich werde diese Maßnahme den streikenden Hafenarbeitern und Seeleuten zur Beschlußfassung und Bestätigung unterbreitet. Die Ausständigen billigten diese Maßnahme einstimmig und beschlossen, auch für die kommenden Wochen mit einer um 3 Mark herabgeminderten Unterstützung zufrieden zu sein. Die Stimmung der Ausständigen ist nach wie vor eine begeisterte. Trotzdem gestern die Unterstützung um 3 M. gekürzt wurde, ist auch nicht ein Mann abtrünnig geworden. Noch immer mangelt es arg an Ewerführern. Wohl ist es gelungen, eine Anzahl Binnenschiffer unter allerhand Vorspiegelungen hierher zu locken, jedoch reisten die weitaus meisten mit Unterstützung des Streikkomitee's in ihre Heimath zurück, als sie hier über die Lage genau aufgeklärt wurden. Nur wenige blieben. Die Witterungsverhältnisse sind aber momentan hier derart, daß auch diese wenigen Arbeitswilligen still liegen müssen. Die Elbe ist so voll Eis, daß selbst sehr große Fährdampfer mit bis zu 50 indizirten Pferdekräften festsitzen.

Die Polizei geht nach wie vor in sehr schneidiger Weise gegen Streikende und andere Personen vor, die sich in der Hafengegend bewegen. Verhaftungen und Sistirungen kommen täglich in Masse vor. In den letzten Tagen sind täglich von den Gerichten eingeleitete Strafverfahren in großer Anzahl eingestellt und verhaftete Personen aus der Untersuchungshaft entlassen worden. Trotzdem bleibt aber die Polizei nach wie vor bei ihrem nun einmal beliebten Vorgehen. Das Hamburger Gewerkschaftskartell beschloß deshalb in seiner letzten Sitzung, die Kontrollkommission solle wegen des Verhaltens der Polizei während des Ausstandes beim Bürgerausschuß — in derartigen Fragen die höchste Instanz in Hamburg — vorstellig werden. Auf den Erfolg darf man gespannt sein, zumal der Bürgerausschuß vor einiger Zeit auf Beschwerde unserer Partei eine Maßnahme der Polizei unserer hiesigen Partei-Organisation gegenüber als ungerechtfertigt anerkannt hat.

**Von der Lohnkommission der Ewerführer Hamburgs** wird uns mitgetheilt: Es steht im ganzen sehr gut. Der Streik hängt hauptsächlich von der Standhaftigkeit der Ewerführer ab, die augenblicklich von allen denen, die hierher geschmuggelt wurden, nicht zu ersetzen sind. Die Zuzügler sind nicht fähig, allein zu arbeiten, was gerade die Hauptsache beim Ewerführen ist. Von morgens bis abends ist er sich allein überlassen, er muß selbstverständlich auch für seine ganze Handlungsweise haften. Versteht er sein Geschäft nicht, so kann er seinen Arbeitgeber arm machen. Wir können nach bester Ueberzeugung erklären, daß der Streik seitens der Ewerführer-Tagelöhner sehr fest steht.

**Die „Liberale Korrespondenz"**, das Organ der Freisinnigen Vereinigung, verbreitet folgende Darstellung:

Der Hamburger Hafenarbeiter-Streik ist, so wird uns geschrieben, seit Ende vergangener Woche in ein Stadium getreten, welches ein gänzlich verändertes Aussehen zeigt. Während früher Lohnhöhe, Arbeitszeit, Regelung des Arbeitsnachweises und dergl. im Vordergrunde standen, lauter Dinge, über welche der Außenstehende sich nur schwer ein Urtheil bilden kann, sind jetzt die beiden streitenden Theile vollkommen einig darüber, daß diese Dinge nur im Wege gründlicher Behandlung und also nach Wiederaufnahme der Arbeit erledigt werden sollen. Die einzige ernstliche Bedingung, von welcher gegenwärtig die Streikleitung die sofortige Wiederaufnahme der Arbeit abhängig macht, ist das Versprechen, daß die Arbeitgeber den Friedensschluß nicht zu nachträglichen Maßregelungen mißbrauchen werden. Diese Vorbedingung ist in Hamburg um so leichter zu erfüllen, da die hervorragendsten Persönlichkeiten der Rhederei Männer sind, denen die Arbeiter aufs Wort glauben würden. Sowohl der Vorsitzende des Rheder-Vereins Laeiß, wie der nächst ihm Einflußreichste, der Direktor der Hamburg-Amerika-Linie, Ballin, erfreuen sich eines geradezu allgemeinen Rufes gemäßigter und ehrenwerther Gesinnung. Bei ähnlichen Anlässen hat sonst die Frage viel Kopfzerbrechen gemacht, wie man den Arbeitern Garantien dafür schaffen könnte, daß nicht doch unter allerhand Vorwänden Entlassungen stattfänden, die sich thatsächlich als Maßregelungen darstellten. In Hamburg würden diese Schwierigkeiten gar keine Rolle spielen. Eine Versicherung jener Männer auf Ehrenwort würde nicht angezweifelt werden. Es ist für die Situation vollkommen bezeichnend, daß die Arbeitervertreter in ihrem letzten Antwortschreiben solche Garantien nicht einmal verlangt haben. Und weswegen wird das erlösende Wort nicht gesprochen, daß dem zwei Monate währenden Streik mit einem Schlage ein Ende machen würde? In Hamburg selbst ist dies kein Geheimniß. Von Anfang an war die Leitung der Verhandlungen den Rhedern aus den Händen genommen und vom Arbeitgeber-Verbande, in welchem allerhand Elemente, die mit dem Hafen nichts zu thun haben, das große Wort führen, vollständig an sich gerissen. Im Interesse der Werft- und Metall-Industriellen, die für das kommende Frühjahr einen Streik befürchten, mag es liegen, den Streik im Hamburger Hafen zu verlängern und durch die ungeheuren Kriegskosten, die die Arbeiterschaft ganz Deutschlands sich auferlegt, die Kassen der Gewerkschaften zu leeren. Im allgemeinen Interesse aber liegt es durchaus nicht, daß dieser Streik nutzlos verlängert wird. Wir hoffen, daß im Arbeitgeberverbande die eigentlichen Interessenten, welche, wie so häufig, gerade das gemäßigte Element darstellen, wieder in den ihnen gebührenden Vordergrund treten. Sie haben es in der Hand, mit einem Worte den Frieden herbeizuführen. —

Soweit die liberale Korrespondenz. Daß die Hamburger Rheder und Stauer den Weg der Einigung mit den Hafenarbeitern längst beschritten hätten, wenn sie nicht ihre Interessen mit den Interessen anderer Kreise verknüpft hätten, darf wohl als ausgemacht gelten. Bekanntlich hat der Vorstand des in Arbeiterkreisen berüchtigten Vereins der deutschen Metallindustriellen seinerzeit die Hamburger Rheder und Stauer antelegraphirt, um sie in ihrem Widerstande gegen die Forderungen der Arbeiter zu bestärken. Aber die Solidarität mit den übrigen Unternehmern erklärt die Hartnäckigkeit der Hamburger Rheder und Stauer nur zum Theil. Es müssen noch andere Einflüsse im Spiele sein. Die „Frankfurter Zeitung" berichtete denn auch, daß der Hamburger Arbeitgeberverband seine Instruktionen aus dem Kreise der „Berliner Scharfmacher" empfange. Unter diesen Scharfmachern kann nach Lage der Dinge nur die Stumm'sche Richtung zu verstehen sein, die jetzt in der Regierung den Ton angiebt und, wie es scheint, dem Parlament gegenüber in dem vielgewandten Herrn v. Bötticher ihren Sprechminister gefunden hat.

**Die „Frankfurter Zeitung"** schreibt über die Situation in Hamburg: „Jetzt erwartet der scharfe Flügel (im Arbeitgeberverband) eine Stärkung seiner Position, wenn es ihm gelingt, die Verhandlungen noch bis zum 1. Februar hinzuziehen. In Hamburg fangen die Miethsquartale stets einen Monat nach dem Kalender-Quartal an. Das Gerücht ist verbreitet, daß zahlreiche Hausbesitzer bereits erklärt haben sollen, sie würden, wenn die Miethe für das abgelaufene Quartal nicht bezahlt wird, von dem Exmissionsrechte Gebrauch machen. Dann befände ein großer Theil der Streikenden sich in einer Situation, in der sie nicht nur bedingungslos die Arbeit wieder aufnehmen müßten, sondern ihnen auch noch der zwangsweise Austritt aus ihrer Organisation auferlegt werden könnte. Diese Rechnung ist zwar nicht richtig. Denn unter den Hamburger Hausbesitzern sind viele, die ein Interesse daran haben, ihre Miether nicht zu ruiniren. Aber daß auch nur solche Gerüchte verbreitet sind, ist ein Beweis dafür, daß man vernünftige Gründe, weswegen der Arbeitgeber-Verband jetzt nicht zustimmend antwortet, garnicht mehr finden kann. Die Situation ist vollkommen geklärt: Ob der Streik beendigt wird oder nicht, hängt ausschließlich vom Arbeitgeber-Verbande ab. Wenn der Verband heute verspricht, daß keine Maßregelungen vorgenommen werden, so ist die Arbeit morgen wieder aufgenommen."

**Die Zentral-Streikkommission der Hafenarbeiter Hamburgs** quittirt hiermit über den Empfang von 4 M., die ihr unter der Bezeichnung: Von den Tischlern der Holzfabrik von H. Küster in Inowrazlaw, zugegangen sind.

**Die Berliner Gewerkschaftskommission** hat bis jetzt insgesammt über **125 000** M. nach Hamburg abgesandt. Darunter befinden sich etwa 4900 M. von auswärts (wovon ca. 2000 M. vom Auslande), das übrige stammt aus Berlin.

**Aus Dresden** sind bis jetzt über 20 000 Mark nach Hamburg abgesandt.

**Die Unterzeichner des sogenannten Professoren-Aufrufs** wollen, wie das „Berliner Tageblatt" berichtet, die „Hamburger Nachrichten" wegen Beleidigung verklagen.

* * *

Bei der **Berliner Gewerkschaftskommission** gingen für die **streikenden Hamburger Hafenarbeiter** folgende Beiträge ein:

Liste 5767, Moritz Kühn 12,60. Die Gürtler von Duisburg, 2. Rate 4,20. Helmwerkstatt A. Loh Söhne, 5. Rate 6,—. Tischlerei von Grieger mit Budiker, Bülowstr. 57, 7. Rate 5,05. Münsche, Liegnitzerstr. 9 1,25. M. u. Sch. 4. Rate 1,60. Fliesenleger der Firma Pick, 2. Rate 12,80. Tischlerei Fabdick, Bergmannstraße 91 3,60. Drechslerei von P. Marzahn, Bergmannstr. 91 6,50. Metallarbeiter von Gollasch u. Co., 6. Rate 14,50. Liste 5849, Bildhaueratelier Professor Schroke 2,75. Mittwoch-Kegelklub 3,60. Zimmerplatz Gorisch, 4. Rate 8,05. Fraiserei von Kühn, Reichenbergerstraße 5,50. Stockfabrik Seligsohn, Leipzigerstraße 43, durch E. M. 7,05. Drei sparsame Maler 5,—. Kofferwerkstatt Müller, Adalbertstraße 3,—. Kollegen der Steinbock'schen Werkstatt (außer vier), Gewerbehof, 3. Rate 10,20. Drei zielbewußte Kollegen Glasserstraße 29 3,—. Tischlerei Rey, Friedenstr. 67, 6. Rate 2,80. Maler von D. Heim u. Breibing, Rankestraße 5,90. Maschinenbau von Rudolph u. Kühne, Parkstraße 24, 6. Rate 26,70. Möbelfabrik von Schuster, Michaelkirch-Brücke 1, 5. Rate 18,—. Mechanische Weberei Paaz 12,—. Ein haubiges Lindenblatt 1,—. Möbelfabrik Leunig u. Zaykl, Rüdersdorferstraße 2, 7. Rate 21,60. Tischlerei Stienes (darunter extra 1,—) außer einem 3,90. Liste 5465, Tischler Joseph Dreher 12,40. Werkstatt König, Dieffenbachstraße 22, 8. Rate 4,05. Tischlerei Bellmann, Rüdersdorferstraße 26, 4. Rate 3,80. Acht Zinkgießer und ein Budiker, 2. Rate 5,—. Tischlerei Haideklang u. Beletin, 5. Rate 3,35. Pfeifer u. Druckmüller, Schöneberg II 22,80. Kranzüberschuß durch Tempel, Manteuffelstraße 50 5,80. Liste 6080 durch A. Hübne, Drechsler 5,—. Beim dummen August in Charlottenburg durch Schlosser 2,—. Durch Grünhagen Frankfurterstraße-Ecke 3,55. Drahtarbeiter bei Buske durch Hüpenbecker 2,—. Eisbein-Auktion, Restaurant Hasenhaide 11 5,30. Amerikanische Auktion bei Rautenberg 25. Januar 1897 5,—. Posamentirer Dresdenerstraße 84, 4. Rate 4,26. Möbelfabrik G. Klug, Fruchtstraße, 7. Rate 30,—. Geburtstagsfeier Maybach-Ufer 5,20. Büttner u. Co., Köpnickerstr. 154a, 7,50. Arbeiter der Berliner Velvet-Fabrik 10,65. Tischlerei E. Schmidt, Ratiborstr. 19, 2. Rate 6,05 (außer dem Stecher). Schneidemühle A. Haberer, Anklamerstraße, mit 2 Budikern, außer einem Bandsägenschneider, 8,45. Rauchklub Ringelwolke Moabit 2. Rate 30,—. Liste 1301 u. 1304 d. Otto Braunschweig 14,50. Personal Buchdruckerei G. Bernstein 3. Rate 9,45. „Lange Köln" 2,—. Liste 5373 Steinbildhauer Möckernstr. 12,20. Dr. K. M. Lausach 5,—. Tischlerei Dietze mit Schnörkelstecher, Königsbergerstr. 23, 3. Rate 6,75. „Ewald u. Otto" 1,—. Geburtstagsfeier bei Frau M. Wohlfarth 3,—. Tischlerei Wolf, Reichenbergerstraße, 8,20. Liste 6001a Maschinenfabrik Hirsch, Müllerstraße, 5,—. Von Glasemann Rixdorf 1,85. Listen von Rehrau 2121, 26, 24, 54, 63, 69, 94, 2203, 17 54,80. Julius Müller 3,25. Tischfabrik Richter, Blumenstr. 10, 5. Rate 14,35. Liste 4730 Böttcher der Koch'schen Faßfabrik 28,25. Lederwaarenfabrik A. Jaffé 5,05. Telegraphenbauanstalt C. Lorenz, Prinzessinnenstraße, auf Listen 5690, 5691 42,—. Lampenfabrik Schw. u. G. 5. Rate 16,—. Polnische Juden 5. Rate 1,75. Mannecke, Schützenstraße, —,50. Pietrowsky, Schützenstraße, —,70. Militärschneiderwerkstatt Gruber 5. Rate 10,—. Mützenfabrik Sebastianstr. 14 4. Rate 21,50. Dividendenschlucker d. Firma G. u. H. 4,60. Tapezirer der Dittmar'schen Möbelfabrik 6. Rate 12,80. Arbeiter d. Schulze, Brandholdt u. Co. 5. Rate 25,50. Johannes G. 7. Rate 27,75. Schraubendreher Schmidstr. 7 —,50. Strohhutfabrik Paschke u. Ordenstern 3,—. Schneider-Werkstatt Dorotheenstr. 74 2,50. König Stumm, Pallisadenstr. 91, 1,—. Liste 4488, Hartleib 14,35. Gesammelt bei Lübcke 3,01. Leseklub Karl Marx durch Böhm 10,—. Tischlerei Elsner und Wichterich 1,70. Knopffabrik, Kurstr. 36, 3,50. Tischlerei Heidemann, Elisabethstraße 62, 4,50. Tischlerei von Junoleit u. Pfaff mit Ausnahme des Altgesellen und eines Frommen, 8. Rate 10,75. Buch- und Steindruckerei H. S. Hermann, 5. Rate 65,10. Tischlerei von Suß, Pallisadenstr. 74, 4. Rate 8,15. Zentral-Krankenkasse der Tischler, örtliche Verwaltungsstelle Weißensee, bei der Mitglieder-Versammlung 4,35. 4 lustige Zecher von Leusch 2,—. Tischlerei von Völker, Königsbergerstraße, 2. Rate 9,—. Zwei Rottenbrüder durch Abg. 1,—. Schmidt Tischlerei von Apelt, Reichenbergerstr. 167, 9,—. Kontobuchfabrik C. Kühn Söhne 16,50. Tischlerei Gerds, Charlottenstr. 15, 4. Rate 6,35. Redaktion „Die Zeit", 9. Rate 182,—. Rothe Goldschmiede bei Schnelle, 6. Rate 8,—. Tischlerei Jungnickel 2,50. R. K., Möckernstraße, —,50. Buchdruckerei Krebs 6,15. Billardqueuefabrik von Heine, Weißensee, 5. Rate 6,—. Liste 5776, Droschkenkutscher vom Fuhrherrn Milbrodt, 83/84 Ackerstraße 5,80. Tischlerei Körner, Chausseestraße, 5. Rate 13,50. M. S. H., 6. Rate 4,50. Buchholz, Oranienstraße, 7,55. Zimmerplatz H. Görisch, 4. Rate 4,—. Genossinnen und Genossen von Ulbrich und Eisner 3,60. Buchdruckerei Reimer 12,40. Kontobuchfabrik Weber, Lindenstraße, 5. Rate 4,90. Schriftgießerei Theinhardt, 7. Rate 10,15. Gürtler und Dreher von Calm und Bender, 5. Rate 11,30. Liste 5080 gesammelt von den Schlossern 15,55. Liste 5087, Schlosser von O. Nachtigal 5,—. Liste 5547, Bildhauer der Werkstatt Köhler 3,—. Liste 5681, Arbeiter von Siemens und Halske 28,00. Tonmodell 4,50. Gesangverein Maiglöckchen Nord 10,—. Arbeiter von Schuster u. Baer, 4. Rate 27,80. Liste 6044, Personal Borchardt, Ritterstraße 75, 4,65. Vergnügungsklub Mephisto gesammelt bei der Kaffeetafel 6,—. Personal

der Uniondruckerei, 8. Rate 7,50. Tischlerei Otto u. Ko., Franseckistr. 8, 4. Rate 11,50. Bilderrahmenfabrik Brückner Nachf., 6. Rate 5,60. Osnabrücker Papierfabrik 13,20. Laternenfabrik Adalbertstr. 6, 3. Rate 3,15. Listen durch Jakob 3452, 3384, 4309, 5536, 5537, 5538, 5549, 5888, 5889 90, 91, 92, 93 127,80. Tischlerei Brämer, Kottbuserstraße 4, 6,10. Liste 5886 Siemens u. Halske 7,—. Bordseck Liste 5884 15,50. Tanzlehrer-Verein Solidarität 10,—. Tischlerei P. W. (darunter Böttcher —,50), 7. Rate 3,80. Liste 4907 Weberei Wedl u. Co., von der Waterkant d. O. S. 16,85. Buchdruckerei Rosenbaum u. Hart, 7. R. 9,35. Tambour-Vergnügungsverein Wirbel, amerik. Auktion 4,80. Naunynstr. 68 (darunter Budiker Mauf 2,—) 8,—. Buchdruckerei Stankiewicz 7,—. Pianofortefabrik Rieber u. Co., Alexanderstr. 22, 5. Rate 24,25. Gürtler, Packer und einige Monteure vom Schiffbauerdamm, 4. R. 9,30. Strandbarsch S. u. H., Markgrafenstraße, 7. R. 37,50. Liste 5382 Pianofabrik Scharff d. L. 11,10. Bau Passauerstraße, Bodenleger, Einsetzer und Andere 8,60. Liste 6066 Buchbinderei H. S. Hermann 7,25. Bildhauer der Werkstatt Dinse 8,50. Liste 6818 Stobwasser, Beleuchtungsgegenstände d. W. 28,80. Hausvogtei Buchdrucker und der Restaurateur Pätsch, 4. R. 5,40. Drücker und Schlosser von Schulze, Fehrbellinerstr. 47, 8. Rate 16,70. Liste 4098 d. August 10,25. W. Remmert u. Co., Prinzenstr. 88 8,35. Maschinenfabrik Maurer u. Co., Alexandrinenstraße, 4,—. Gemüthlicher Geburtstag 3,—. Lampenfabrik Chausseestr. 109, 5. R. 9,45. Liste 8904 Pohl 3,35. Gasglühlichtsaal von Spinn u. Sohn (mit Ausnahme von 4 Mann) 17,80. Bautischlerei Thal, Lehrterstraße, 5. R. 5,40. Tischlerei W. Fritze, Fruchtstr. 64, 4 R. 4,50. Metallgießerei Michaelkirchplatz 7, 7. Rate 4,—. Tischlerei Bormann, Zossenerstraße 10, 6. R. 3,05. Tischlerei Lukas, 6. R. 4,—. Tischlerei Schröpp u. Ritter, 6. R. 12,50. Holzbearbeitungsfabrik, Bergstraße 37, d. B. 4,50. Familie H. 1,—. Tischlerei G. Wöhler 9,45. Bautischlerei Grün u. Hettwig, Fürbringerstr. 9, 6. Rate 11,60. Bildhauer von Reich u. Christ (mit der bekannten Ausnahme) 3,75. Liebigstraße, 6. R. 4,—. Personal der Zeitler'schen Buchdruckerei, 7. Rate 4,65. Tischlerei Bach u. Copitz, obere Werkstatt, 7. R. 7,—. Buchdruckerei Reinhold Strauß. 7. R. 8,70. Gronau's Schriftgießerei 12,40. Schriftgießerei Wöllmer 79,30.

Weitere Beiträge nimmt das Berliner Gewerkschaftsbureau (R. Millarg, Berlin S., Annenstr. 16, vorn part.) in der Zeit von **9—1 Uhr vormittags** und **6—8 Uhr abends** entgegen.

## Gewerkschaftliches.

**Zuzug von Arbeitern nach Hamburg ist während der Dauer der dortigen Lohnbewegung aufs strengste fernzuhalten!**

**In den Vorstand der Ortskrankenkasse** der im Betriebe der Anwälte, Notare und Gerichtsvollzieher 2c. 2c. Berlins beschäftigten Personen wurden in der Generalversammlung am 25. Januar die von den organisirten Bureau-Angestellten vorgeschlagenen Kollegen Danziger und Herrmann mit großer Majorität gewählt, nachdem in der Versammlung am 15. d. Mts. die von derselben Seite aufgestellte Delegirtenliste mit 70 Stimmen über die der Gegner, welche 47 Stimmen auf sich vereinigte, den Sieg davon getragen hatte.

**Aus Hamburg** wird von bürgerlicher Seite gemeldet, daß in einer Versammlung des Verbandes der Eisenbahn-Arbeiter Deutschlands beschlossen worden sei, das Statut der Bahndirektion zur Genehmigung vorzulegen.

**Aus Dresden** wird uns geschrieben: Die Brauer, Böttcher und Hilfsarbeiter der Brauereien und Faßfabriken beschlossen in einer Versammlung, nach einer herben Kritik der Arbeitsverhältnisse, für das nächste Frühjahr eine Lohnbewegung vorzubereiten.

Die Tischler beauftragten ihre Lohnkommission, den Unternehmern — die Zustimmung des Holzarbeiter-Verbandes vorausgesetzt — zu Pfingsten folgende Forderungen zu unterbreiten: Neunstündige Arbeitszeit; Einführung der Lohnzahlung am Freitag; Minimallohn von 38 Pf. pro Stunde; einheitlicher Lohntarif; Abschaffung der Sonntags- und Ueberstundenarbeit, für unvermeidliche Ueberarbeit einen Zuschlag von 50 pCt.; Freigabe des 1. Mai als Feiertag; Einführung von Lohnbüchern, am Lohntag volle Abschlagszahlung nach Maßgabe des Stundenlohnes; 20 pCt. Erhöhung der jetzt bestehenden durchschnittlichen Akkordsätze. Zu letzterem Punkte hat die Lohnkommission noch Spezialtarife für Bau- und Möbeltischler auszuarbeiten.

Genosse Arno Reichard hatte gegen den wegen angeblicher Beleidigung des sächs. Kriegsministeriums in der Arsenal-Angelegenheit wider ihn ergangenen Haftbefehl eine Beschwerde eingereicht, worin besonders die Herauszahlung der geleisteten Kaution von 10 000 M. gefordert war. Er begründete die Beschwerde damit, daß er in früheren Fällen, wo es sich um mehrere Jahre Gefängnißstrafe handelte, auf freiem Fuß geblieben ist, und daß sich in Dresden noch kein Sozialdemokrat einer Strafe durch die Flucht entzogen hat. Die Beschwerde wurde aber abgelehnt. Das Landgericht führt als Grund an, daß Reichard als freier Schriftsteller nicht an den Ort gebunden wäre, daß er unverheirathet sei, und daß er namentlich mit Rücksicht auf seine schweren Vorstrafen wegen gleicher Vergehen eine nicht geringe Strafe zu erwarten habe. Nach alledem liege der Verdacht sehr nahe, daß sich Reichard durch die Flucht entziehen würde.

**Ueber die Wiedererrichtung des Diamantarbeiter-Bundes** wird uns aus Holland näheres mitgetheilt. In einer von mehr als 4000 Personen besuchten Versammlung der Diamantarbeiter Amsterdams berichtete am 21. Januar Genosse **Polak** über die Situation. Er führte aus, daß die Besitzer der Diamantschleifereien jetzt die Erfahrung gemacht haben, daß ohne die Organisation der Arbeiter die bisherigen Löhne und damit die bisherige Höhe des Preises, den die Unternehmer ihren Kunden berechnen, nicht aufrecht zu erhalten sind. Die Preise seien, nachdem der Bund sich aufgelöst hatte, so niedrig geworden, daß viele Verkäufer keinen geschliffenen Diamant mehr auf den Markt brächten. Die Auflösung habe einen Zustand des Mißtrauens und der Unthätigkeit auf dem Markte hervorgerufen, der nur beseitigt werden könne, wenn man den Bund wieder ins Leben zurückrufe. Redner meinte, daß die gemachten Erfahrungen die Mehrheit der Unternehmer von der Nothwendigkeit des Bestehens dieser Arbeiterorganisation überzeugt haben werden und daß somit der Beschluß der Auflösung wieder aufgehoben werden könne. Man werde sich fortan hüten, auf die Vernichtung des Bundes hinzuwirken. Darauf wurde die Wiedererrichtung des Bundes beschlossen.

**Entwickelung der schwedischen Buchdruckerorganisation.** Bis zum Jahre 1886 bestanden in Schweden eine Reihe von einander unabhängiger Buchdruckervereine. In dem genannten Jahre schloßen sich diese zu einem Bunde zusammen, nachdem ein gleicher Versuch im Jahr 1883 gescheitert war. Der Bund hatte im ersten Jahre seines Bestehens 457 Mitglieder, die sich auf 17 Lokalvereine vertheilten. 1887 wurde ein Verbandsorgan gegründet, 1888 eine Reiseunterstützungskasse und ein Reservefonds, aus welchem Unterstützung bei Lohnkämpfen geleistet wird. 1890 kam eine Kranken- und Begräbnißkasse hinzu. Ferner ist ein Fonds zur Unterstützung der Invaliden gegründet worden. Weiter hat der Bund einen Arbeitsnachweis eingerichtet. Die Reiseunterstützungskasse zahlt täglich 1 Krone 45 Tage lang und hat bis jetzt insgesammt 33 540 Kronen an Reisende verabfolgt. Der Reservefonds hat insgesammt etwa 25 000 Kronen, die Kranken- und Begräbnißkasse 55 390 Kronen Unterstützung gezahlt. Seit 1892 ist durch die Thätigkeit des Bundes in etwa 50 Orten der Lohn aufgebessert worden.

**Ueber den Textilarbeiter-Streik in Belfast** und Umgegend wurde der „Voss. Ztg." geschrieben: Während das in der letzten Tagung (des englischen Parlaments) angenommene Einigungsgesetz trotz der spärlichen Rechte, die es dem Handelsamt zur Schlichtung industrieller Streitigkeiten giebt, sich bisher segensreich erwiesen hat, ist mit dem neuen Truckgesetze das Gegentheil der Fall. In dessen Ausführung haben die Leinwandspinner in Belfast und Umgebung eine Menge Bußen, Strafen und Abzüge in ihren Fabriken anschlagen lassen; das hatte zur Folge, daß in Belfast allein über 4000 Arbeiterinnen, die in diesen Verordnungen einen Eingriff des Gesetzes in ihre Rechte erblicken, die Arbeit niedergelegt haben. Nun hängt allerdings die Bestätigung solcher Bußen von dem Ermessen der Magistratspersonen ab, die das Recht haben, das Strafmaß zu vermindern, und der Fabrikinspektor hat das Recht einzuschreiten, doch ist dieses Verfahren sehr verwickelt und umständlich.

## Unternehmer-Verbände.

**Die österreichischen Talcum- (Federweiß-) Gewerkschaften** (Unternehmer-Vereinigungen) haben in Wien ein Zentral-Verkaufsbureau errichtet und diesem den ausschließlichen Verkauf ihrer Produkte übertragen. Geleitet wird dieses Bureau von der Firma Ludwig König u. Sohn in Wien I, Schulerstraße 22.

**Der Tüllfabrikanten-Verband in Calais** in Frankreich hat mit dem Gewerkschaftsverband der Tüllarbeiter ein Uebereinkommen getroffen, worüber uns folgendes mitgetheilt wird. Im Jahre 1890 war von den in der sogenannten „Vertheidigungsgruppe" vereinigten Unternehmern ein allgemeiner Tarif der Tüllpreise ausgearbeitet worden, der aber bei den Kommissionsgeschäften auf Widerstand stieß. Diese wurden unterstützt durch die außerhalb der Gruppe stehenden Fabrikanten und namentlich durch die kleinen Meister. Schließlich verhängte die Fabrikanten-Organisation den Boykott über die widerhaarigen Kommissionsgeschäfte, wobei sie die seitens des Gewerkschaftsverbandes ihm angebotene Hilfe ablehnte. Nachdem sich jedoch dieser Boykott als unwirksam erwiesen hatte, suchten die Unternehmer die Mitwirkung des Gewerkschaftsverbandes selber nach. Das Uebereinkommen verpflichtet die Gewerkschaft, über **die** Unternehmer, die den Tarif von 1890 nicht annehmen würden, die Arbeitssperre zu verhängen. Seit der Annahme des Uebereinkommens durch die Gewerkschaft (Mitte Dezember v. J.) haben alle großen Geschäfte, mit Ausnahme von drei, deren Direktoren Mitglieder des Handelsgerichts sind, den Tarif akzeptirt. Insgesammt arbeiten gegenwärtig tarifmäßig 1200 Webstühle, während die tarifgegnerischen Kleinmeister über 600 Webstühle verfügen. — Man sieht — so schreibt unser Pariser Korrespondent — das französische Unternehmerthum, das sonst auf die Gewerkschaften nicht genug schimpfen kann, verschmäht es nicht, die sogenannte „gewerkschaftliche Tyrannei" im eigenen Interesse auszunutzen. —

## Soziales.

**Ueber die Arbeitsverhältnisse im Berliner Bäckergewerbe,** insbesondere über die Durchführung der Verordnung betreffend den Maximal-Arbeitstag und ihre Wirkung auf die Geschäfte selbst, wie auch auf die Arbeiter, hat der Vorstand der Berliner Bäckergesellen-Organisation umfangreiche Erhebungen veranstaltet, deren Ergebniß jetzt vorliegt. Die Ermittelungen erstrecken sich auch auf die sonstigen Verhältnisse, wie Kost, Wohnung, Lohnzahlung und dergleichen und sind bestimmt, die gleichartige frühere Statistik der Berliner Bäcker zu ergänzen. Von den 900 ausgegebenen Fragebogen wurden 375 mit brauchbarem Material zur Verarbeitung zurückgeliefert. Aus ihnen geht hervor, daß 131 Bäckereien den Maximal-Arbeitstag innehalten, während 184 den Bestimmungen der Verordnung nicht nachkommen. Bei ersteren handelt es sich theilweise um solche Betriebe, die schon früher nicht länger als 12 Stunden arbeiten ließen. In den vorerwähnten 184 Betrieben dauert die Arbeitszeit einschließlich der Pausen von ½—1½ Stunden:

| | | | |
|---|---|---|---|
| in 70 | Betrieben | 14—15 | Stunden |
| „ 45 | „ | 15—16 | „ |
| „ 34 | „ | 16—17 | „ |
| „ 7 | „ | 18—20 | „ |
| „ 28 | „ | 13—14 | „ ohne jede Pause. |

Die in der Verordnung vorgesehene achtstündige Ruhepause zwischen zwei Arbeitsschichten vermindert sich in 78 Betrieben auf 7 und 5 Stunden. In 11 Bäckereien fehlte die vorgeschriebene Kalendertafel, die außerdem in 129 Betrieben trotz erfolgter Ueberarbeit nicht durchlocht war. — Die Frage, ob der Maximal-Arbeitstag den Arbeitern Vortheile brachte, wurde von 126 Betrieben bejaht, von 180 verneint, welch letzteres mit der direkten Verletzung des Gesetzes durch zahlreiche Meister begründet wird. Die Erhebungen widerlegen die von den Meistern aufgestellte Behauptung, daß die neue Arbeitszeit wohl in den kleineren und größeren, nicht aber auch in den mittleren Bäckereien ohne Schädigung des „Arbeitgebers" durchzuführen sei. In Bäckereien mit einem Gesellen wurde die vorgeschriebene Arbeitszeit inne gehalten in 35, nicht inne gehalten in 25 Fällen, während die entsprechenden Ziffern betragen: bei 2 Gesellen 58 und 60, bei 3 Gesellen 70 und 67, bei 4 und mehr Gesellen 26 und 32.

Lehrlinge wurden beschäftigt in 225 Betrieben (von 375), von denen nur 119 die vorgeschriebene Arbeitszeit innehalten, während 42 Betriebe ihre Lehrlinge 13—15 Stunden lang, 35 Betriebe 14—15 Stunden, 14 Betriebe 16—17 Stunden und 5 Betriebe 17—18 Stunden beschäftigen. Zehn Betriebe lassen sogar von 2 Uhr nachts bis 7 Uhr abends ohne jede Pause (17 Stunden) arbeiten.

Von 302 aufgeführten Schlafräumen liegen 114 im Keller, meist neben den Backräumen. Viele derselben werden in Beziehung auf ihre Größe, Ventilation, Unreinlichkeit 2c. als ungenügend und gesundheitsschädlich bezeichnet. Infolge polizeilichen Eingreifens ist mehrfach eine Besserung der Zustände herbeigeführt worden, doch giebt es noch zahlreiche Schlafräume, die viel zu wünschen übrig lassen. In einem Keller von 2 Metern Höhe, 2 Metern Breite, 3½ Metern Länge stehen 3 Betten, sodaß auf eine Person kaum 4 Kubikmeter Luftraum kommen. In andern Fällen stehen die Betten übereinander in so kleinen Räumen, daß eine Person kaum 3¾ Kubikmeter Luftraum hat, also nur ¼ dessen, was im Interesse der Gesundheit gefordert werden muß. Viel geklagt wird über Ungeziefer, namentlich in Fällen, wo die engen Schlafräume unmittelbar über dem Backofen liegen.

Der Wochenlohn der Gehilfen schwankt bei halber Kost zwischen 5 und 25 M., bei ganzer Kost zwischen 6 und 19 M. und beträgt im Durchschnitt 12,09 resp. 10,05 M.

Die regelmäßige Zahl der arbeitslosen Bäckergehilfen wird auf 2000 Personen angegeben.

Wenn die Regierungen dieser Statistik der Bäckergehilfen-Organisation auch nur einen Theil der wohlwollenden Beurtheilung widmen, die sie den Angaben der Unternehmer zu erzeigen pflegen, so versteht es sich von selbst, daß sie, anstatt das Bischen des vorhandenen Arbeiterschutzes noch zu schmälern, im Gegentheil zu der Einsicht kommen müssen, daß der bestehende Arbeiterschutz aufs allerstrengste durchgeführt und noch erweitert werden muß. Es wäre selbst in der Aera Stumm ein unerhörtes Schauspiel, wenn sich angesichts der geradezu schmachvollen Ausbeutung der Bäckergesellen und Bäckerlehrlinge das Deutsche Reich auf die Seite der Bäckermeister stellen würde.

**Für unbegründet** wird von der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung" die Meldung erklärt, daß Kommerzienrath Krupp aus Essen auf dem von ihm bei Riga angekauften Terrain eine Kanonengießerei für den russischen Staat errichten wolle. Das russische Blatt „Swjet" hatte die Meldung gebracht.

**Wie mit Arbeiterleben** heutzutage umgesprungen wird, zeigte ein Prozeß, der kürzlich vor der Strafkammer in Wetzlar verhandelt wurde. Der Unternehmer Georg Neuhoff aus Wetzlar hatte die Abtragung eines 25 Meter hohen und an Umfang sehr bedeutenden Schlackenberges auf der Sophienhütte in Wetzlar übernommen. Er engagirte zur Beaufsichtigung der Abtragungsarbeiten den Schachtmeister Karl Müller aus Nauborn. Beide zusammen sind nun bei der Anordnung der Arbeiten in einer Weise zu Werke gegangen, von der das Gericht sagte, sie hätten nur den Erwerb, nicht aber das Leben und die Gesundheit ihrer Arbeiter im Auge gehabt. So ließen sie beim Abtragen des Schlackenberges zum theil von unten statt von oben arbeiten und Müller insbesondere ordnete, obwohl der Berg bereits Risse zeigte, Sprengungen mittels Dynamits derartig leichtsinnig an, daß drei Arbeiter durch das Herabstürzen einer Masse von 300 Kubikmetern Schlackensand getödtet und ein vierter verletzt wurde. Es kam den beiden Spießgesellen zweifellos nur darauf an, die Arbeit so schnell wie möglich zu erledigen. Deshalb meldeten sie den Betrieb auch nicht bei der Behörde an. Selbstverständlich waren die Unfallverhütungs-Vorschriften den Arbeitern ebenfalls nicht bekannt gegeben worden; erst am Tage nach dem Unglück wurden sie ausgehängt. Das Urtheil lautete für jeden der beiden gewissenlosen Menschen, von denen übrigens jeder die Schuld auf den anderen schob, auf neun Monate Gefängniß und sofortige Verhaftung.

Die beiden Schuldigen haben nun zwar ihre Strafe weg, aber den Hinterbliebenen der durch ihre Gewissenlosigkeit ums Leben gekommenen Proletarier giebt niemand den Ernährer wieder. Mit recht bemerkt unser Gießener Partei-Organ, die „Mitteldeutsche Sonntagszeitung": „Wann wird man endlich den Arbeitern den ihnen zukommenden Einfluß in der Gewerbe-Inspektion einräumen? So lange das nicht geschieht, sind die Arbeiter profitsüchtigen, gewissenlosen Unternehmern preisgegeben."

**Der Konsumverein in Leipzig-Plagwitz** vertheilt alljährlich an seine arbeitslosen und in Noth befindlichen Mitglieder unentgeltlich Brot. Der Verein hat jetzt über 12 600 Mitglieder und einen Umsatz von jährlich 3—4 Millionen Mark.

## Versammlungen.

**Eine öffentliche Versammlung der Mechaniker und Uhrmacher** tagte am 21. Januar im Englischen Garten. Der Referent, Friedrich Hoffmann, hatte sich zum Vortragsthema die Zukunft der deutschen Metallarbeiter-Bewegung gestellt. Nachdem Redner die gegenwärtige wirthschaftliche Lage besprochen hatte, rieth er, angesichts der unausbleiblichen Krise nach dem voraufgegangenen kurzen Aufschwung in der Metallbranche, zu einer einheitlichen Organisation sämmtlicher Metallarbeiter. Hierdurch wurde eine recht lebhafte Debatte eingeleitet. Näther, Litfin und andere Redner widerlegten eine Reihe von Behauptungen des Referenten, und waren bestrebt, die Organisationsform-Frage nach Möglichkeit in den Hintergrund treten und die Diskussion sich sachlicher gestalten zu lassen. Nachdem von anderer Seite der Anschluß der Berliner Metallarbeiter an den Deutschen Metallarbeiter-Verband befürwortet worden, hauptsächlich um den Metallarbeitern in den Provinzen mit Rath und That besser zur Seite stehen zu können, wurde seitens der Berliner Metallarbeiter behauptet, daß solches bereits nach Kräften geschehe, andererseits aber, bei den eigenartigen Verhältnissen in Berlin, bei einem Zusammenschluß des Berliner Metallarbeiter-Verbandes mit dem Deutschen Metallarbeiter-Verband letzterer anstatt finanzielle Vortheile zu erzielen, bedeutende Zuschüsse für die Berliner Metallarbeiter leisten müsse. Hierauf gab der Vertrauensmann Schwarz den Rechenschaftsbericht während der Dauer seines Amtsjahres. Auf Antrag der Revisoren wurde er entlastet. Der Neuwahl des Vertrauensmannes ging eine recht unliebsame Debatte voran, schließlich wurde Mannold als Vertrauensmann und Schulz zum Stellvertreter ernannt.

**Die Berliner Mitgliedschaft des Zentralvereins der Bureau-Angestellten** hielt am 21. Januar cr. bei Babiel ihre regelmäßige zweite Monatsversammlung ab. Herr Waldeck-Manasse referirte über das Thema: „Kirchen und Kasernen". Von einer Diskussion über den mit Beifall aufgenommenen Vortrag wurde abgesehen. Casper brachte alsdann noch die von der Anwaltskommission neu ausgearbeiteten Vorschläge zur Verlesung, worüber sich eine lebhafte Diskussion entfaltete, in der Bauer die neuen Vorschläge im Gegensatz zu den früheren als eine Wassersuppe bezeichnete. Von einem Mitglied wurde alsdann noch eine Idylle aus einem Anwaltsbureau zum besten gegeben. Nachdem Bauer die anwesenden Nichtmitglieder aufgefordert hatte, dem Verein beizutreten, wurde von ihm die zahlreich besuchte Versammlung geschlossen.

**Die Klavierarbeiter** hielten am Dienstag bei Henke eine nur schwach besuchte Versammlung ab. Mehrere Redner wiesen, im Hinblick auf das geschlossene Zusammenhalten der Unternehmer, auf die Nothwendigkeit der Organisation der Arbeiter hin, unter denen sich leider immer noch infolge des Streiks eine gewisse Theilnahmlosigkeit bemerkbar mache. Als Mittel, in einem künftigen Lohnkampf die Zahl der Streikbrecher zu verringern, befürwortete Seibt die Arbeitslosenunterstützung, die aber von anderen Rednern als undurchführbar und nicht empfehlenswerth bezeichnet wurde. Wustrow empfahl schließlich den Vertrauensleuten, die Werkstatt-Agitation kräftig zu betreiben, damit die Organisation wieder erstarke und die Kollegen in der Lage wären, zu geeigneter Zeit die Scharte wieder auszuwetzen. Gelegentlich der Erwähnung des von der Preßkommission ausgelegten Flugblattes bemerkte Kleinlein, wenn der „Vorwärts" erwarte, daß man für seine Verbreitung agitiren solle, dann müsse er auch mehr als bisher die Interessen der Klavierarbeiter wahrnehmen. Wäre der „Vorwärts" für den Klavierarbeiterstreik ebenso warm eingetreten, wie für die Hutmacher, die Lithographen und die Hamburger Hafenarbeiter, dann hätte derselbe ein besseres Resultat gezeitigt. Auch Wustrow mißbilligte die Haltung des „Vorwärts" im Streik der Klavierarbeiter.*) Zum Schluß nahm die Versammlung eine von Kleinlein eingebrachte Resolution an, welche gegen die von spanischen Behörden an gefangenen Anarchisten verübten Greuel protestirt.

**Friedrichsberg.** Am 19. Januar sprach im hiesigen Arbeiter-Bildungsverein Genosse Metzner über die Ethik der heutigen Gesellschaft. Als zweiter Gegenstand der Tagesordnung stand der Kassenbericht zur Erledigung, der eine Einnahme von 119,20 M. und eine Ausgabe von 23 M. aufweist. Die Ersatzwahl eines ersten Vorsitzenden fiel auf Fritz Schulz.

**In Charlottenburg** tagte am 21. Januar eine öffentliche Metallarbeiter-Versammlung, in der Genosse Rohrlack einen beifällig aufgenommenen Vortrag hielt. Hierauf erstattete Menge Bericht über die Thätigkeit der Gewerkschaftskommission. Beschäftigt hat sich die Kommission mit der Zwangsorganisation des Handwerks und dem Gewerbegerichtsbeisitzer-Kongreß. Die Kommission hat ein Auskunftsbureau für Arbeiter errichtet, welches vom Genossen Dörre, Krummestraße 19, verwaltet wird. Nachdem sich mehrere Redner sowohl für wie gegen die jetzige Organisation der Kommission ausgesprochen hatten, schritt man zur Wahl der Delegirten. Gewählt wurden Menge und Guzinski.

## Depeschen und letzte Nachrichten.

**Halberstadt,** 27. Januar. (W. T. B.) Amtlich wird gemeldet: Strecke Drübeck—Ilsenburg durch Schneeverwehung gesperrt. Verkehr wird zwischen Heudeber—Drübeck und Harzburg—Ilsenburg aufrecht erhalten und soweit Gesammtverkehr nach und von Ilsenburg über Harzburg geleitet.

**Triest,** 27. Januar. (B. H.) Ungeachtet aller offiziösen Dementis bleibt „Piccolo" bei seiner Behauptung bestehen, daß 19 türkische Deserteure auf Veranlassung des österreichischen Vizekonsuls auf Rhodus vom Lloyddampfer „Venus" den türkischen Behörden ausgeliefert worden.

**London,** 27. Januar. (B. H.) Der „Daily Telegraph" erfährt aus Petersburg, der Leibarzt des Zaren habe versichert, daß der Zar eines ärztlichen Beistandes nicht bedürfe. Allerdings mache sich jeder beträchtliche Witterungswechsel im Organismus des Zaren fühlbar infolge der in Japan erhaltenen Wunden. Die Unpäßlichkeit nehme gewöhnlich den Charakter von Neuralgie an; nur ausnahmsweise hätte sich einmal ein Ohnmachtsanfall eingestellt.

**Philippopel,** 27. Januar. (W. T. B.) (Meldung des Wiener k. k. Telegraph.-Korresp.-Bureaus.) Nach Berichten aus Konstantinopel richtete das dortige jungtürkische Komitee an hochstehende Zivil- und Militärfunktionäre ein Schreiben mit der Aufforderung, einen Wechsel in dem gegenwärtigen für das Reich verderblichen System herbeizuführen, da sonst das Komitee eine Aktion beginnen müßte, welche dem Reiche zum Schaden gereichen möchte.

**Kalkutta,** 27. Januar. (W. T. B.) Die Regierung von Britisch-Indien wird zu der in Venedig zusammentretenden Pestkonferenz einen Vertreter entsenden.

*) Daß Herr Kleinlein, der sich als Anhänger der anarchistischen Partei gerirt, nicht für den „Vorwärts" agitiren will, finden wir sehr erklärlich. Seine Taktik, durch ganz unberechtigte Angriffe unser Parteiorgan zu bekämpfen, entspricht nur den Gewohnheiten aller Anarchisten. Red. d. V.

Verantwortlicher Redakteur: August Jacobey in Berlin. Für den Inseratentheil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin. Hierzu 1 Beilage u. Unterhaltungsblatt.

Nr. 23. 14. Jahrgang. **Beilage des „Vorwärts" Berliner Volksblatt.** Donnerstag, 28. Januar 1897.

## Kommunales.

**Der Ausschuß der Stadtverordneten-Versammlung** zur Vorberathung der Magistratsvorlage wegen der für das Jahr 1897 in den städtischen Gaswerken und am Rohrsystem der Stadt erforderlichen Erneuerungs- und Erweiterungsbauten in der Gasanstalt zu Schmargendorf, hat am Dienstag Abend beschlossen, der Versammlung zu empfehlen, sie möge folgende vom Magistrat angesetzten Summen genehmigen: 1. zum Neubau von Retortenöfen 525 000 M., 2. zum Bau von vier Schornsteinen 56 000 M., 3. für Preßpumpen-Anlagen im Pumpenhause 102 000 M., 4. zum Bau von Kondensationsapparaten 62 000 M., 5. zum Bau von zwei Dampfkesseln im Kesselhause Nr. 1 33 000 M., 6. zum Bau von Reinigungsapparaten nebst Fahrstuhl-Anlage 200 000 M., 7. zum Erweiterungsbau des Regenerirhauses Nr. 1 15 000 M., zusammen 1 130 000 M.

**Die Baudeputation** hat beschlossen, die zur Regulirung der Katzbachstraße von der Kreuzbergstraße bis zum Kolonnenweg erforderlichen Mittel in den Etat für 1897/98 einzustellen, weil es endlich gelungen ist, mit den Militärbehörden ein Abkommen über die Abtretung des im Zuge dieser Straße gelegenen militärfiskalischen Weges zu treffen. Es wird dadurch diese lang erwünschte Verbesserung der Umgebung des Viktoria-Parks angebahnt. Ob es gelingen wird, auch wegen Regulirung des sog. fiskalischen Aufmarschterrains eine Einigung zu erzielen?

**Der Zuschuß der Stadtgemeinde,** welcher den Eigenthümern bei den im Verwaltungsjahr 1897/98 zu regulirenden Straßen gewährt werden soll, ist von der städtischen Baudeputation auf 4 M. für das laufende Meter Bordschwelle und auf 6,90 Pf. das laufende Meter Granitplatte festgesetzt worden.

## Lokales.

**Zum Besten der Hamburger Hafenarbeiter** veranstaltet der Gesangverein „Vereinigte Sangesbrüder" in Moabit (M. d. A.-S.-B.), am nächsten Sonntag, den 31. Januar, mittags 12 Uhr, eine Matinee in der Kronen-Brauerei, Alt-Moabit. Wir empfehlen den Parteigenossen eine zahlreiche Betheiligung an diesem Konzert.

**Ueber Kaiserthum und Sozialismus** will Pfarrer Naumann am Freitag Abend in dem Saal von Keller in der Koppenstraße sprechen. Unserer sonstigen Gewohnheit entgegen möchten wir unseren Parteigenossen empfehlen, diese Versammlung nicht zu besuchen. Bei der heutigen Rechtsprechung kann man bei einer Diskussion über dieses Thema sehr leicht mit dem Strafgesetzbuch kollidiren.

Das scheint uns aber die Versammlung nicht werth, weshalb man besser die Herren unter sich läßt.

**Im Krankenhause Moabit** wurden 1895/96 7179 neu aufgenommene und 597 aus 1894/95 übernommene Kranke, zusammen 7776 behandelt, darunter 2197 (30½ pCt.) Mitglieder von Krankenkassen. Von auswärts kamen 486 neu Aufgenommene, davon 429 aus den Vororten und darunter allein 149 aus dem nahe gelegenen Charlottenburg. Es starben im ganzen 829 = 10½ pCt. der Behandelten; im einzelnen: auf der inneren Abtheilung von den Männern 13 pCt., von den Frauen 8 pCt., von den Kindern 16 pCt., auf der äußeren Abtheilung von den Männern 4¾ pCt., von den Frauen 7¾ pCt., von den Kindern 9½ pCt. Schon in den ersten 6 Tagen starben 300 (36 pCt. aller Gestorbenen), davon 44 sogar schon in den ersten 24 Stunden. Unter den behandelten Erkrankungen waren die an Typhus diesmal von besonderer Bedeutung. 1894/95 wurden 23, 1895/96 aber 103 Fälle behandelt, von denen allein 28 auf den September 1895 kamen. 77 Typhuskranke waren aus Moabit, besonders aus Havelberger- und Stephanstraße (zusammen 44), sowie aus Beussel- und Birkenstraße (je 7). „Eine gemeinsame Ursache für das Auftreten der Typhuserkrankungen", bemerkt hierzu der Verwaltungsbericht, „konnte trotz sorgfältigster Erhebungen nicht gefunden werden. In einzelnen Fällen konnte man die Infektion durch den Verkehr mit den erkrankten Familien nachweisen; in einem Falle lag die Uebertragung durch infizirte Milch nahe. Der Hauptherd der Erkrankungen lag in dem neuen, erst seit 10—15 Jahren bebauten, die Havelberger-, Stephan-, Beussel-, Rostocker- und Birkenstraße einschließenden Stadtbezirk, welcher zum theil auf früher sumpfigem Boden steht." In 12 Familien erkrankten mehrere Mitglieder, meist nacheinander. Hier wird Ansteckung in der Familie selber angenommen. Von den 103 Typhuskranken starben nur 8.

**Das Elend der Obdachlosen.** Uns wird geschrieben: Großes Elend herrscht gegenwärtig unter den Aermsten der Berliner Bevölkerung, welche genöthigt sind, während der Nachtzeit die Obdachsanstalten aufzusuchen. In nicht zu beschreibendem bejammernswerthen Zustande sieht man beim Einbruch des Abends am städtischen Obdach in der Fröbelstraße zitternd und bebend vor Kälte ganze Schaaren dieser Unglücklichen stehen, welche zuweilen nicht einmal nothdürftig bekleidet sind. Gar zu oft nur ist das defekte Schuhwerk derselben ohne Sohlen, welche durch Papier oder Lappen mit einem Bindfaden befestigt, ersetzt sind. Sehr viele besitzen kein Hemd und nackte Körpertheile sind aus ihren — wenn man sie noch so nennen darf — durchlöcherten Kleidungsstücken sichtbar. Erbarme sich jeder, der irgendwie in der Lage ist, der Aermsten der Armen und sende entbehrliche Kleidungsstücke, namentlich aber Hemden und Schuhwerk nach dem städtischen Obdach, welche entgegenzunehmen der Inspektor der Anstalt, Herr Bandemer, gern bereit ist. — Der Aufruf ist von Herzen gut gemeint, und es sollte uns freuen, wenn Berliner Einwohner, soweit sie dazu im stande sind, den Jammer unter den Obdachlosen linderten. Um wieviel besser wäre es aber, wenn das viele Geld, das die Berliner Steuerzahler dank der Stadtverordneten-Majorität des öfteren zu patriotischen Festen hergeben müssen, zur Linderung des namenlosen Elends bestimmt würde, das durch die Schuld der Gesellschaft über tausende Mitbürger hereingebrochen ist!

**Der Kampf gegen die Rotte** spielte gestern in diversen Artikeln bürgerlicher Blätter eine beträchtliche Rolle. Die Auslassungen sind interessant insoweit, als sie von dem unbändigen Hasse sowohl, mit dem diese Interessenten der „göttlichen Weltordnung" die Sozialdemokratie begeifern, als auch von der rathlosen Ohnmacht, welche die Ordnungsstützen im Kampfe gegen die weltgeschichtliche Nothwendigkeit erfüllt, beredtes Zeugniß ablegen. Die „Nordd. Allg. Ztg." druckt in ihres offiziösen Nichts durchbohrendem Gefühle einen Artikel der „Konservativen Korrespondenz" ab, in dem sich folgende Stellen finden: „Hat Seine Majestät in hohem Maße gezeigt, daß sein Herz warm für die Arbeiter schlägt, . . . so hat er doch auch niemals einen Zweifel darüber bestehen lassen, daß er das Schüren des Klassenhasses für verdammenswerth und den Kampf gegen die Sozialdemokratie, die Zerschmetterung der Schaar, die nicht werth ist, den Namen Deutsche zu tragen, für dringend nothwendig erachtet. . . . Allenthalben regt sich das Bestreben, die nationale That der Vernichtung der sozialdemokratischen Volksverführer zu vollbringen. Möge es unserem kaiserlichen Herrn beschieden sein, diesen nationalen Kampf, der unumgänglich ist, zum Wohle des Vaterlandes mit reichem Erfolge zu führen und — den inneren Frieden fest zu begründen." — Als Pendant zu dieser feudalen Auslassung fischen wir aus der Fülle der sozialistenfeindlichen Loyalitätskundgebungen noch eine Sentenz heraus, die in einem von geradezu entsetzlicher Angst zeugenden Artikel im Blatte des Herrn Dr. Leipziger enthalten ist: „Wer unter unseren heutigen Zeitverhältnissen nicht mit jener Rotte von Umstürzlern gehen will, die uns alles rauben wollen, was unseren Altvorderen und uns bisher heilig und unantastbar war, der halte sich zu unserem Kaiser." — In einem Artikel schließt die agrarische „Deutsche Tageszeitung": „Wir geloben ihm deutsche freie Treue nach wie vor. Mag hie und da im Drange und Zwange der Noth ein hart und heftig Wort gefallen sein, das besser hinter dem Zaune der Zähne geblieben wäre, des kann unser kaiserlicher Herr versichert sein, daß, wenn er sein Volk aufruft zur Thronwacht und zum Schutze der Krone, unter den ersten, die diesem Rufe folgen werden, die vielgeschmähten sogenannten Agrardemagogen sein werden." — Na, also!

**Aus den merkwürdigen Geschäftspraktiken der Ausstellungsleitung** weiß die „Berl. Ausst.-Ztg." u. a. mitzutheilen, daß die Baukommission mit der Firma Braß u. Hertilet einen Vertrag geschlossen hat, in Gemäßheit dessen den Genannten als Aequivalent für die Abbruchsarbeiten an der Kuppelhalle nicht nur das dem Ausstellungs-Unternehmen als Eigenthum gehörige Eisen gratis überlassen bleiben, vielmehr noch 5000 M. hinzugezahlt werden sollten. Dieser Zahlungsmodus sei noch rechtzeitig durch hinzugezogene Sachverständige beseitigt und dahin abgeändert worden, das jetzt das Ausstellungs-Unternehmen noch etwa 15 000 M. herausgezahlt erhalten soll. — Nach derselben Quelle hat der Arbeitsausschuß einen Zivilprozeß gegen Herrn Scherl angestrengt, der bekanntlich die „Offiziellen Ausstellungs-Nachrichten" verlegte. Herr Scherl habe sich geweigert, den kontraktlich festgesetzten Mindestbetrag von 20 000 M. an das Ausstellungsunternehmen zu zahlen und behaupte, nicht nur keinen Gewinn, sondern einen durch den Arbeitsausschuß verschuldeten Schaden von 200 000 M. zu erleiden. In dieser Höhe mache er Gegenansprüche geltend. — Die Nachricht, daß die Lichtfontaine für die Kunst- und Industrie-Ausstellung in Stockholm angekauft sei, ist dahin zu ergänzen, daß nicht die Fontaine, die auf der Berliner Gewerbe-Ausstellung in Thätigkeit war, sondern eine von demselben Unternehmer gelieferte, noch wesentlich verbesserte für Stockholm erstanden worden ist. Die Verhandlungen mit dem Arbeitsausschuß der Berliner Gewerbe-Ausstellung zerschlugen sich im letzten Augenblick wegen des Preises.

**Ein Opfer ihrer Bedienstenhaftigkeit** sind einige brave Leute geworden, die den Verlust hoffentlich tragen können. In einem der ersten Berliner Hotelrestaurants wurde, wie wir im Feuilleton der „Hamb. Nachr." lesen, kürzlich ein Fest gefeiert, zu dem auch ein sehr hoher Herr geladen war. Der Arrangeur hatte bestimmt, daß vor das Kuvert des hohen Herrn an stelle des gewöhnlicheren weißen Tischmosels — man wußte, daß der betreffende den Mosel bevorzugt — ein feinerer Berncastler gesetzt wurde. Der Wein war in Karaffen gegossen worden, trug also kein Etiket. Er schmeckte dem hohen Herrn auch so vortrefflich, daß dieser den Wirth heranrufen ließ und ihn nach dem Preise des Mosels befragte. Getreu seiner Instruktion antwortete der Mann: „Eine Mark fünfundsiebzig", das war nämlich der Preis des sonst am Tische getrunkenen Mosels. „Sehr billig," sagte der hohe Herr, „da schicken Sie mal tausend Flaschen an meinen Kellermeister". . . . Und die Folge? Der Berncastler kostete sieben Mark pro Flasche, und selbstverständlich mußten die Gastgeber die Preisdifferenz tragen. Das hatten sie für ihren kleinen Schwindel; dem hohen Herrn soll aber noch heute der billig erstandene Mosel ganz ausgezeichnet munden. . . . Die selbstgenügsamen Herren waren doch hoffentlich keine nothleidenden Agrarier, die einen Freund der Landwirthschaft ehren wollten?

**In dem Meldewesen** bei der Polizei scheinen sich verschiedene Neuerungen eingestellt zu haben; anders sind wenigstens die Mittheilungen nicht erklärlich, die von hiesigen Hauswirthen in der Beziehung gemacht werden. Von einem Hauswirth in der Andreasstraße wurde polizeilich verlangt, daß er einen seiner Miether, der gefänglich eingezogen war, abmelden solle. Er lehnte dies ab, da die Familie des betreffenden noch in der Wohnung sich befinde und ihm keinerlei Mittheilung über eine Verhaftung des Bewohners gemacht worden sei. Der Polizeibeamte bemerkte, daß ihm gerade zu diesem Zwecke die Mittheilung gemacht werde. Auf diese Weise erfuhr der Vermiether, daß sein Miether wegen Verdachts der Hehlerei gefänglich eingezogen sei. — In einem anderen Falle wurde von dem Hausbesitzer verlangt, daß er eine ins Krankenhaus aufgenommene Bewohnerin seines Hauses, die auf der Straße verunglückt und dorthin geschafft war, abmelden möge. Man kann sich denken, wie sehr die Hauswirthe gegen ein derartiges Abmelden eingenommen sind; kann hieraus doch unter Umständen rechtlich die Auflösung des Miethsverhältnisses hergeleitet werden.

**Von Herrn Stadtverordneten Rosenow** erhalten wir folgende Zuschrift: Ein Bericht über den Vortrag des Herrn Stadtverordneten Dinse, Straßenbahnen betreffend, den Ihr geschätztes Blatt bringt, läßt mich folgende durch Anführungszeichen besonders hervorgehobene Worte sagen: Die Pferdebahn habe nicht nur im Magistrat, sondern auch in der Stadtverordneten-Versammlung mächtige Freunde, „die unter Mißachtung der Bürgerschaft für ihren eigenen Säckel sorgen". Ich gestatte mir nun geehrte Redaktion, hierdurch die Versicherung zu geben, daß die durch „ " gekennzeichneten Worte ein mir völlig unerklärliches Mißverständniß der betr. Korrespondenz sind, und richte das sehr ergebene Ersuchen an Sie, diesen Theil des Berichtes freundlichst zu widerrufen. Herr Rosenow setzt dann eingehend auseinander, daß die von ihm gesprochenen Worte so ziemlich den entgegengesetzten Sinn hatten.

**Der altgewohnten, lieben Schiefertafel,** ohne die man sich bisher die kleinen A-B-C-Schützen gar nicht denken konnte, wird das Grablied gesungen. Den Vorstehern der Berliner Schulen ist von der Behörde anheimgegeben worden, statt Griffel und Schiefertafel für den ersten Schreibunterricht Bleistift und Papier einzuführen. Diese Neuerung wird allerdings von Pädagogen und Aerzten immer dringender empfohlen, weil die Schrift auf der Tafel oft undeutlich ist und das Schreiben mit dem Griffel die Leichtigkeit der Schrift beeinträchtigt. Wenn aber außerdem noch angeführt wird, daß die Neuerung auch finanziell bei den angeblich billigen Papierpreisen keine Rolle spiele, so muß dem wiedersprochen werden. Für Schreibbücher sind fortlaufend Ausgaben zu machen, wogegen die Schiefertafel, nachdem sie einmal angeschafft ist, ohne weiteres immer wieder in Gebrauch genommen werden kann und so den strebsamen jungen Schüler auch zum selbständigen Arbeiten anregt.

**Eine umfassende Neuordnung der National-Gallerie** wird gegenwärtig vorgenommen. Mehr als die Hälfte der Räume sind augenblicklich gesperrt. Im Erdgeschoß sind nur die Eingangsräume und der Skulpturensaal zugänglich. Die geschlossenen Kabinets haben eine neue, vornehmere Ausstattung erhalten; an Stelle der verblichenen Tapeten sind zum Theil tiefrothe, zum andern Theil olivengrüne Baumwollstoffe als Wandbekleidung gewählt worden, während die Pilaster, Pfeiler 2c. mit einer dunkelgrünen marmorirten Farbe gestrichen worden sind. In den Räumen des Erdgeschosses sollen die erlesenen Werke der Gallerie vereinigt werden, und man ist augenblicklich dabei, aus dem ganzen Hause die Perlen der Sammlung dorthin zu schaffen. So werden hier fortan die Bilder von Uhde, Liebermann, Gebhardt, Spangenberg, Riefstahl, Böcklin, Scheurenberg u. a. ihren Platz erhalten, wahrscheinlich auch Menzel's „Eisen-Walzwerk". Auch will Direktor von Tschudi, so unglaublich das im polizistischen Militärstaate klingen mag, die Kriegs- und Militärbilder nach den oberen Räumen schaffen. Ist das nicht bedenklich?

**Ein neues Heilserum.** Ueber ein neues Tuberkulose-Heilserum, welches von dem Berliner Arzt und Bakteriologen Dr. F. Niemann hergestellt worden ist, veröffentlicht Herr Dr. Niemann selbst in der neuesten Nummer der „Münchener Medizinischen Wochenschrift" den ersten ausführlichen Bericht. Das von den nach besonderer Methode behandelten Ziegen gewonnene Serum besitzt nach Dr. Niemann stets einen einwandsfrei nachweisbaren Gehalt an Antituberkulin, dessen antitoxische Kraft zunächst an tuberkulösen Meerschweinchen erprobt wurde. Es genügten 15 ccm des Serums, um die Thiere 30 Tage lang selbst gegenüber der doppelten Menge der tödtlichen Tuberkulindosis zu schützen. Aber auch durch Versuche am Menschen wurde das Vorhandensein von Antituberkulin in diesem Serum nachgewiesen. Einem 33jährigen, fieberlosen Schwindsüchtigen, der auf 1,5 mg Tuberkulin heftig reagirte, wurden fünf Tage nach dieser Reaktion 2 mg Tuberkulin und 0,75 ccm Serum injizirt, ohne daß er hierauf im geringsten reagirte. Nachdem so die antitoxische Wirksamkeit des Serums nachgewiesen war, begann Herr Dr. Niemann die Behandlung impftuberkulöser Meerschweinchen mit dem Tuberkulose-Antitoxin. In mehr als 40 Fällen gelang es ihm, eine vollständige Heilung zu erzielen. Die betreffenden Thiere leben noch jetzt nach acht Monaten. „Auf grund dieser Erfolge", erklärt Herr Dr. Niemann weiter, „hielt ich mich für berechtigt, Heilversuche auch beim Menschen vornehmen zu lassen. Es wird jetzt mein Verfahren bei mehreren Patienten angewendet, und es hat, soweit es sich um die Anwendung des Heilserums bei leichteren Fällen von Phthisis handelte, günstige Resultate ergeben. Das Allgemeinbefinden besserte sich schnell, die Tuberkelbazillen verschwanden nach einigen Tagen aus dem Auswurf, der Husten verminderte sich. Temperaturerhöhungen treten selbst nach Injektionen von 10—20 ccm höchst selten auf, andere Nebenerscheinungen wurden niemals beobachtet. Da die Versuche erst seit zirka 2½ Monaten im Gange sind, so liegt es in der Natur der Sache, daß vorläufig von Heilungen noch nicht die Rede sein kann. Herr Dr. Albu, der die Versuche in Berlin ausführt, wird später über die Ergebnisse derselben berichten."

**Eine große Karte der Provinz Brandenburg** ist im Verlage von Alexius Kießling, Kleinbeerenstr. 26, Berlin, erschienen. Die Karte ist recht übersichtlich und zeichnet sich unter anderem durch Eintheilung der Chausseen in Kilometer aus. Sie kostet sechsfarbig 2 M., dreifarbig 1,25 M.

**Eine Gemäldesammlung** des berühmten russischen Malers Wereschagin soll nächstens im alten Reichstagsgebäude ausgestellt werden.

**Vor einigen Tagen** wurde vom Polizeipräsidium der Probe-Omnibus für die konzessionirte 5 Pfennigstrecke Halleſches Thor—Lindenstraße—Jerusalemerstraße—Hausvoigteiplatz abgenommen. Die Wagen, welche 12 Personen fassen, sollen ohne Schaffner fahren.

**Das anhaltende Schneetreiben** hat auch im Betriebe der Stadt- und Ringbahn zum theil nicht unerhebliche Störungen zur Folge gehabt. Insbesondere erlitten die Nordring-Züge durch das Unwetter die ganze Woche hindurch Verspätungen. Die Menge des herniedergefallenen Schnees ist so bedeutend, wie er seit Jahren nicht beobachtet worden ist. Welch' ungeheure Kosten die Fortschaffung der Schneemassen aus den Straßen Berlins verursacht, zeigt am besten die Thatsache, daß im Durchschnitt 1000 Wagen täglich je fünf Fuhren machen. Jede Schneefuhre, ca. 2 Kubikmeter, wird im Durchschnitt mit 2 M. bezahlt, so daß die täglichen Ausgaben für die Abfuhr aus Berlin 10 000 M. betragen. Die Arbeiter erhalten bekanntlich nur 2,40 M. täglich. Man braucht trotz der relativ bedeutenden Kosten noch keine Angst zu haben, daß Berlin an ihnen Bankrott gehe. Es ist immer besser, wenn hungernden Arbeitern ein kleiner Verdienst verschafft wird, als wenn die Stadt große Summen für patriotische Allotria fortwirft.

**Die Frau Rothenburg** ist bis heute von Herzberge noch nicht entlassen, trotz Verfügung des Oberpräsidenten, daß dies innerhalb 8 Tagen zu geschehen habe und trotzdem diese Frist schon einige Tage verstrichen ist. Was mögen, so frägt die „Märkische Volks-Zeitung", die diese Nachricht bringt, nun jetzt schon wieder für Hindernisse oder Zwischenfälle eingetreten sein?

**Die Pferdebahnschaffner** scheinen zu der Ueberzeugung gekommen zu sein, daß sie sich denn doch nicht alles bieten lassen dürfen. Ein hiesiges Blatt berichtet: Bei dem großen Schneefall am Montag stellte die Verwaltung der Großen Berliner Pferdebahn an die Schaffner das Ansinnen, sich an der Fortschaffung des Schnees zu betheiligen. Die Anordnung ging allerdings nicht von der Direktion, sondern von den Verwaltern aus. Die Schaffner lehnten die Betheiligung ab.

**Der Maler Charles Eisenhauer,** der vor einiger Zeit verwundet in der Lausitzerstraße aufgefunden wurde, ist gestern in die Charitee aufgenommen worden. Was mit ihm vorgegangen ist, steht noch immer nicht fest. Er behauptet, daß er plötzlich auf der Straße von zwei ihm unbekannten Männern überfallen und mit dem Messer bearbeitet worden sei. Die Mutter Eisenhauer's, eine geborene Schreiber, lebt in Algier, sein Vermögen wird von dem Medizinalrath Dr. Schellenberg zu Weinheim in Baden verwaltet.

**Herr Heinrich Hacke,** Polizeilieutenant a. D. und Schriftsteller, theilt mit, das das von uns gestern erwähnte Buch überhaupt noch nicht erschienen ist und daß es jedenfalls nicht in dem Verlage von Finking erscheinen wird. Weder er, Herr Hacke, noch sein Buch ständen in irgend einer Beziehung zu der beregten Untersuchungssache.

**Aus der Untersuchungshaft entlassen worden** ist am Dienstag Mittag der 54jährige Arbeiter Hermann Philipp aus der Gneisenaustraße 101, der am 23. November unter dem Verdachte des Gattenmordes verhaftet worden war. Das Verfahren gegen Philipp ist jetzt eingestellt worden, da der schwere Verdacht sich als ungerechtfertigt herausgestellt hat.

**Seit Sonntag** ist die 20jährige Lederstepperin Helene Weiß, die in der Barnimstraße bei ihren Eltern wohnte, verschwunden.

**Unglücksfälle im Straßenverkehr.** Gestern Mittag erkrankte der 41 Jahre alte Kellner Vinzens Zech vor dem Hause Kanonierstraße 9 schwer und verschied bereits während der Ueberführung nach der Universitätsklinik. Die Leiche wurde nach dem Schauhause gebracht. — In der vergangenen Nacht fiel am Elisabeth-Ufer der 43jährige Kellner Theodor Weihmachshausen infolge der Glätte hin und erlitt einen Bruch des Unterschenkels. Er fand im Krankenhaus Am Urban Aufnahme.

## Aus den Nachbarorten.

**Ein Raubmord-Versuch** ist in der Nacht zum Dienstag in Spandau vorgekommen. Bei dem Herbergswirth Kern in der Jüdenstraße wohnte seit einiger Zeit der Hausdiener Friedrich Mörke, 24 Jahre alt, aus Stüdenitz bei Kyritz. Derselbe war bis September v. J. in einem Hotel beschäftigt, da machte er eine Erbschaft von 1200 M. und seitdem arbeitete er nicht. In der Nacht, als der Wirth sich zum Keller begab, lauerte Mörke ihn mit einem Beil auf und versetzte ihm zwei wuchtige Hiebe mit der Mordwaffe, wovon einer das rechte Schulterblatt zerschlug und der andere die linke Kopfseite verwundete. Der Wirth wehrte sich verzweifelt und bald kamen Gäste, die den Mordbuben überwältigten und verhaften ließen.

**Aus Rixdorf** ist der Bauunternehmer Pagels seit 14 Tagen verschwunden. Er wird wegen Bauschwindeleien und Betruges steckbrieflich verfolgt.

**Aus Rixdorf.** Ein dreister Gelddiebstahl ist bei dem Gastwirth Paul Kramer am Richardsplatz in Rixdorf verübt worden. Der Dieb war in die eine Treppe hoch gelegene Privatwohnung des Gastwirths eingedrungen und hatte sich einen in einem Spinde aufbewahrten Geldbetrag angeeignet. Als in demselben Augenblick Kramer in die Stube trat, sprang der fremde Mensch plötzlich an

ihm vorbei, schlug die Thür hinter sich zu und rannte dann die Treppe hinab, über den Richardsplatz hinweg und in das Eckhaus an der Mühlenstraße hinein. Der Bestohlene war ihm aber schnell gefolgt, und da sich ihm auch noch andere Leute anschlossen, so gelang es, den Dieb zu fassen und ihm seine Beute wieder abzunehmen. Außerdem fand man bei ihm noch mehrere Feilen und Dietriche. Der recht nobel gekleidete Räuber wurde als der Kutscher Koch aus der Knesebeckstraße, wo er zuletzt beim Wildhändler Gottschalk in Stellung war, erkannt und einem Gendarmen übergeben.

## Gerichts-Zeitung.

**Der Prozeß Witte-Stöcker,** der am 29. d. M., vormittags 9 Uhr, zur Verhandlung gelangt, nimmt so großen Umfang an, daß er im großen Schwurgerichtssaal vor sich gehen wird. Voraussichtlich wird darin, wie die „Voss. Ztg." hört, eine besondere Rolle ein Schriftstück spielen, das neuerdings aufgetaucht ist und nichts weniger als die Lebensaufzeichnungen des Schneiders Grüneberg enthält. Unter dem Titel „Ein Verbannter" hat Grüneberg, der ein vielbewegtes Leben hinter sich hat, seine politischen Erlebnisse geschildert. Anschaulich beschreibt er darin, wie es ihm als sozialdemokratischem Agitator ergangen ist, seine Begegnung mit der Gräfin Hatzfeldt, der Freundin Lassalle's, seine Kämpfe mit der Polizei, die Leiden und die Nöthe, die er mannigfaltig erlitten, und wie er schließlich sich Stöcker angeschlossen hat. Für den jetzigen Prozeß gegen Stöcker ist eine Reihe von Stellen dieser am 4. August 1896 abgeschlossenen Memoiren von Wichtigkeit. So erzählt Grüneberg eingehend, wie Stöcker ihm im Jahre 1878 den Auftrag ertheilt hat, die Kandidatur des Fabrikbesitzers Hoppe dadurch zu bekämpfen, daß er in öffentlicher Versammlung den Pfarrer Witte, der für Hoppe eintrat, als einen Mann angriffe, der nicht für die Arbeiter wirken könne, weil er in Verbindung mit Juden und Judengenossen stehe, denen er gegen Geschenke Kommerzienrathstitel verschaffe. Stöcker hat bekanntlich unter seinem Eide diesen Auftrag abgeleugnet. Weiter berichtet Grüneberg, daß Stöcker bereit gewesen sei, ihm zu helfen, wenn er nach Amerika ginge. Stöcker habe versprochen, ihn dort bei dem Pastor v. Schlumbach unterzubringen. Im allgemeinen ist aus den Aufzeichnungen ersichtlich, daß dem Schneider Grüneberg eine starke Antipathie gegen Witte suggerirt worden ist, die in ihm noch deutlich nachklingt. Einige Tage vor der Verhandlung des Schöffengerichts in dem Prozeß Witte gegen Stöcker, in welchem Grüneberg als Zeuge vorgeladen war, erhielt Grüneberg noch von dem Ausschuß der christlich-sozialen Partei die Aufforderung, dieser Partei, deren Präsident bekanntlich Stöcker ist, als Mitglied beizutreten, gleichzeitig wurde ihm die Mitgliedskarte beigefügt. Dieser Vorgang steht in auffälligem Gegensatz dazu, daß Stöcker den Grüneberg seinerzeit aus einer Versammlung der christlich-sozialen Partei hinausgewiesen und, als er nicht ging, ihn durch mehrere Schutzleute gewaltsam aus dem Saale hat entfernen lassen, und daß Grüneberg damals durch einen besonderen Beschluß aus der Partei ausgeschlossen worden ist.

**„Der Strafantrag ist ganz verrückt!",** so brüllte am Dienstag ein Angeklagter in den Saal des Schöffengerichts hinein, als er vom Vorsitzenden befragt worden war, ob er auf den auf 2 Monate Gefängniß lautenden Antrag des Staatsanwalts noch etwas zu sagen habe. Der Vorsitzende war entsetzt, der Staatsanwalt aber erklärte in voller Seelenruhe, daß er darauf verzichte, einen Strafantrag wegen Ungebühr zu stellen; ein solcher Mensch wie der Angeklagte könne ihn überhaupt nicht beleidigen und andererseits würde eine Ordnungsstrafe ganz ohne Eindruck bleiben, da der Angeklagte zur Zeit so wie so eine längere Gefängnißstrafe verbüße. Er stelle anheim, dem Angeklagten, falls er sich körperlich ungebührlich benehmen sollte, sofort von seinem Transporteur Fesseln anlegen zu lassen. Der Angeklagte, ein Handelsmann Krüger, der aus dem Gefängniß zu Hamburg hierher transportirt worden war, blieb dabei, daß der Antrag „ganz horrende" sei; er sei, wie er erklärte, schon zehnmal bestraft worden, aber solche „klotzigen" Anträge habe noch nie ein Staatsanwalt gegen ihn gestellt, wenn es sich um eine Lappalie handelte. Eine solche war nun nicht im Spiele. Der Angeklagte macht, wie seine Vorstrafen beweisen, ein Gewerbe daraus, sich bei ihm ganz fremden Familien, deren Personalverhältnisse er vorher studirt hat, einzufinden, sich als entfernter Verwandter vorzustellen und unter dieser Maske Unterstützungen für sich heraus zu schlagen. Er hatte diese Kunst wieder in zwei Fällen geübt und wurde deshalb zu 2 Monaten Gefängniß verurtheilt.

**„Sehen Sie hier meine Herrschaften** dies kleene Fläschchen. Wat da drinnen is, det is eene Flüssigkeit, die von den großen Alchymisten Dr. Faust erfunden is, wo Joethe so ville ieber jeschrieben hat. Eijentlich wollte er det Joldmachen erfinden, aber er kriegte det nich mehr fertig, indem er unter eenen heftigen Pech- un Schwefeljestank von Mephistophelen runter nach der Hölle jeholt wurde. Aber unter seinem Nachlasse hat mein Jroßvater, der Kalfakter bei ihm war, een kostbares Rezept jefunden, wonach diese echte Joldtinktur fabrizirt is. Haben Sie Sachen von Messing, Kupper oder ooch man janz jewöhnlichet Eisen un Sie wollen det von außen in Jold umwandeln, denn streichen Sie sie eensach mit diese echte Tinktur an un Sie haben det blankeste Jold. — Denn habe ick hier eene andere Flasche. Da is een Leim drinnen, der alles kittet un zusammenhält, mag et heißen, wie et will, un mag et von Jlas, Metall, Holz oder Papier sind, er soll schon jeschiedene Eheleite wieder zusammenjekittet haben. Un denn hier diese Putzseefe! Ick reibe zweemal mit diesen Lappen darieber, sehen Sie so — Junge, bleib mit die Finger von mein Waarenlager! — un denn fahre ick damit ieber dies olle Stück Blech hin und her, nachdem ick dadruf jespuckt habe, sehen Sie so, un nun sind Sie woll so gut, Sie junge Frau mit'n weißen Kopp, un kieken mal rin, een Kristallspiejel is'n Kind dajejen. Jeder Jejenstand kostet blos zehn Fennije, un wer alle drei nimmt, kriegt noch zwee scheene Biecher, die Memoriden von Casanova un die Beschreibung von „Levy Nathan, den jrößten Dampfer der Welt" zu. Un wer et wünscht, dem verrathe ick jratis een unfehlbaret Mittel jejen Bettnässen, ooch von Doktor Fausten. Nu, hat keener Lust?"

Er hatte noch mehr Raritäten auf seinem von einer Stallaterne beleuchteten Wagen, mit dem er an einer Straßenecke hielt. Durch seine Rodomontaden hatte er schon ziemlich viel Publikum angelockt, aber die Kauflust war nur gering. Der Mann wurde zudringlicher. „Ihr seid entweder alle nicht recht bei Jroschen, oder Ihr besitzt keene Kenntnisse, denn det diese fünf werthvollen un nützlichen Jegenstände uf der Straße jefunden sind, det kann een Blinder mit'n Stock stehlen. Nu? Will eener sie für 20 Fennije, denn weg damit." Niemand meldet sich. Die „junge Frau mit dem weißen Kopp", wie sie von dem fahrenden Händler angeredet wurde, hat ihn inzwischen prüfend angesehen. „Sie sind derselbe Mann, der mir im Herbst in der Köpnickerstraße drei Stück Putzseefe anjeschmiert hat" erklärt sie. „Det Zeichs war jarnichts werth, ick habe det blos an meine Kichenlampe probirt un schwarz is sie jeworden, aber nich blank." Denn hat det an Ihrer Spucke jelegen, aber nich an die Seefe," erwidert der Händler und hat die Lacher auf seiner Seite. Die Frau wird auch ärgerlich. „Alles, wat Sie haben, is Mumpitz," eifert sie. „Mir wundert blos, det sich die Polizei da nich rinlegt. Ihr Rezept jejen Bettnässen besteht darin, det Sie die Leite sagen, sie sollen det Kind uf'n Sopha schlafen lassen. Ihre faulen Zicken kennen wir." — „Nu machen Sie aber, det Sie fortkommen, Sie stören mir hier in meinem Jeschäft!" „Wat? So'n Jammerlappen wie Sie, wollen mir hier von der Straße weisen! Zahlen Sie hier vielleicht Platzmiethe? Nennen Sie det een Jeschäft, wenn Sie arme Leite durch Ihre Kunststücke det Jeld aus der Tasche ziehen? Sie wollen eenen Schutzmann holen? Sie? Sie maukbeenigter Klamottenstiefel! Wat? Sie fassen mir an'n Arm? Ick haue Ihnen eene rin, det Sie die Füße jejen den Himmel kehren." Und klatsch, versetzte sie ihm einen Schlag ins Gesicht. Wenn der angedrohte Erfolg auch nicht eintrat, so blutete ihm doch die Nase. „Det is ooch wat von Fausten" meint die Frau kaltblütig. — Es entstand nun ein ziemlicher Tumult. Der Händler wollte auf die Frau eindringen, wurde aber von den Umstehenden, welche für sie Partei nahmen, daran verhindert. Zum Glück erschien ein Schutzmann, der die streitenden Parteien aufschrieb und den Händler zum Weiterfahren veranlaßte. Frau Wilhelmine Schneider, die tapfere Frau, erhielt ein Strafmandat wegen Verübung groben Unfugs in Höhe von 3 Mark. Es lag nicht in ihrer Natur, sich dabei zu beruhigen, sondern sie ließ es sich nicht nehmen, richterliche Entscheidung anzurufen. Nachdem der Sachverhalt wie vorstehend geschildert festgestellt war, wurde das Strafmandat bestätigt. Frau Schneider will ans Kammergericht gehen.

## Literarisches.

— „Sozialistische Monatshefte" und der „Sozialistische Student", zwei neue Zeitschriften, sind nun als Fortsetzung des „Sozialistischen Akademikers" erschienen. Wie dieser streben die „Sozialistischen Monatshefte" danach, „ein Diskussions-Organ für die Streitfragen der Theorie und Taktik, ein Tummelplatz für theoretische Kämpfe auf dem gemeinsamen Boden sozialistischer Weltauffassung, ein Ort, an dem jeder gehört wird, zu werden."

„Der sozialistische Student" soll die Grundgedanken des Sozialismus hineintragen in die Schaar der noch unaufgeklärten Studirenden, er soll sie lehren, sozialistisch zu denken und sozialistisch zu fühlen.

Die „Sozialistischen Monatshefte" werden einen Umfang von 3½ bis 4 Bogen (56—64 Seiten) haben; der Preis beträgt 50 Pf. pro Heft, 1,50 M. pro Quartal.

Das soeben erschienene Januar-Heft der „Sozialistischen Monatshefte" hat folgenden Inhalt: Paul Kampffmeyer, Ein Wort über den Zusammenhang von Theorie und Praxis in der sozialen Frage. Dr. B. Kritschewsky, Aus Auguste Blanqui's Leben (mit Portrait Blanqui's). Dr. Conrad Schmidt, Grenznutz-Psychologie und Marx'sche Werthlehre. Wilhelm Bölsche, Die sozialen Grundlagen der modernen Dichtung. H. Molkenbuhr, Der Hamburger Streik. Dr. Eduard David, Die marxistische Sozialdemokratie des Herrn Max Lorenz. Ria Claassen, Die versunkene Glocke. Simon Katzenstein, Sozialismus in der Sozialdemokratie. Ein Beitrag zur Gehälterfrage. Anton Tschechow, Wanjka. — Rundschau: Oeffentliches Leben. — Wissenschaft. — Kunst. — Aus der Zeit. — Bücher. — Revuen. Bibliographie des Sozialismus. Außerdem enthält das Heft ein wohlgelungenes Portrait von Auguste Blanqui. Für die nächsten Hefte sind folgende Aufsätze in Aussicht gestellt:

Dr. Sophie Daszynska, Die moderne Frauenbewegung und die Arbeiterinnenfrage. H. van Kol, Ueber Kolonialpolitik. G. F. Steffen, Kritik der Marx'schen Werthlehre. S. Katzenstein, Freiheit und Ordnung. Catilina, Ideologie und Sozialismus. Adele Gerhard, Konsumgenossenschaften. Peter Lawroff, Ueber Lopatin. Sperans, Bankier-Symbolismus. Georg v. Vollmar, Sonja Kowalewski. Erinnerungen und Eindrücke. (Nebst einem noch nicht vervielfältigten Portrait.) Dr. Johannes Menzinger, Die Geschichtsschreibung der Judenfrage. M. Beer, Ueber Zionismus. H. Thurow, Constantin Pecqueur. Wilhelm Boelsche, Arne Garborg. H. Thurow, Bénoit Malon.

Das zweite Organ, „Der sozialistische Student", wird allmonatlich in einem Umfang von 1 Bogen (16 Seiten) erscheinen; es kann auch für sich zum Preise von 10 Pf. pro Heft gekauft oder für 30 Pf. pro Quartal abonnirt werden.

Das soeben erschienene erste Heft enthält folgende Beiträge: Was wir wollen. — Ernst Rolf, Der Kouleurstudent. — Ernst Hardek, Vorwärts. — Dr. Swoboda, Münchener Brief. — Arthur Jacobi, Aus den Reichslanden. — Rundschau: Von den Hochschulen. — Frauenstudium. — Presse.

Die Ausstattung der Zeitschriften ist im allgemeinen recht gut. Die Zeichnungen auf den Umschlägen, vor allem auf dem „Sozialistischen Studenten", sind aber schwer verständlich. Eine Erklärung derselben wird so manchem nicht unerwünscht sein. —

— Das Archiv für soziale Gesetzgebung und Statistik, Zeitschrift zur Erforschung der gesellschaftlichen Zustände aller Länder, in Verbindung mit einer Reihe namhafter Fachmänner des In- und Auslandes herausgegeben von Dr. Heinr. Braun, erscheint von Anfang dieses Jahres ab nicht mehr in Vierteljahrsheften, sondern monatlich in Heften von etwa 7 Bogen.

Der Abonnementspreis für den Band von 6 Heften beträgt nunmehr 12 M. Einzelne Hefte kosten 2,50 M. Neun Jahrgänge dieser ausgezeichneten wissenschaftlichen Zeitschrift liegen vor. Sie hat sich stets als ein durchaus unabhängiges Organ erwiesen, das im Gegensatze zu den anderen nationalökonomischen Zeitschriften unbeirrt um alle Schwankungen der Regierung in Sachen der Sozialpolitik die Nothwendigkeit einer energischen Gesetzgebung zum Schutze und im Interesse der arbeitenden Klasse gefordert hat; möglichst vollständig hat sie alle die Sozialpolitik berührenden gesetzgeberischen Entwürfe und Vorlagen, sowie die zu stande gekommenen Gesetze und ihre Durchführung sowohl Deutschlands als des Auslandes besprochen, ohne dabei die allgemeine Erörterung der sozialpolitischen Probleme und der einschlägigen Literatur außer acht zu lassen.

Es ist erfreulich, daß diese Zeitschrift nunmehr zu einer Monatsschrift ausgebaut werden konnte und ihr damit die Möglichkeit geschaffen wurde, lückenlos alle Vorgänge der sozialen Gesetzgebung und Verwaltung zu besprechen.

Wir können den Redaktionen unserer Parteiblätter wie der Gewerkschaftsorgane, den Gewerkschaftskartellen und den Bibliotheken der Arbeitervereine das Abonnement des Archivs auf's wärmste empfehlen. Es ist eine Fundgrube für jeden Sozialpolitiker, sowohl für den Gelehrten, wie den Schriftsteller, wie auch für jeden anderen, der sonst ein Interesse hat, mit Ernst und Eifer dem Gange der sozialen Gesetzgebung und ihrer Durchführung zu folgen. Das eben erschienene erste Monatsheft des Archivs enthält die folgenden Beiträge: Ideale der Sozialpolitik von Prof. Dr. Werner Sombart in Breslau. Die Konsumvereine und die neueste deutsche Wirthschaftspolitik von Dr. Karl Thieß in Offenbach a. M. Die Stellung der britischen Gewerkvereine gegenüber der Einführung neuer Arbeitsmethoden von Sidney und Beatrice Webb in London. Die Vorlage betreffend die Abänderung der Unfallversicherung von W. Kulemann, Landgerichtsrath in Braunschweig. Die Arbeitslosenversicherung in St. Gallen von Theodor Curti, Regierungsrath in St. Gallen, und außerdem Besprechungen der folgenden Werke: Kähler, Dr. Wilhelm, Gesindewesen und Gesinderecht in Deutschland. Stammhammer, Josef, Biographie der Sozialpolitik. Müller, Dr. Hans, Die schweizerischen Konsumgenossenschaften, ihre Entwickelung und ihre Resultate.

### Eingelaufene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit" (Stuttgart, J. H. W. Dietz' Verlag) ist soeben das 18. Heft des 18. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Nietzsche gegen den Sozialismus. — Kapitalgewinn und Arbeitslöhne in der chemischen Industrie. Von H. Vogel. — Huysmans. Von Dr. Paul Ernst. — Sozialpolitische Seifenblasen. Von Dr. G. Grodnauer. — Kleine Briefe. — Wieder Einer. — Notizen: Als Mann der Gegenwart. Lehrlingshaltung im Handwerk. Von Oscar Geck.

**Geschichte der Kreuzzüge** von Karl Theodor Fock. — **Grundzüge der Ethik** von Dr. Hermann Schwarz. Leipzig, Verlag von Siegbert Schnurpfeil.

## Versammlungen.

**Der sozialdemokratische Wahlverein für den ersten Berliner Reichstags-Wahlkreis** hielt am Montag bei Wiegel, Stralauerstraße, eine Bezirksversammlung ab, in der Genosse Wilke über: „Die Waffen im Kampf ums Dasein" referirte. Der Redner beleuchtete in seinen Ausführungen die Nothwendigkeit der Organisation und die Bedeutung der Arbeiterpresse, er wünschte, daß für diese beiden besten Waffen der Arbeiter eine rege Agitation entfaltet werde. Dem beifällig aufgenommenen Vortrage folgte eine kurze Diskussion, in der Timm den Wunsch aussprach, daß unsere Vertreter im Rothen Hause mehr wie bisher diejenigen Fragen, welche in der Stadtverordneten-Versammlung verhandelt werden und soweit sie die Arbeiterschaft im allgemeinen berühren, in den Versammlungen zur Diskussion bringen, um die Genossen für die kommunalen Einrichtungen zu interessiren. Auch Genosse Wilke hält die Erörterungen derartiger Themata für nothwendig und bedauerte, daß die Parteigenossen den städtischen Angelegenheiten so wenig Bedeutung beilegen. Nachdem der Vorsitzende die Versammelten ersucht hatte, für die Verbreitung des „Vorwärts" zu wirken, erfolgte der Schluß der Versammlung.

**Der sozialdemokratische Verein „Vorwärts"** hielt am Dienstag seine gut besuchte vierteljährige Generalversammlung ab. Genosse Dr. A. Bernstein hielt einen interessanten Vortrag über „Moderne Kunst". Eine Diskussion fand nicht statt. Der Vorsitzende Arendsee erstattete hierauf den Bericht des Vorstandes, aus dem hervorgeht, daß der Verein zwar einige hundert Mitglieder gewonnen, aber trotz aller Agitation noch keine dem 6. Wahlkreis entsprechende Zahl erlangt habe, obwohl in allen Stadttheilen Versammlungen stattfanden. Zu der in nächster Zeit stattfindenden Vorstellung in der „Urania" werden Billets an den bekannten Stellen ausgegeben. Für die Hamburger Hafenarbeiter hat der Verein bereits 300 M. bewilligt. Da im 6. Wahlkreis bedauerlicherweise ein größeres Lokal nicht zu haben ist, muß das am 6. März stattfindende Stiftungsfest des Verein „Vorwärts" im Feenpalast gefeiert werden, was auch nach einigen dagegen erhobenen Einwänden von der Versammlung gebilligt wurde. Der Bericht des Kassirers Liehke ergiebt eine Gesammteinnahme von 3287,17 M. mit einer Ausgabe von 3109,85 M., so daß ein Bestand von 177,32 M. verbleibt. Auf Antrag der Revisoren wird dem Gesammtvorstand Entlastung ertheilt. Die Revisoren verbleiben bis zum nächsten Quartal im Amt. Blättermann ersucht um stärkere Betheiligung bei Begräbnissen von Genossen, während Arendsee für weitere Verbreitung des „Vorwärts" auffordert. Billets zum Stiftungsfest sind in allen Zahlstellen und bei den Vorstandsmitgliedern zu haben.

**Eine stark besuchte öffentliche Volksversammlung** für Frauen und Männer fand am Sonntag Nachmittag in Schöneberg bei Obst, Grunewaldstraße, statt. Auf der Tagesordnung stand ein Vortrag des Genossen Heinrich Schulz, der, als früherer Volksschullehrer, über die heutige Jugenderziehung referirte. Nach einem kurzen Rückblick auf die Geschichte der Erziehung schilderte der Redner zunächst die traurigen Zustände in der häuslichen Erziehung, während er im zweiten Theil eine scharfe Kritik an der heutigen Volksschule übte. Er wies die inneren Mängel im Schulunterricht nach und zeigte an der Hand statistischer Daten die völlige Unzulänglichkeit der Dotation der Volksschule und ihrer Lehrer. Die Diskussion gestaltete sich dadurch zu einer sehr interessanten und ausgedehnten, daß ein anwesender Gegner, anscheinend ein Gymnasiallehrer das Wort ergriff und die Richtigkeit eines Theiles der Ausführungen des Referenten bestritt. Aber sowohl Genosse Köster als auch Genosse Schulz bewiesen dem Herrn unter dem Beifall der Versammlung, daß er zunächst noch die sozialdemokratische Bewegung theoretisch und praktisch mehr studieren müsse, wenn er sie zu bekämpfen im stande sein wolle.

**Charlottenburg.** Wegen der am 1. Februar stattfindenden Ersatzwahl im 1. Kommunalwahlbezirk fand am Sonntag Nachmittag eine öffentliche Wähler-Versammlung im Etablissement „Bismarckshöhe" statt. Wie der Referent Stadtverordneter Beyer einleitend bemerkte, hat der bisherige Vertreter des 1. Kreises, Herr Dr. Rosenthal, sein Mandat niedergelegt. Es sei nun an der Zeit, dafür zu sorgen, daß am Wahltag ein Vertreter der Sozialdemokratie den Sieg davon trage. Der Referent schilderte in seinem 1½stündigen Vortrag hauptsächlich die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der in den beiden städtischen Gasanstalten beschäftigten Arbeiter. So bekommen die Hofarbeiter den horrenden Stundenlohn von 28 Pf. Diese Löhne kennzeichnen so recht den kapitalistischen Geist, der die Stadtverwaltung beherrscht. Mit der Rumpfsammlung, mehr Interesse als bisher für die kommunalen Angelegenheiten zu zeigen, schloß Redner seinen recht beifällig aufgenommenen Vortrag. Nachdem sich der Stadtverordnete Wernicke mit den Ausführungen des Referenten einverstanden erklärt hatte, wurde Gustav Scharnberg, Spediteur, einstimmig als Kandidat ernannt. Kube giebt bekannt, daß am Sonntag, den 31. Januar, früh, eine Flugblattvertheilung und Nachmittag eine Wählerversammlung stattfindet. — Sammellisten für die streikenden Hamburger Hafenarbeiter sind zu beziehen vom Obmann der Gewerkschaftskommission Otto Flemming, Schlüterstr. 71, Querg. 4 Tr.

**Eine Versammlung bei Kerzenlicht.** Die Entdeckung, daß eine Verordnung des Oberpräsidenten von November 1889 über die Beleuchtung von Versammlungsräumen bestimmt: „Die Verwendung von Mineralölen ist nur mit besonderer Erlaubniß gestattet", hat bekanntlich bereits am 16. d. M. zur Behinderung einer Versammlung in Tegel geführt. Als am 24. d. M. in Sandhausen bei Oranienburg eine öffentliche Versammlung stattfinden sollte, zu der der Abgeordnete des Kreises, Stadthagen, den Vortrag übernommen hatte, wurde gleichfalls verlangt, daß die sechs hell leuchtenden Petroleumlampen, die im Saale brannten, nicht leuchten sollten. Es war aber gegen diesen erneuten erwarteten Versuch, der Oberpräsidial-Verordnung die 7 Jahre nach ihrer Geburt entdeckte Wirksamkeit zu geben, schon Vorkehr getroffen. Sobald polizeilicherseits das Petroleumlicht-Verbot erging, erschienen an stelle der Petroleumlampen Bierflaschen, aus deren Hälsen brennende Stearinkerzen vergnügt in die Versammlung schauten. Die Oberpräsidial-Verordnung erklärt nämlich ausdrücklich, eine Beleuchtung „durch Verwendung von Pflanzenölen oder Kerzen" für zulässig. Die Versammlung war so voll, daß Tische und Stühle entfernt werden mußten. Stadthagen theilte mit, daß dem Wirth Woyde seitens der Polizeiverwaltung die für den Versammlungstag bereits ertheilte Genehmigung zur Abhaltung eines Tanzkränzchens widerrufen sei, „da zu befürchten ist" — wie die polizeiliche Mittheilung wörtlich sagt — „daß die öffentliche Ordnung und Sicherheit gefährdet wird, wenn in einem Lokale an ein und demselben Tage kurz hintereinander eine öffentliche Versammlung und ein Tanzkränzchen abgehalten werde". Ob der Kerzenzwang zulässig, werde im Beschwerdeweg durchgefochten werden. Solle derselbe etwa eins der „kleinen Mittel" sein, um der Landwirthschaft zu helfen? Redner nahm dann von seiner ursprünglichen Absicht, über die Reichstagssession zu referiren, Abstand und beleuchtete in 2½stündiger Rede die Stellung der Polizei, der Geheimpolizei und der Presse. In der Diskussion, die sich an den mit stürmischem Beifall aufgenommenen Vortrag anschloß, hob Genosse Knauff hervor, daß die Entdeckung der Petroleumverbots-Anordnung der Reinickendorfer Behörde gebühre, da diese bereits am 7. d. M. dieselbe angewendet habe. Zum Vertrauensmann für Oranienburg und Umgegend wurde dann Genosse Seltmann gewählt. Nach einem lebhaften Appell, in den Arbeiter-Bildungsverein einzutreten, auf den „Vorwärts" zu abonniren und Front gegenüber der „unparteiischen" Presse à la „Lokal-Anzeiger", „Deutsches Blatt" u. s. w. zu machen, schloß die Versammlung, von der die Oranienburger Genossen einen regen agitatorischen Erfolg erhoffen. — Ist der Behörde unbekannt, daß solch Kerzenzwang selbstredend gerade auf dem Lande aufklärend wirkt?

**In einer Versammlung der Holz- und Bretterträger** sprach am 21. Januar Genosse Millarg über die Nothwendigkeit der gewerkschaftlichen Bewegung. Zum Schluß bewilligte die Versammlung den Hamburger Hafenarbeitern 50 M. Unterstützung.

**Die freie Vereinigung der Händler und Händlerinnen** hörte am 22. Januar einen recht interessanten Vortrag des Mitgliedes Schröder über den § 56 der Gewerbe-Ordnung. Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten bewilligte die Versammlung am Schluß den Hamburger Hafenarbeitern als 2. Rate 30 M.

**Eine gut besuchte Generalversammlung** des Zentralverbandes der Handels-, Transport- und Ver-

lehrsarbeiter Deutschlands fand am 24. d. Mts. in den Arminhallen statt. Der Bevollmächtigte Brückner theilte mit, daß das Bureau sich bis zum 1. Februar bei Glaudinger, Alte Jakobstraße, und nach dem 1. Februar in der Heiligegeiststraße 15, Hof rechts, befindet. An stelle des Genossen v. Elm, der am Erscheinen verhindert war, spricht Pörsch über die Vortheile der Zentralisation. Dem Vortrage folgte eine rege Diskussion, an der sich Schumann, Schulpke und andere im Sinne des Referenten betheiligten. Die neu gewählte Ortsverwaltung setzt sich wie folgt zusammen: 1. Bevollmächtigter Brüschke, 2. Bevollmächtigter Hedke, 1. Kassirer Ulrich, 2. Kassirer Pötzsch, Schriftführer Bade, Beisitzer Brätsch, Fechner, Liebrecht und Sperling. Die Bezirksleiter sind für den Norden Mickels, für den Osten Putzin, für den Südosten Oertel, für Moabit Pasedach, für den Westen Butrie. Zu Revisoren wurden Grulnos, Aug. Mayer und Breska ernannt.

**Im Verband der Fabrik- und Hilfsarbeiter** sprach am 20. Januar Frau Rohrlack über die Verwendung der weiblichen Arbeitskraft in der modernen Großindustrie. Nach einer kurzen Diskussion wurde die Abrechnung vom letzten Quartal verlesen, die eine Einnahme von 167,05 M. und eine Ausgabe von 50,80 M. aufweist.

**Rixdorf.** Am 19. d. M. hielt der Holzarbeiter-Verband seine Generalversammlung ab. Der Kassenbericht, der zur Verlesung gelangte, weist im 4. Quartal 1896 für die Lokalkasse eine Einnahme von 233,49 M. und eine Ausgabe von 170,63 M. auf. Für die Verbandskasse schließt die Einnahme mit 563,74 M. und die Ausgabe mit 363,21 M. ab. Die Mitgliederzahl beträgt 195. Nach dem Bericht des Vorstandes über seine Thätigkeit wurde Kuchowski zum Bevollmächtigten, Bierling zum Kassirer, Hennig zum Schriftführer, Sy und Frese zu Revisoren gewählt. Die Werkstatt-Kontrollkommission bilden Cernitzki, Esche, Fürl, Voges, Grosser und Reimann. Die Sperre über die Werkstatt von Vierges u. Schwarz wurde aufgehoben und die Beitragsleistung für das Kartell pro Mitglied 2 Pf. abgelehnt.

**Rixdorf.** Das hiesige Gewerkschaftskartell hielt am 22. Januar eine Sitzung ab. Genosse Vieweg erörterte in eingehender Weise den Stand des Hamburger Hafenarbeiter-Streiks und forderte die Gewerkschaften zur eifrigen Unterstützung desselben auf. Nach einer lebhaften Debatte, in der die Redner das Verhältniß zu den Berliner Gewerkschaften besprachen, wurde die Wahl des Obmanns vollzogen, mit welchem Amt Julius Vieweg, Rixdorf, Bergstraße 132, betraut wurde. Bei demselben sind Sammellisten für die streikenden Schuhmacher in Weißenfels zu entnehmen. Die Steinsetzer und Berufsgenossen arrangiren am 28. Februar eine Matinee zu gunsten der Hamburger Streikenden. Am 31. Januar findet eine öffentliche Bauarbeiter-Versammlung statt.

**Mariendorf.** Der Arbeiter-Bildungsverein hielt am 17. d. M. im Lokale des Herrn Teutschbein eine gut besuchte Generalversammlung ab. Nach einem Referat des Genossen Faber nahm die Versammlung den Kassenbericht vom 4. Quartal 1896 entgegen, der eine Einnahme von 66,86 M. und eine Ausgabe von 17,17 M. aufweist. Ein Antrag des Vorstandes, dem Vertrauensmann 25 M. zu überweisen, wurde einstimmig angenommen. Am Schlusse machte der Vorsitzende noch auf die in diesem Frühjahre in Tempelhof stattfindenden Gemeindewahlen aufmerksam.

**Pankow.** Am 19. Januar hielt der Arbeiterverein eine Generalversammlung ab, in der die Antwort auf eine an die Gemeindevertretung gesandte Resolution verlesen wurde. Die Gemeindevertretung hat beschlossen, eine Schule, im westlichen Theil von der Nordbahn gelegen, zum Winterhalbjahr 1898 fertig zu stellen. Dagegen ist die Anregung, die Abholung der Steuern durch Boten, abgelehnt worden. Der Kassenbericht ergab einen Bestand von 60,60 M. In den Vorstand wurden gewählt: Schockel erster, Bergemann zweiter Vorsitzender; Kummert, Kassirer; Plodroch, Schriftführer; Griffel, Bibliothekar; Kaulich, Krause und Grüneberg, Revisoren. Den Hafenarbeitern wurden 15 M. und den Schuhmachern 10 M. überwiesen.

**Reinickendorf.** Der hiesige Arbeiterbildungsverein hatte am 17. Januar eine Generalversammlung anberaumt. Nach einer kurzen Vorlesung, der sich eine rege Diskussion anschloß, gab der Vorstand einen Bericht über seine Thätigkeit. Im letzten Halbjahr wurden 5 Versammlungen abgehalten und zeigt die Mitgliederzahl ein erfreuliches Wachsthum. An dem Kassenbericht hatte die Versammlung nichts zu moniren, worauf der gesammte Vorstand wiedergewählt wurde. Die Diskutirabende finden künftig am Donnerstag, abends von 9—11 Uhr im Lokal von Förster, Amendestr. 1 statt.

**Friedrichsberg.** Reichstags-Abgeordneter Stadthagen hielt am 21. Januar vor einer sehr gut besuchten Versammlung einen Vortrag über das Thema: „Spitzel im Dienste der Polizei". Die Ausführungen des Referenten, die oft von Beifall unterbrochen wurden, fanden eine überaus günstige Aufnahme. Unter Verschiedenes wurde bekannt gegeben, daß das Lokal von Giersch, Frankfurter Allee 174, für Versammlungen zur Verfügung steht.

**In Steglitz** tagte am 21. Januar eine öffentliche Zimmererversammlung, in welcher der Vertrauensmann der Berliner Zimmerer über die Lohnbewegung im Jahre 1896 referirte. An der Hand reichhaltigen Materials wies der Redner die Nothwendigkeit einer kürzeren Arbeitszeit für das Baugewerbe nach und empfahl den Zimmerern von Steglitz, sich mit den Berliner Berufsgenossen solidarisch zu erklären, um in diesem Jahre für die vollständige Durchführung der neunstündigen Arbeitszeit zu sorgen. In der regen Diskussion stellt zunächst Fritsch fest, daß auch die Zimmerer-Innung von Steglitz sich in letzter Zeit einen Gesellen-Ausschuß gewählt hätte und nach Angabe der Innungsmeister nur durch diesen auf gütlichem Wege verhandelt werden solle. Da einzelne Mitglieder des Gesellen-Ausschusses anwesend waren, ersucht Redner diese, bestimmt zu erklären, ob sie willens seien, die Beschlüsse der öffentlichen Versammlungen anzuerkennen. Rang, der Altgeselle des Ausschusses, erklärt, daß die Meister ihnen sehr human gegenüber getreten seien und es wohl möglich sei, durch gütliche Verhandlungen etwas zu erzielen. Dagegen bemerkte Maurer Lindenberg, daß er sowohl wie auch die meisten Mitglieder des Ausschusses sofort ihr Amt niederlegen würden, wenn die Arbeitgeber mit ihnen hinter verschlossenen Thüren verhandeln wollten. An der weiteren Debatte betheiligten sich Maurer Schwericke, sowie die Zimmerer Spiegel, Ahlert und Rickert; sämmtliche Redner bezweifeln, daß ein harmonisches Zusammengehen mit den Arbeitgebern möglich sei.

**Kongreß der Steinmetzen Deutschlands in Hof.** Beschlossen wurde zunächst, daß künftig an allen Orten die Mitglieder Streikmarken einzukleben haben. Einzelne Orte hatten bisher Streikmarken, die sie aus der Lokalkasse bezogen, bezahlt und sie nicht an die Mitglieder verabfolgt, sondern vernichtet. Reisende Mitglieder, die nicht nachweisen können, daß sie Streikmarken gelöst haben, erhalten künftig keine Reise-Unterstützung mehr. Damit war auch der 3. Punkt der Tagesordnung erledigt und der Kongreß ging zum 4. Punkt: „Streiks" über. Hierzu lagen außer verschiedenen unwesentlichen Anträgen auch zwei vor, von denen der eine, von Bunzlau gestellt, verlangte, daß zwei Lohnbewegungen im Steinmetzgewerbe zu gleicher Zeit von der Geschäftsleitung nicht genehmigt werden dürfen, während der andere dahinging, daß nicht erst nach vierzehn Tagen, sondern sofort Streikunterstützung gewährt werden soll. Der Antrag Bunzlau wurde im Laufe der Debatte zurückgezogen, während der Antrag, die sofortige Unterstützung bei Streiks mit dem Zusatze Annahme fand, daß hier blos Abwehrstreiks in Frage kommen können. Die Entscheidung darüber ob ein Streik berechtigt ist, hat die Geschäftsleitung zu fällen. Einstimmig beschloß der Kongreß, dem Zentralausschuß die Befugniß zu ertheilen, Streiks in anderen Branchen aus der Zentralkasse zu unterstützen. Ferner ist künftig bei Streiks auf Verkürzung der Arbeitszeit und, wo dies möglich ist, auf Einführung eines festen Tarifs oder des Tagelohnes zu dringen. Die lange Debatte zeigte, daß keine Neigung vorhanden ist, auf gänzliche Abschaffung der Akkordarbeit zu dringen, obwohl man die Schäden dieses Systems allseitig zugab. Zur „Organfrage", die nun zur Verhandlung stand, lag ein Antrag aus Schwarzenbach a. S. vor, der die obligatorische Einführung des „Bauhandwerker" verlangte. Keßler-Berlin setzt in längeren Ausführungen auseinander, welche schwierigen Verhältnisse „Der Bauhandwerker" schon überwinden mußte. Das Blatt obligatorisch einzuführen, sei nicht thunlich, weil einzelne Organisationen im Winter keine Beiträge erheben und deshalb das Abonnement im Winter entweder ganz der Zentralkasse zur Last falle, oder es müßten im Sommer die Beiträge soweit erhöht werden, daß die Zentralkasse keinen Ausfall erleidet. Diese Erhöhung der Beiträge sei nicht thunlich. Der Kongreß schloß sich diesen Gründen an und lehnte den Antrag ab. Mietschke-Hamburg stellte, nachdem der Punkt Organfrage erledigt war, den Antrag, den Streikenden in Hamburg 2000 M. aus der Zentralkasse zu überweisen. Thomas-Rixdorf bemerkte, daß seit Beginn des Streiks aus der Zentralkasse pro Woche 500 M. nach Hamburg geschickt wurden, dies werde auch ferner geschehen. Der Kongreß beschloß einstimmig, den Streikenden seine Sympathie auszusprechen und den Antrag Mietschke der Geschäftsleitung zur Berücksichtigung zu überweisen. Einen breiten Raum nahm die Debatte über den folgenden Punkt: „Statistik" ein, sodaß der Kongreß nicht wie beabsichtigt, am Dienstag Abend geschlossen werden konnte, sondern am Mittwoch beendet sein wird. Einstimmig angenommen wurde folgender Antrag: „Um eine geregelte Arbeitszeit (Maximal-Arbeitstag) zu erzielen, möge der Kongreß beschließen, es ist auf grund des statistischen Materials eine Denkschrift auszuarbeiten und dem Bundesrath sowie dem Reichstag zu überreichen, um eine gesetzliche Regelung herbeizuführen."

**Arbeiter-Bildungsschule.** Donnerstag Abend 9 Uhr bis 10½ Uhr: Südost-schule, Waldemarstr. 14: Rede-Uebung (Die wichtigsten technischen Grundsätze für die Kunst des öffentlichen Redens. Lehre vom Aufbau eines Vortrages). Herr Heinrich Schulz. — Nordschule, Brunnenstr. 25: Geschichte (Alte Geschichte. Urzeit. Entstehung der Religionen. Orientalische Völker. Griechen und Römer). Herr Dr. C. Binn.

Die Schulräume sind zur Benutzung der Bibliothek und des reichen Zeitschriftenmaterials schon von 8 Uhr abends an geöffnet.

**Die Lesehalle der Arbeiter-Bildungsschule,** Brunnenstr. 25, ist wochentags von 5—8 Uhr, Sonntags von 3—8 Uhr, unentgeltlich für jedermann geöffnet. Die Geschäftsstelle der Schule SO., Kaiser Franz-Grenadier-Platz 7, die den Vereinsvorständen zur Vermittelung von Vorträgen wissenschaftlichen Charakters zur Verfügung steht, ist vormittags von 10—1 Uhr geöffnet.

**Arbeiter-Sängerbund** Berlins und Umgegend. Vorsitzender Ad. Neumann, Pasewalkerstr. 3. Alle Aenderungen im Vereinskalender sind zu richten an Friedrich Kortum, Mantueffelstr. 49, v. 2 Tr.

**Bund der geselligen Arbeitervereine Berlins und Umgegend.** Alle Zuschriften, den Bund betreffend, sind zu richten an P. Gent, S. Dresdenerstraße 107/8.

**Arbeiter-Raucherbund Berlins und Umgegend.** Aenderungen im Vereinskalender sind zu richten an Hermann Braunschweig, Dresdenerstraße 60, 2. Hof.

## Briefkasten der Redaktion.

**Die juristische Sprechstunde** findet Montags, Dienstags, Freitags und Sonnabends, abends von 7—8 Uhr statt.

**M. B.** Wir mußten den Artikel wegen Raummangels leider zurückstellen. Manuskript können Sie abholen.

**Zwei Streikende 100.** Soweit wir unterrichtet sind, hält das betreffende Geschäftshaus keine Reisende und verkauft auch nicht auf Theilzahlung. Ob es Uniformen für Bahnbeamte liefert, wissen wir nicht.

**L. B., Fasanenstr.** Eine bestimmte programmatische Stellung hat die Partei hierzu nicht genommen. Im allgemeinen wird das Zeitlohngegenüber dem Stücklohnsystem und den sogenannten Wohlfahrtseinrichtungen, wie Betheiligung der Arbeiter am Gewinn u. dgl. vorzuziehen sein. Im Handwörterbuch der Staatswissenschaften finden Sie eine ausführliche Darstellung der Lehre vom Arbeitslohn und der Statistik desselben. Kürzere Darstellungen finden Sie im 1. Bande von Schönberg's Handbuch der politischen Oekonomie und in Philippovich's Lehrbuch; die sozialistische Kritik in Marx' Kapital 1. Band und in Lassalle's offenem Antwortschreiben, im Arbeiterlesebuche und im Bastiat-Schulze.

**J. F. 64.** Als „Presse" wird nicht ein bestimmtes Institut, sondern meist die Art bezeichnet, wie vermögende junge Hohlköpfe sich das Wissen durch Nachhilfe eintrichtern lassen, dessen sie zum Beispiel zur Erlangung der Einjährigen-Berechtigung bedürfen. Private Anstalten zu diesem Zwecke giebt es viele.

**Dittmann.** Wenden Sie sich an die Gewerkschaftskommission.

**O.01.** 1. Im Adreßbuch finden Sie derartige Fabriken. 2. Soviel uns bekannt ist, giebt es eine solche Klinik nicht.

**G. F.** Gesuche um eine Einlaßkarte des Reichstages müssen einen Tag vorher erfolgen; bei der Meldung wird ein Bon ausgegeben, welcher am Tage der Verhandlung von morgens 9 Uhr bis zum Beginne der Sitzung eine Karte gewährleistet, falls nicht zu viele Gesuche um Einlaßkarten gestellt sind. Jeder Portier des Reichstages theilt Ihnen mit, wo das Kartenbureau sich befindet.

**R. S.** Der Wirth haftet, falls kein Passus Ihres uns unbekannten Miethsvertrages das Gegentheil bestimmt. — **Neuer Abonnent 2000.** 1. Sie müssen den Vergleich mit einer Vollstreckungsklausel von der Gerichtsschreiberei versehen lassen und können dann wegen des Restes durch einen Gerichtsvollzieher Zwangsvollstreckung vornehmen. 2. Da die Sache rechtskräftig abgewiesen ist, läßt sich ohne Einsicht der Akten nicht sagen, ob vielleicht eine neue Klage möglich ist; sprechen Sie mit Akten in der juristischen Sprechstunde vor. — **H. G.** Die Forderung des Arztes ist leider berechtigt. — **N. L. 100.** Einer der Titel des russischen Herrschers ist nicht König, aber Zar von Polen. — **E. H. 1840.** Sie können Strafantrag bei der Staatsanwaltschaft gegen den sonderbaren Fahrgast stellen. — **E. S., Rixdorf.** Die Zustellung des Versäumnißurtheils und Pfändung war rechtmäßig. Eine Klage dagegen wäre erfolglos. — **H. B. 47.** Es gleicht diese Stellung etwa der eines Werkmeisters. — **Beck, Müller.** 1. Ja. 2. Nein. — **Otto.** Schriftliche Antwort ertheilen wir nicht. Soweit ersichtlich, geht der Wirth vor. Sprechen Sie eventuell zur Klarlegung der Sache in der Sprechstunde vor. — — **T. Z. 19.** Lassen Sie sich Abschrift des gerichtlichen Protokolls, das über die Verhandlung zwischen Ihnen seinerzeit aufgenommen wurde, ertheilen und sprechen Sie mit demselben in der juristischen Sprechstunde vor. — **100 × 2.** 1. Der Vater ist nicht haftbar. 2. 235 Marken vor Abschluß der Heirath. — **E. K. 777.** 1. Soweit eine Krankenkasse nicht verpflichtet ist: ja. 2. Ja. 3. Nein. **P. S. in Görl.** Nothwendige Zahngebisse gehören in Ihrem Fall zu den von der Krankenkasse zu ersetzenden „Brillen, Bruchbändern und ähnlichen Vorrichtungen oder Heilmitteln". Verklagen Sie die Kasse bei der Aufsichtsbehörde und erheben Sie sodann eventuell Klage bei dem Amtsgericht. — **Oestreich.** An die Polizeibehörde. **A. B. 50.** Beträgt der Miethspreis über jährlich 150 M., so hat der Wirth recht: der mündliche Miethsvertrag gilt dann auf 1 Jahr. — **Stein.** Ja. — **Raeß.** Das Firmenschild muß nach einer Polizeiverordnung den Vornamen enthalten. — **Frau W.** Der Mann muß der Ehefrau Unterhalt gewähren, solange sie mit ihm oder mit seiner Einwilligung außerhalb seiner Wohnung lebt. Bleiben Sie also wohnen. — **E. F.** Sie sind zur Zahlung bis April verpflichtet und würden auf Klage der Wirthin dazu verurtheilt werden. — **E. T.** 1. Ihre Frage ist unverständlich. 2. Stimmt. — **G. H. 100 in Z.** Wenden Sie sich an eine solche Anstalt persönlich. — **Zerndorf.** 1. und 2. Ja. 3. Wenn es sich um Miethsforderungen handelt, so haften die in die Miethswohnung eingebrachten Sachen der Ehefrau, falls nicht durch gerichtlichen Vertrag der Ehemann seinem Nießbrauch- und Verwaltungsrecht entsagt hatte. Sonst haften die der Frau gehörigen Sachen in Berlin und dem Gebiet, in dem Gütergemeinschaft nicht besteht, für die Schulden des Mannes nicht. Das während der Ehe Erworbene gilt als Eigenthum des Mannes. Schenkungen des Ehemannes können als rechtsungiltige Schiebungen mit Erfolg angefochten werden. 4. Bei Objekten unter 300 M. besteht kein Anwaltszwang. — **A. B.** Die Gebührenhöhe richtet sich u. a. nach der Länge und Schwierigkeit der Entbindung: wenden Sie sich deshalb unter Darlegung des Sachverhalts an einen Arzt, zu dem Sie Zutrauen haben. — **J. P. 100.** Wenn die Weiterzahlung der Miethe trotz Ermission im Vertrage vereinbart ist — dies ist in Berlin die Regel — so muß Weiterzahlung erfolgen, sonst nicht. — **P. P. 100.** 6—12 M. für Beihilfe bei einer Entbindung und 1—3 M. für jeden Gang der Hebeammen werden für angemessen erachtet. — **Ernst Neumann.** Eine andere Zeit ist unmöglich zu bestimmen. — **Moritzplatz 28.** 1. Spielschulden sind nicht einklagbar. 2. Verjähren in 10 Jahren. 3. Rechtsanwaltszwang besteht in Zivilsachen beim Landgericht. — **E. St.** Sie sind verpflichtet, in einer angemessenen Zeit die Wohnung und Räumlichkeiten zwecks Weitervermiethung besichtigen zu lassen. — **M. O. 100.** Nein: nur die unpfändbaren Sachen (einzeln aufgeführt sind sie z. B. im „Vorwärts" vom 30. Dezember 1896) muß die Wirthin herausgeben. — **O. S., Friedrichsberg.** Sie würden in Konflikt kommen. — **T. P.** Am 1. Januar 1898. — **H. U. Kölner.** 1. Voraussetzung Ihres Entschädigungsanspruchs ist, daß Sie den Beweis für Ihre Engagementsbehauptung führen. Eine Antwort auf den Brief ist erforderlich. 2. Annehmen. 3. Ja. — **K. F. 40.** 1. Ihr Vertrag läuft erst zum 1. April ab. 2. Nein. — **M. S.** Ihnen steht für die beiden Tage, innerhalb deren Sie wegen Verletzung der Arbeit fern bleiben mußten, ein Anspruch auf Lohn zu. (Arbeiterrecht S. 55, 56.) — **A. Sander.** Unter welchen Voraussetzungen ein Anspruch auf Invalidenrente, auf Altersrente oder auf Rückzahlung geleisteter Beiträge gegen die Versicherungsanstalt besteht, haben wir im Text des „Vorwärts" und im Briefkasten wiederholt ausführlich dargelegt. Es verbietet der Raum des Blattes, diese längeren Ausführungen so häufig zu wiederholen. Die gesetzlichen Bestimmungen finden Sie im „Arbeiterrecht" S. 192, S. 198 u. S. 201. — **N. K. 1.** Die Honorirung ist zweifellos zulässig. Die betreffenden Fragen müssen wir Ihnen selbst überlassen, an die Krankenkassen zu richten. — **Jäkel.** Polizeiliche Genehmigung wäre für eine derartige Einrichtung, die als Versicherungsverein aufgefaßt werden könnte, erforderlich. Es ist aber möglich, über diese Klippe durch andere Gestaltung der Statuten hinwegzukommen. Sprechen Sie gelegentlich in der Sprechstunde vor. — **Blumenthal.** Am 1. Februar. — **E. Z.** Die der Mutter genügt: mit Vollendung des 21. Lebensjahres werden Deutsche großjährig. Sie stehen also nicht mehr unter Vormundschaft. — **Unglück 11.** Ihnen steht ein Anspruch auf Hinterbliebenenrente zu. Der Antrag ist an den Vorstand der nordöstlichen Baugewerks-Berufsgenossenschaft zu richten. Ein Beispiel für solchen Antrag finden Sie auf S. 283 Nr. 29 des „Arbeiterrechts". Die Wittwenrente beträgt 20 pCt., die Kinderrente 15 pCt. von ⅔ des sogenannten Jahres-Arbeitsverdienstes. — **A. 45. Junger Mann.** Ja. — **M. S. 900.** Die vom Anwalt Ihnen ertheilte Auskunft ist zutreffend. — **F. B.** 1. Dem Mann steht kein Anspruch zu. 2. In der Provinz Brandenburg besteht keine Gütergemeinschaft zwischen Eheleuten. — **E. K. 44.** Soviel ersichtlich, würden Sie mit einer Klage nicht durchdringen. — **Göldner.** Sie dürfen das Ihnen Verpfändete nicht verkaufen, sondern können nur Ihre Forderung einklagen und dann das Pfand auf grund des Urtheils zum Verkauf bringen. — **E. K.** Der Chef hat die gesammten rückständigen Beitragsmarken nachzukleben. Vom Lohn darf er Ihnen nur die Beiträge der beiden letzten Lohnperioden — bei Ihnen also für die beiden letzten Wochen — beim Fortgang in Abzug bringen. — **Nr. 23, Vorwärts.** Sie können mit Aussicht auf Erfolg nur dann wegen Beleidigung klagen, wenn Sie den schwierigen Nachweis bezüglich der Person des Briefschreibers führen. Wegen der Schwierigkeit dieses Beweises und der eventuellen Kostenhöhe thun Sie besser, die Sache ruhen zu lassen. — **M. 1000.** 1. und 2. Ja, die Klage würde aber wenig Aussicht auf Erfolg haben. — **E. Z. S. 21.** Es kann dann die gesammte Restsumme beigetrieben werden. — **Alter Abonnent, Anfrage.** Sprechen Sie gelegentlich in der juristischen Sprechstunde mit dem Miethsvertrag vor. — **Dachow, Nr. 311. 66. Friedrich Schneider.** Nein. — **Moritz.** Ja. — **Otto.** Ja. — **777.** Sie sind im Irrthum. Die Widerklage können Sie erheben. — **O. N. 15.** 1. und 2. Nein. 3. Ja. 4. Nein. 5. Den Weg der Klage. — **Selma.** 1. 235 Klebemarken müssen vor der Heirath geklebt, der Antrag auf Rückerstattung bei der Unfallversicherungs-Anstalt innerhalb 3 Monaten nach Eheschluß gestellt sein. 2. Wenn sie als Selbstversicherer weiterliebt, so muß sie Marken für Lohnklasse II (20 Pf.) und Zusatzmarken (8 Pf.) kleben und hat, falls sie Invalide im Sinne des Gesetzes oder 70 Jahre alt wird, dann Anspruch auf Invaliden- oder Altersrente. Vortheilhaft erscheint diese Weiterversicherung nicht. — **A. B. 39.** Fragen Sie bei dem uns unbekannten Verein selbst an. — **Zeitz W. B.** 1. Steglitzerstraße 55. 2. In Preußen sind außereheliche Kinder erbberechtigt, falls weder Testament noch eheliche Kinder vorhanden sind. — **Sch. W. 1000.** 1. Ja. 2. Nein. — **M. Sch.** Nein. — **P. P. 99.** 1. u. 2. Nein. — **H. S. 97.** 1. Anklage wird wahrscheinlich nicht erhoben werden. 2. Nein. — **O. P. R. 15.** Die Invaliditätskarte konnten Sie jederzeit durch Vermittlung der Polizei zurückerhalten. Da Sie diesen Weg unterlassen haben, würde Ihr Anspruch auf Entschädigung schon dieserhalb abgewiesen werden. — **G. Delius.** Das Verlangen des Wirthes ist unberechtigt. — **E. P. St.** Der Wirth ist durchaus im Unrecht; Ihr Kontrakt läuft ruhig weiter. Durch den Tod des Vermiethers wird in den Rechten des Miethers nichts geändert. Der Vertrag läuft mit den Erben des Vermiethers in demselben Umfang wie vordem fort.

**Witterungsübersicht vom 27. Januar 1897.**

| Stationen. | Barometerstand in mm, reduzirt auf d. Meeresfp. | Windrichtung | Windstärke (Skala 1—12) | Wetter | Temperatur nach Celsius (0° C. = 4° R.) |
|---|---|---|---|---|---|
| Swinemünde . | 748 | SSO | 3 | wolkig | —7 |
| Hamburg . . | 747 | WSW | 4 | bedeckt | —1 |
| Berlin . . . | 748 | WNW | 4 | bedeckt | —1 |
| Wiesbaden . . | 757 | SW | 1 | bedeckt | —2 |
| München . . | 758 | SW | 4 | wolkenlos | —5 |
| Wien . . . . | 757 | SW | 2 | bedeckt | —2 |
| Haparanda . . | 752 | S | 2 | bedeckt | —4 |
| Petersburg . . | 755 | SSO | 3 | bedeckt | —4 |
| Cork . . . . | 765 | NNW | 4 | heiter | 0 |
| Aberdeen . . . | 758 | NW | 6 | wolkig | 2 |
| Paris . . . . | 761 | SW | 2 | halb bedeckt | —4 |

**Wetter-Prognose für Donnerstag, 28. Januar 1897.**
Ein wenig kälter, zeitweise aufklarend, vorwiegend trübe mit Schneefällen und frischen nordwestlichen Winden.


Folgende **Parteispeditionen** nehmen Abonnements auf den

**„Vorwärts",**
**Freie Stunden, Jakob und Postillon**

entgegen: **Berlin vierter Wahlkreis O.:** Robert Wengels, Frankfstr. 30, Hof I. — **SO.:** Fritz Thiel, Skalitzerstr. 35 v. part. — **Sechster Wahlkreis (Moabit):** Karl Anders, Salzwedelerstraße 7, part. im Laden. — **Wedding** und **Oranienburger Vorstadt:** Emil Stolzenburg, Wiesenstr. 14. — **Gesundbrunnen:** Wilh. Gaßmann, Grünthalerstr. 64. — **Rosenthaler Vorstadt:** Gustav Rosenthal, Gransеerstr. 6. — **Schönhauser Vorstadt:** Karl Mars, Kastanien-Allee 95/96. — **Charlottenburg:** Gustav Scharnberg, Pestalozzistr. 27, Quergeb. part. — **Rixdorf:** Ostermann, Jägerstr. 70, II. — **Schöneberg:** Wilhelm Bäumler, Belzigerstr. 59, Seitenflügel part.

Außerdem ist sämmtliche Parteiliteratur, sowie alle wissenschaftlichen Werke dort zu haben.

Fertiggestellt sind:
**Einbanddecken für die „Neue Welt" 1896.**
**Golddruck Mk. 1,—. Schwarzdruck Mk. 0,80.**
Für ältere Jahrgänge sind Einbanddecken noch zu haben.

Wir empfehlen unseren Lesern die neue Wochenschrift
**In freien Stunden.**
Romane u. Erzählungen
für das
**arbeitende Volk.**
Preis pro Heft **nur 10 Pfg.**
Zur Zeit erscheint der **kunstvoll und reich illustrirte** Roman
**1793 von Victor Hugo**
voll packender Schilderungen aus der großen französischen Revolution.
Man abonnirt bei der
**Expedition dieses Blattes**
oder bei der Post (Postzeitungskatalog für 1897 Nachtrag I, 8857 a.)
Soeben erschien **Heft 5.**

Soeben eingetroffen:
**Süddeutscher Postillon: Jubiläums-Nummer.**
**Preis Mk. 0,10.**

**Buchhandlung Vorwärts.**

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

## Theater.

Donnerstag, den 28. Januar.

**Opernhaus.** Undine.
**Schauspielhaus.** Der Verschwender.
**Deutsches.** Die versunkene Glocke.
**Berliner.** Die Weisheit der Aspasia. Spitzbubenstreiche.
**Lessing.** L'age difficile. Monologues.
**Westen.** Der Militärstaat.
**Neues.** Marcelle.
**Residenz.** Die Frauenjäger.
**Unter den Linden.** Flotte Bursche. Rund um Wien.
**Zentral.** Eine tolle Nacht.
**Friedrich-Wilhelmstädtisches.** Der Lockvogel.
**Thalia.** Frau Lieutenant.
**Belle-Alliance.** Adam und Eva.
**Schiller.** Mit Vergnügen.
**Alexanderplatz.** Ohne sittlichen Halt.
**Ostend.** Der Walzerkönig.
**Parodie.** Genovefa.
**Volks.** Robert und Bertram.
**Passage-Panoptikum.** Traumbilder. Spezialitäten.
**Apollo.** Spezialitäten.

## Belle-Alliance-Theater

**Volks-Vorstellung**
unter Regie von **Julius Türk.**
Sonntag, den 31. Januar, nachmittags 3 Uhr: Auf vielfaches Verlangen:
**Don Carlos.**
Eintrittskarten à 60 Pf. sind in den bekannten Zahlstellen zu haben.

## Schiller-Theater (Wallner-Theater).

Donnerstag, abends 8 Uhr: **Mit Vergnügen.**
Freitag, abends 8 Uhr: **Der Schierling. Die Komödie der Irrungen.**

## Central-Theater.

Alte Jakobstr. 30. Dir. Rich. Schultz.
**Donnerstag, den 28. Januar cr.:**
**Emil Thomas a. G.**
Zum 508. Male:
**Eine tolle Nacht.**
Große Ausstattungsposse mit Gesang und Tanz in 5 Bildern von W. Mannstädt und J. Freund. Musik von Julius Einödshofer.
Anfang ½8 Uhr.
Morgen und die folgenden Tage:
**Eine tolle Nacht.**

## Thalia-Theater.

(vormals **Adolph Ernst-Theater**).
**„Frau Lieutenant."**
Vaudeville in drei Akten von Paul Ferrier und Antony Mars. Deutsch von Hermann Hirschel. Musik von G. Serpette und B. Roger.
Morgen und folgende Tage: „Frau Lieutenant."
Sonntag, nachm. 2½ Uhr: **Trilby.**

## Ostend-Theater.

Gr. Frankfurterstr. 132. Dir. **C. Weiß.**
Heute, Donnerstag, zum 1. Male:
**Der Walzerkönig.**
Gesangs-Posse in vier Akten von Mannstädt. Musik von G. Steffens.
Anfang 8 Uhr.
Morgen und folgende Tage: **Der Walzerkönig.** Sonntag, nachmitt. 3 Uhr: **Der deutsche Michel.**

## Friedrich Wilhelmst. Theater.

**Der Lockvogel.**
Volksstück in 5 Aufzügen v. Max Kretzer.
Anfang 8 Uhr.
Morgen, Freitag, Anfang ½8 Uhr:
Zum 1. Male:
**Genugthuung.**
Volksstück
in 3 Akten von P. P. Chrusen.
Hierauf: **Der Lockvogel.**
Sonntag, nachmittags 4 Uhr: **Die Waise von Lowood.** Schauspiel in 3 Akten und 1 Vorspiel nach dem gleichnamigen Roman von Charlotte Birch-Pfeiffer.
Billets sind ohne Vorbestellgebühr schon 3 Tage vorher an der Theaterkasse zu haben; außerdem im Invalidendank, Unter den Linden 24, bei Paul Romeick, Leipzigerstraße 6, und Julius Lengenfeld, Markgrafenstr. 50.

## Alexanderplatz-Theater.

Heute und die folgenden Tage: Pikante Novität! **Ohne sittlichen Halt.** Sittenbild aus dem Berliner Leben in 4 Aufzügen (5 Bildern) von Wilhelm Friedhold. Anfang 8 Uhr.
Sämmtliche ausgegebenen Billets, auch die zu anderen Stücken ausgegeben sind, behalten ihre Giltigkeit.
In Vorbereitung: **Eine pikante Ehe.** Posse mit Gesang in 5 Akten von Eugen Prudens.
Sonntag, nachm. 4 Uhr, zu kleinen Preisen: **Aschenbrödel.** Zaubermärchen mit Gesang und Tanz in 6 Bildern von Bolten-Bäckers.
Billets sind schon 3 Tage vorher ohne Vorbestellgebühr an der Theaterkasse zu haben. Vormittag ½11—2 Uhr. Abends von ½7 Uhr an.

## Volks-Theater

**34 Reichenbergerstr. 34**
nahe dem Kottbuser Thor.
Bei dem anhaltenden Lachsturme:
Allabendlich 8 Uhr.
Sonntags 7 Uhr.
**Robert und Bertram**
Große Gesangsposse in 4 Akten
von **G. Räder.**
Robert: H. Kettner. Bertram: M. Conrad. Röfel: Fräulein Senden.Ippelmeyer: Herr August Reiff. Jack: Herr Brodeck. Strambach: Herr Richter. Isidore: Frl. Elise Bendix.
Entree **50** Pf. bis **3** M.

## Urania, Tauben-Strasse No. 48—49.

**Naturkundliche Ausstellung**
täglich geöffnet von 10 Uhr vorm. ab.
**Eintritt 50 Pf.**
**Wissenschaftl. Theater** abends 8 Uhr.

## Sternwarte

Invalidenstr. 57/62 Lehrter Stadtbahnhof. Täglich von 7½ Uhr abends ab **50 Pf.** Im Theater-Saale täglich 8 Uhr abends Vorträge, mit Experimenten u. gr. Lichtbildern ausgestattet. Näheres die Tagesanschläge.

## Passage-Panoptieum.

Vom 23. d. M. ab:
**Affen-Theater**
und **Zirkus.**
Vorstellungen um 5 und 7 Uhr.

## Castan's Panopticum.

Die beiden indischen **Pygmäen**
die kleinsten
Menschen der Welt!
**Damen-Wettschwimmen.**

## Concordia Variété-Theater

**Brunnenstr. 154.**
Täglich: **Grosse Theater-** und **Spezialitäten-Vorstellung.**
**Das beste Programm d. Nordens.**
U. a. Geschw. Carré, brillante Doppel-Jongleure.
Mira Borrmann, die fesche Soubr.
Otto Buddel, gefällt nach wie vor.
Neu einstudirt:
**Bomben und Granaten.** Posse.
Anfang Wochentags 7½ Uhr.
Sonntags 6 Uhr.
Umtausch-Billets haben Giltigkeit.

## Circus Renz

**Karlstrasse.**
**(Jubiläums-Saison 1896/97.)**
**Donnerstag, 28. Januar 1897,**
abends 7½ Uhr:
**Gala-Vorstellung.**
**Aufführung der Novität!**
**Aus der Mappe**
eines
**Riesengebirgs-Phantasten.**
**Eine romantisch-phantastische Handlung,** mit komischen Szenen, Gebirgsepisoden, einer **naturgetreuen Hörnerschlittenfahrt im Riesengebirge** u. einem zauberischen Ballet: Im Reiche des Geisterfürsten! Von Direktor **Fr. Renz** und dem großherzoglich hessischen Hofballetmeister **August Siems. Noch nie gesehene Kostüm-Pracht! Höchst charakteristische Dekorationen!** Ueberraschende maschinelle Effekte! Elbfall! Kochelfall! Zackelfall!
**Freitag, den 29. Januar 1897: abends 7½ Uhr:**
**Aus der Mappe eines Riesengebirgs-Phantasten.**
**Franz Renz,**
Kgl. Kommissionsrath und Direktor.

## Circus Busch.

**Bahnhof Börse.**
**Donnerstag, 28. Januar 1897:**
abends 7½ Uhr:
**Elite-Vorstellung.**
Das Tagesgespräch von Berlin.
**Nach Sibirien.**
**Feenhafte Ausstattung. Noch nie in einem andern Circus gewagte equestr. Effekte. Original-Ideen.**
Außerdem: Hippolog. Potpourri v. 14 Fuchshengsten, dress. u. vorgeführt v. Dir. **Busch.** Die **Trolka,** dress. und ger. v. Herrn **Foottit-Burghardt.** Adjunct, ostpr. Hengst, ger. v. der berühmten Schulreiterin Mme. **Maria Doré.** 1. Wiederauftreten des Klowns **Boganowsky** als Rirdorfer. Der Gigerl-Klown **Mr. Alf. Daniels.** Spezialitäten ersten Ranges.
Morgen: **Nach Sibirien.**

## Lumpe-Gastspiel

**Parodie-Theater**
**Oranienstr. 52.**
Jeden Abend **8** Uhr die Novität: **Genovefa,** Pfalzgräfin am Rhein, oder: Ein schwer geprüftes Frauenherz. Großes Ritterdrama in 5 Akten.

## Schippanowsky's Deutsche Konzerthallen

**Spandauer Brücke 3.**
**Neu! Neu! Neu!**
**!!Im Frühlingsglanz!!**
**Populäre Konzerte:**
Im **Fliederhain,**
In der **Rosenlaube,**
Im **Obstgarten,**
In der **Hopfenlaube,**
Im **Weinberge.**
**Entrée frei! Entrée frei!**
Theater-Abtheilung:
Auftreten von Humoristen, Komikern 2c.
**Hauswirths Töchterlein.**
Posse.
**Ausschank der Berliner Bock-Brauerei.**

## Berliner Possen-Theater

**Münzstrasse 17.**
(Eingang Königsgraben.)
Direktion: **Joseph Aschinger** und **Leonhardy Haskel.**
**Der Glücklichmacher.**
**Der Lumpenball.**
Anfang der Vorstellung **8** Uhr.
Kassenöffnung **7** Uhr.
**Entree 30 Pfennige.**
**Die Direktion.**

## Alcazar

**Variété und Spezialitäten-Theater I. Ranges.**
**Dresdenerstr. 52/53** (City-Passage)
**Annenstr. 42/43.**
**Neu! Mutter Anton. Neu!**
Große Bauernposse mit Gesang und Tanz in 1 Akt.
Letztes Wochenprogramm im Januar! **Herm. Wehling,** Tanzkomiker. **Lotte Sieger,** Bravour-Altistin mit 50 dress. Ratten. **Max Alfredo Rex,** Salon-Humorist. **Ernst Kühne** als siegreicher Franzose. Brothers Astortas, musikalische Klowns ohne Konkurrenz. Freikarten haben Giltigkeit.
Heute, Donnerstag, den 28. Januar:
**Abschieds-Benefiz-Vorstellung für Lottchen Sieger.**
**Corolline!!**
Anfang: Wochentags 8 Uhr. Sonntags 6 Uhr.
**Entree 30 Pf. R. Winkler.**

## Apollo-Theater.

**Friedrichstr. 218.** Dir. **J. Glück.**
**Nur noch einige Tage**
**das sensationelle**
**Januar-Programm**
Kassenöffnung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.
**Montag, den 1. Februar 1897:**
**14 Debuts.**
Zur gefälligen Beachtung!
**Vom 1. Februar ab beginnen die Vorstellungen um 7½ Uhr.**

## Konzerthaus Sanssouci,

**Kottbuser Strasse 4a.**
Heute, sowie jeden **Donnerstag** und **Sonntag:**
**Stettiner Sänger**

**(Meysel, Pietro, Britton, Steidl, Krone, Röhl** und **Schrader).**
Unter anderem:
**Ueber den Zapfen gestrichen.**
Militärische Humoreske.
**Finke's Schelmenstreiche.**
Neuestes Ensemble von Meysel.
Anfang präz. **8** Uhr. Entree **50** Pf.
Vorverkauf **40** Pf. in der Zigarrenhandlung des Herrn **Keßler,** Kottbuser Thor.
**Freitag:**
**Viktoria-Brauerei**
**Lützow-Strasse 111/112.**

## Feen-Palast, Burgstraße 22.

Direktion **Winkler & Fröbel.**
**Nur noch bis Sonntag**
das riesenhafte
**Januar-Programm**
Sonntag letztes Auftreten des gesammten so erfolgreichen
**Künstler-Personals.**
Anfang 7½ Uhr, Sonntags 6 Uhr.
Entree 30 Pf. Reservirt 50 Pf.
**Am 1. Februar durchweg neue Spezialitäten.**

## Welt-Restaurant

**Variété- und Spezialitäten-Theater.**
**Dresdenerstraße 97.**
Im vorderen Saal täglich bei freiem Entree:
**Grosses Künstler-Konzert**
Im großen Theatersaal:
**Berliner Sportmädels.**
Ausstattungs-Burleske mit Gesang

| Anfang: | Entree: |
|---|---|
| Wochent. 7½ Uhr. | Wochentags 20 Pf. |
| Sonntags 6 Uhr. | Sonntags 30 Pf. |

## Deutsch. Porter

**Dessert- u. Malzkraftbier 1. Rang.**
**Brauerei Burghalter, Potsdam,**
gegr. 1736, bes. f. Blutarme, Brustkranke, Bleichs., Wöchn., Rekonv. 2c. d. leicht bekömml., nahrh. kräftigste Bier. — Für blutbild., desgl. bes. Gesichtsf. u. Gewichtszunahm überr. 14 Flaschen, 50 zehn M. exkl. In Geb. (1/1, 1/2, 1/10) z. Selbstabz. wesentl. bill. Allein. Versandtst. f. Berlin u. Prov.

Porterkellerei
**Ringler,**
**Berlin, Brunnenstraße 152.**
Nicht Flaschenzahl — Qual. entscheid.

Gummischuhe w. repar. Lauitzerstr. 14

## Berlin.

264/10
**Freitag, den 29. Januar, abends 8½ Uhr:**
**Gr. öffentliche Volksversammlung**
in **Keller's** Festsälen, Koppenstraße 29.
Pfarrer Naumann-Frankfurt a. M.:
**Kaiserthum und Sozialismus.**
**Der Einberufer: W. Frauendienst, O.,** Thaerstr. 25.

## Frauen-Vortrag.

**Heute, Donnerstag, den 28., abends 8½ Uhr, Admiralstraße 18c.** Naturheilk. **Grundmann** spricht über: **„Ein Blick ins Innere der Frau",** demonstrirt an einer künstl. lebensgr. Frau mit herausnehmbarem Embryo u. zahlreichen Figuren, welche die Frauen und Kinderkrankheiten veranschaul. Eintritt 20 Pf. Gäste, nur Frauen, haben Zutritt.
**Der Verein für Körper- und Naturheilkunde.**

## Buchbinder! Achtung! Buchbinder!

**Centralkranken- und Begräbnisskasse der Buchbinder etc.**
(Eingeschriebene Hilfskasse — Verwaltungsstelle Berlin).
**Sonnabend, den 30. Januar 1897:**
**Gr. Wiener Masken-Ball**
**im Konzerthaus Sanssouci, Kottbuserstrasse 4a.**
**— Anfang 8 Uhr. — Um 12 Uhr Demaskirung. —**
Da der Ueberschuß zum besten kranker **ausgesteuerter Mitglieder** ist, so ist ein zahlreiches Erscheinen in anbetracht des guten Zweckes erwünscht.
Karten à 50 Pf. sind in sämmtlichen **Zahlstellen,** im **Verbandsbureau,** Annenstraße 50, beim Kollegen **Otto Schneider,** Skalitzerstraße 43 im Keller, sowie bei sämmtlichen **Komiteemitgliedern** zu haben. 24/20
**Das Komitee.** J. A.: **W. Hinz,** Dresdenerstr. 48.
Die Zahlstellen bleiben an diesem Abend geschlossen.

## Der Ausstoß unseres

diesjährigen
**Bockbieres**
beginnt am
**Sonnabend, 30. Januar cr.**
Berlin, Johannisstr. 18/19.
**Münchener Brauhaus, Actien-Ges.**
**Telephon: Amt III No. 8035.**

**Künstl. Zähne 2 M.** Schmerzlos. Zahnziehen 1 M. Plomb. 1,50 M. Theilz. Zahnarzt **Wolf,** Leipzigerstr. 22. Spr. 9-6.

**Sonnabend, den 30. Januar cr.,**
beginnt
in unseren sämmtlichen **Ausschanklokalen**
der **Anstich** unseres
**ff. Bock-Bieres.**
½ Liter 15 Pf. — ¼ Liter 8 Pf.
**Süddeutsche Brauerei**
**Carl Kintz & Co.** 9709*

**Gefärbt** wird in **A. Pergandé's Dampf-Färberei**
für **2,50** bis **3** Mark
**in allen Farben Damenkleider, Ueberzieher, Röcke,** im ganzen oder getrennt, **Möbelstoff,** à Pfd. 1 M., **Bett- und Tischdecken,** à Stück **1.25** M., **Steppdecken,** à Stück **2—2,50** Mark.
**Chemisch gereinigt**
Damenkleider für 2,50—3 M., Herren-Anzüge, gereinigt u. gebügelt, 2,50 M
**Gegründet 1875. Berlin Gegründet 1875.**
Fabrik: Holzmarkt-Straße 21
**Hauptgeschäft: Waldemar-Straße 52**
vis-à-vis dem Garten von Bethanien.
Bitte genau auf meine Firma zu achten, weil sich in der Straße eine Annahmestelle befindet, die nicht zu meinem Geschäft gehört. 9519*
**Filialen:** Görlitzerstr. 41; Reinickendorferstr. 8a; Alt-Moabit 36. **Rummelsburg,** Thürrschmidtstr. 21. **Friedrichshagen,** Wilhelmstr. 52. **Potsdam,** Nauenerstr. 18. **Strausberg,** Wriezenerstr. 24. **Küstrin,** Zorndorferstr. 62. **Müncheberg,** bei Herrn Kaufmann Alewe. **Kalkberge-Rüdersdorf** (Grund), bei Herrn Kaufmann Schulz. **Schulzendöhle,** bei Herrn Kaufmann Adolf Müller. — Für Berlin Abholung u. Zustellung kostenfrei.

## Nur Mk. 1,20

kostet bei mir 1 kompl. Irrigator, besteh. aus: ff. lack. Blechgefäß 1 Ltr., **zwei Hartgummi-Röhren m. abschraubbarem Hahn** und 1¼ Schlauch. **Friedr. Wilh. Weisse,** Gummi-Waaren, **Berlin C., Königstr. 64.**

Empfehle allen Freunden u. Bekannten mein **Weiss-, Bairischbier-** und **gr. Speisegeschäft.** Reichhaltiges Frühstück von 30 Pf., Mittag mit Bier 50 Pf. sowie Abendtisch à la carte von 30 Pf. an. 2 Vereinszimmer mit Klavier für 20—50 Personen. *
**H. Stramm,** Rest., **Ritterstr. 123.**

## Achtung, Metallarbeiter!

Der Ausstand bei der Firma **Zimmermann u. Buchloh,** Uferstraße 6a, sowie bei der Gesellschaft **„Fahrpreis-Anzeiger",** Hagelsbergerstr. 25, dauert unverändert fort. Zuzug ist fernzuhalten. 112/1
**Der Vorstand des Verbandes aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter Berlins.**

Allen Freunden und Bekannten d. traurige Mittheilung, daß mein lieber Mann, der Klavierarbeiter
**Gustav Stambke**
verstorben ist. 2980b
Die Beerdigung findet Freitag, den 29. d. Mts., Nachm. 3 Uhr, von dem Krankenhaus Bethanien aus nach dem Emmauskirchhof statt.
**Die trauernde Frau u. Kindern.**

**Danksagung.** 2983b
Für die herzliche Theilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes und Vaters sagen wir den Herren Kollegen unsern innigsten Dank.
**Die trauernde Wittwe Maria Boek nebst Tochter.**

**Achtung!**
Sämmtlichen Vereinen u. Freunden zur Nachricht, daß der neugebildete Musikverein „Orchester-Chor Vorwärts" (Zweigverein Musikfreunde) mit dem unterzeichneten nicht identisch ist und dieser Name als Täuschung dienen könnte.
**Der Vorstand des Musikvereins Musikfreunde. Rixdorf.** 2976b

**Zur pünktlichen Besorgung** des „Vorwärts" für den Osten Berlins und der Vororte empfiehlt sich die Zeitungsspedition von **Carl Bohn,** Frankfurter Allee 135.

Mache hiermit die geehrten Vereine aufmerksam, daß ich unvorhergesehener Umstände zufolge mein Lokal noch einige Sonnabende und Sonntage im Monat Februar, desgleichen jeden Sonnabend und Sonntag im März frei habe, und bitte dieses zu berücksichtigen. 9469*
Achtungsvoll
**A. Buske,**
Grenadierstr. 33. C.

**Täglich:**
**Warmes Frühstück** zur Auswahl
**Zur alten Linde**
**Admiralstr. 40a am Platz**
**Echt Münchener Bürgerbräu**
**Pilsener, hiesiges** hell- u. dunkl. Lagerbier
**Weissbier.**

**Achtung! Achtung!**
**Künstliche Zähne** von 3 M. an, Theilz. wöchentl. 1 M., wird abgehalt. Zahnziehen, Zahnreinigen, Nervtödten bei Bestellung umsonst.
**Guckel,** Lausitzerplatz 2, Elsasserstr. 12, Steglitzerstr. 71 I.

**Künstliche Zähne.**
**F. Steffens,** Rosenthalerstr. 61, 2 Tr. Theilzahlung pr. Woche 1 M.

**Lexika** v. Meyer u. Brockhaus und andere Bücher jeder Wissenschaft kauft u. beleiht **Antiquariat Kochstr. 56. I.**

**Vereinszimmer**
mit Pianino ist zu vergeben. 2977b
Restauration Wrangelstr. 4a.

Betten, Regulatoren, Remontoiruhren, Wäsche, Anzüge, Hosen, Goldw., Granatschmuck spottbillig Pfandleihe Neanderstr. 6.

Kanarienweibchen 1 M. Waldvögel riesig billig. Cigarrenhandlung Sonnenstr. 6. 2982b

**Grünauerstr. 3** billige Wohnungen. 76 Thlr. z. 1. April.

**Mühlenstraße 8,**
nahe Oberbaum, sind zum 1. April freundliche, billige Wohnungen von 2 und 1 Stube nebst Küche und Zubehör, z. vermiethen. **Der Verwalter.**

**Schönhauser Allee 152**
freundl. Wohn. v. 1, 2, 3 u. 4 Z. **sofort oder 1. April.** 2978b

Saub. Schlafst. Dresdenerstr. 57, 4 Tr., Menzel. 2979b

## Arbeitsmarkt.

Wir suchen fleißige, intelligente **Vermittler** in Berlin und Vororten. Hohe Provisionen. Günstige Bedingungen. Versicherungs-Gesellschaft **Thuringia,** Friedrichstr. 62 I. [3176b

**Kurbelstepper u. Stepperinnen**
verlangt bei hohem Lohn 2975b
**David Riese,** Jägerstr. 25.

**Tüchtiger selbständiger**
**Stanzendreher**
findet dauernde Stellung b. hoh. Lohn.
**J. Hirschhorn,**
2981b Köpnickerstr. 149.

## Gesucht

**auf chirurgische Artikel:**
**1 Gürtler,**
**1 Hartgummidreher,**
**1 Metalldreher.**
Tüchtige ältere, erfahrene Arbeiter, welche auf obige Artikel als Spezialität gearbeitet haben, werden berücksichtigt. Hoher Lohn. Dauernde Stelle. Reisevergütung. Offerten unter **P. 298** an **Haasenstein u. Vogler A.-G., Frankfurt a. M.**

Verantwortlicher Redakteur: August Jacobey in Berlin. Für den Inseratentheil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin.